

# PARITÄTREPORT

2 | 2012



- Pflege in Niedersachsen: Herausforderungen und Entwicklungen
- Sozialpolitik nach Kassenlage: Paritätischer Göttingen lehnt Zukunftsvertrag ab
- Paritätischer Gesamtverband wählt neuen Vorsitzenden



## Impressum

### Herausgeber

Paritätischer Wohlfahrtsverband  
Niedersachsen e. V.  
Gandhistr. 5a  
30559 Hannover  
Tel. 0511 52486-0  
E-Mail landesverband@paritaetischer.de

### Vorstand

Cornelia Rundt  
Sebastian Böstel

### Registereintrag

Registergericht Hannover  
Vereinsregister-Nummer 2156

### Steuernummer

Finanzamt Hannover-Nord  
25/206/21596

### Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,  
BLZ 25120510 – Konto-Nr. 7449500

### Verantwortlich für den Inhalt

Sebastian Böstel (Vorstand)

### Redaktion

Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit  
Anika Falke  
Tel. 0511 52486-353  
E-Mail presse@paritaetischer.de

### Druck

BenatzkyMünstermann Druck GmbH,  
Hannover

### Hinweis

Artikel anderer Organisationen oder Publikationen sowie namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. Bei der Veröffentlichung von Zuschriften und Beiträgen behält sich die Redaktion das Recht auf Kürzungen vor. Der Parität Report erscheint viermal im Jahr, der Bezug ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

## Handbuch Ehrenamt

### Leitfaden mit rechtlichen Infos und Praxisbeispielen

Für die Träger, die mit freiwillig und ehrenamtlich engagierten Menschen arbeiten, stellt sich oft die Frage, wie diese Arbeit sinnvoll zu strukturieren ist. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. hat gemeinsam mit der Paritätischen Akademie das „Handbuch Ehrenamt“ erarbeitet, das als Werkzeug für einen solchen „Freiwilligen Managementprozess“ dienen soll. Es stellt rechtliche Rahmenbedingungen der Arbeit mit Ehrenamtlichen ausführlich dar, gibt zahlreiche Praxisbeispiele zu den verschiedenen Themenbereichen und bietet viel Platz zum Sammeln und Abheften eigener Unterlagen.



Das Handbuch kann auf [www.paritaetischer.de/Beratung/Mitgliederrundschreiben](http://www.paritaetischer.de/Beratung/Mitgliederrundschreiben) heruntergeladen oder zum Selbstkostenpreis von 25 € beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V., Ansprechpartnerin Nadine Heise, Telefon: 0511/52486-384, E-Mail: [nadine.heise@paritaetischer.de](mailto:nadine.heise@paritaetischer.de) bestellt werden.

### Ihre Adressdaten

#### Bitte Änderungen mitteilen!

Um unsere Mitgliederadressen auf dem neuesten Stand halten zu können, bitten wir um Ihre Unterstützung: Benachrichtigen Sie uns bei Änderungen:

- Anschrift,
- Telefonnummer,
- Faxnummer,
- E-Mailadresse,
- Wechsel Vorstand,
- Wechsel Geschäftsführung,
- Name/Rechtsform.

Ihrer Organisation. Senden Sie bitte aktualisierte Daten an das Sekretariat des Geschäftsbereichs Mitgliederförderung, Timea Kovac, Tel. 0511 52486-323, Fax 0511-52486-333, E-Mail [timea.kovac@paritaetischer.de](mailto:timea.kovac@paritaetischer.de)

### Ihr Beitrag

#### Parität Report sucht Artikel

- Möchten Sie die Arbeit Ihrer Organisation oder Einrichtung vorstellen?
- Können Sie Tipps oder Erfahrungen weitergeben?
- Veranstalten Sie ein Programm, das für andere offen und von Interesse ist?
- Suchen Sie neue Mitarbeiter /innen oder einen Job?
- Haben Sie Kritik oder Lob?

Dann senden Sie Ihren Beitrag (wenn möglich mit Foto) einfach als Datei oder Ausdruck via E-Mail oder per Post an den Landesverband, Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Gerne sind wir bereit, Sie bei der Formulierung zu unterstützen.

## Liebe Leserin, lieber Leser,

in der Neuen Züricher Zeitung wurde vor einiger Zeit sehr ausführlich über die Pflege alter Menschen in Japan berichtet: Da es immer schwieriger sei, Pflegekräfte in Japan zu finden und auch Arbeitsmigrantinnen immer seltener in der Pflege arbeiten würden, wird der Einführung von Robotern in der Pflege, bei täglichen Verrichtungen und selbst bei der Zuwendung für Demenzkranke eine goldene Zukunft vorhergesagt. Sind wir in Deutschland in einer vergleichbaren Position? Ich meine, noch nicht, aber die Arbeit der Bundesregierung an dem System der Pflege ist in vielen Aspekten ein anschauliches Beispiel dafür, wie wenig Politik ergebnisorientiert arbeitet: Gesetzesnamen werden immer komplexer und sollen verbergen, dass offensichtliche Probleme nur in geringem Umfang angegangen werden. Bei einer durchschnittlichen Haltbarkeit der Pflegereformen von zwei bis drei Jahren kann auch kaum von einer zukunftsicheren Politik ausgegangen werden. Und die Interessen der Pflegebedürftigen und deren Angehörigen stehen ganz hinten an; nicht umsonst verschiebt die Bundesregierung die Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs seit Jahren, wohlwissend, dass damit auch deutliche Veränderungen der Leistungen aus der Pflegeversicherung zu Gunsten der demenziell erkrankten Menschen erfolgen müssten. Die demografischen Veränderungen werden hauptsächlich als finanzielles Risiko für die Pflegeversicherung gesehen – die Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe, um mehr Menschen für dieses Berufsfeld zu gewinnen, steht auf Bundesebene aber hinten an und wird den Bundesländern überlassen, die wiederum keine wesentlichen Einflussmöglichkeiten auf die Pflegeversicherungen haben, um die finanziellen Rahmenbedingungen zu ändern.

Pflege nach Kassenlage aber bedeutet, dass viele Leistungen, die den Pflegediensten und stationären Heimen durch gesetzliche Veränderungen abverlangt werden, nicht oder nur unzureichend durch die

Pflegekassen vergütet werden. Beispiele: Seit Einführung der Pflegeversicherung hat sich der Dokumentationsaufwand – zuletzt durch die Pflegekostenvereinbarung – vervielfacht, ohne dass dies in Niedersachsen bei den Leistungskomplexen berücksichtigt wurde. Erstbesuche in der ambulanten Pflege, die einen deutlich größeren Aufgabenbereich beinhalten und somit länger dauern – sind die bei den Vergütungen angemessen berücksichtigt? Fehlanzeigen. Dies sind zwei Beispiele von vielen.



Als ob die Schwierigkeiten von Pflegebedürftigen, deren Angehörigen und der Leistungserbringer mit den Pflege- und Krankenversicherungen nicht schon reichen würden, tut die niedersächsische Politik noch ihr übriges dazu, indem sie per Heimgesetz die Einrichtung oder den Betrieb neuer Wohnformen, deren Größe und Leistungsangebot bewusst unter dem eines Heimes liegt, mit diesem auf eine Stufe stellt und somit der Heimaufsicht unterwirft. Die Folge: Die Anzahl dieser Projekte stagniert derzeit in Niedersachsen.

Werden wir dann doch bei den Pflegerobotern ankommen? Ich meine, dass alle Beteiligten das Thema menschenwürdige Pflege in den kommenden Landtags- und Bundestagswahlen intensiv voranbringen sollten, damit noch die richtigen Weichen gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Sebastian Böstel  
Vorstand



## **Ankündigung**

### **34. Mitgliederversammlung**

des Paritätischen Wohlfahrtsverbands  
Niedersachsen e.V.

**10. November 2012**

**10.00 Uhr**

**Congress Centrum Hannover (Glashalle)**

Bitte merken Sie sich diesen Termin vor.

Eine Einladung mit der Tagesordnung geht allen Mitgliedern rechtzeitig zu.

**Ansprechpartnerinnen für Fragen und Informationen:**

**Cornelia Rundt, Vorstand**

**Birgit Helm, Referentin**

**Tel.: 0511 52486-363,  
birgit.helm@paritaetischer.de**

## Ausgabe 2-12

Impressum .....	2
Editorial .....	3

### Schwerpunkt: Pflege in Niedersachsen: Herausforderungen und Entwicklungen

Interview mit Kathrin Dammann, Fachreferentin „Ambulante Pflege“ beim Paritätischen Niedersachsen..	6
Schon wieder eine Pflegereform: Das Pflege neu ausrichtungsgesetz (PNG).....	8
Paritätische Forderung: Pflegereform – sofort und richtig!.....	9
Wird jetzt alles besser? Der „Pflegepakt für Niedersachsen“ .....	11
Altenpflege – Quo vadis? Ausbildung muss sich neuen Herausforderungen stellen.....	12
Angehörige – Der größte Pflegedienst der Nation...	14
Zukunft der Pflege-Wohngemeinschaften in Niedersachsen in Gefahr.....	16

### Eine(r) für alles

Professor Dr. Rolf Rosenbrock neuer Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands .....	18
Paritätischer Niedersachsen wählt Verbandsrat.....	20
„Sozialpolitik nach Kassenlage“: Paritätischer Göttingen lehnt Zukunftsvertrag ab .....	21
Warnschussarrest im Jugendstrafrecht .....	22
Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes .....	23
Selbsthilfefreundliches Krankenhaus St. Bonifatius: Austausch zugunsten der Patientenversorgung.....	25
Erster landesweiter Verbandstag der Lebenshilfe Niedersachsen: Kritik an Landesregierung .....	26
Unverzichtbar und doch oft unterschätzt: Fachtag „Ehrenamt im Wandel“ .....	27
Ministerpräsident und DLRG auf gemeinsamen Kurs .....	31
Lese- und Rechtschreibschwäche: Ein Fall für Diagnose und Förderung.....	32
Weltautismustag macht auf besondere Entwicklungsstörung aufmerksam.....	34

Neuer DMSG-Infoguide erschienen .....	37
Versorgungsnetzwerk SIDA e.V. gewinnt Niedersächsischen Gesundheitspreis .....	37
Neue Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Wohl- fahrtsverbands Niedersachsen e.V. stellen sich vor .....	39

### Bunte Vielfalt sozial gestalten

26. Selbsthilfetag in Hannover mit Eröffnung der Landeswohlfahrtslotterie .....	40
Wichtiger Impulsgeber: 1.500 Teilnehmer/-innen beim bislang größten Deutschen Fürsorgetag.....	42
Fazit zum Deutschen Fürsorgetag.....	43
Entlastung für Angehörige: Tagespflege in Alfeld offiziell eröffnet .....	44
Ministerin lobt zum Jubiläum: „Hausgemeinschaften Eilenriedestift haben Pionierarbeit geleistet“ .....	45
Berufsfeld der Altenpflege ein positives Bild geben: Imagekampagne geht in dritte Runde.....	47
Inklusionsgedanke hält Einzug in die Fußball-Liga .....	48
Neue Verbindungen zu Russland geknüpft.....	49
Auszeichnungen für Alle: Knapp 2000 Kinder erlaufen sich Medaillen .....	50
Start der Wohlfahrtslotterie: Das Rubbellos ist wieder da.....	51
Heidelies Iden mit Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik geehrt .....	52
Ehrungen .....	53
Der Paritätische Stellenmarkt .....	54

### Service

Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen.....	56
Fachbereiche des Paritätischen.....	57
Arbeitskreise des Paritätischen.....	58
Mitglieder des Verbandsrats.....	59
Verbandsadressen .....	60

# „Pflegeneuausrichtungsgesetz? Klingt verlockend, aber...“

Fachreferentin Kathrin Dammann

## über die aktuelle Situation der ambulanten Pflege

*Kathrin Dammann, sie sind Fachreferentin „Ambulante Pflege“ beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V.. Was macht den Großteil Ihrer alltäglichen Arbeit aus?*

Ich bin in erster Linie für die Beratung und Koordination unserer 29 verbandseigenen ambulanten Pflegedienste zuständig. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der ambulanten Pflege bin ich Ansprechpartnerin für alle Fragen, die im Alltag auflaufen. Da geht es um rechtliche Fragen, Unsicherheiten bei Abrechnungen von Leistungen, Umgang mit Ablehnungen seitens der Krankenkassen und vieles andere mehr.

*Das klingt für den Laien zunächst alles sehr theoretisch und bürokratisch. Wie genau entstehen denn die Probleme, die den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Kopfzerbrechen bereiten? Sie zählten die Ablehnungen von Leistungen auf. Um was für Leistungen geht es da, wer lehnt die ab und was sind Folgen für die Patienten?*

Ein anschauliches Beispiel ist sicher die Medikamentengabe. Nehmen wir an, ein Hausarzt verschreibt einer alleine lebenden alten Dame ein bestimmtes Medikament, das sie dreimal pro Tag einnehmen soll. Nun kommt die alte Dame alleine nicht mehr so gut zurecht, sie ist pflegebedürftig, und der Pflegedienst wird beauftragt, ihr bei der Medikamentengabe zu helfen. Die Krankenkasse lehnt dies jedoch ab, es sei nicht nö-



*Kathrin Dammann.*

tig, dreimal pro Tag zu der Dame zu fahren und ihr die Medikamente zu verabreichen. Die Krankenkasse will natürlich Kosten sparen, denn die Gabe von Medikamenten darf, wenn sie als solitäre Maßnahme angeordnet und nicht zum Beispiel mit einer Leistung der Grundpflege verknüpft wird, nur von examiniertem Pflegepersonal durchgeführt werden. Sie wird also als „nicht nötig“ abgetan – und manchmal geht die Kasse weite und moralisch fragwürdige Wege, um Alternativen aufzuzeigen. So sind Fälle bekannt, bei denen die Krankenkasse die Angehörigen oder sogar Nachbarn einer solchen alten Dame anruft und sie dazu auffordert, die Medikamenteneingabe zu übernehmen.

*Ist es denn in dem geschilderten Beispiel nicht so, dass die Krankenkas-*

*se dazu verpflichtet ist, den Anweisungen des Hausarztes zu folgen?*

Eigentlich schon – aber es liegt immer beim Patienten, diese Verordnungen auch einzufordern. Und wenn der Patient eben eine alte, allein stehende Dame ist, die dagegen vielleicht nicht protestieren kann oder mag, dann erhält sie die Leistung eben nicht und die Kasse spart. Solche Fälle sind nicht selten und führen zu Stress und Ärger bei den Pflegediensten, die sich dann auch nicht immer sicher sind, wie sie mit der Situation umgehen sollen und sich dann an mich wenden.

*Sie nannten eben „Leistungen der Grundpflege“ und andere Leistungen, die nur von examiniertem Personal durchgeführt werden dürfen. Welche*

*verschiedenen Pflegeleistungen gibt es und wodurch unterschieden sie sich genau?*

Da gibt es zum einen den Bereich der Behandlungspflege nach dem Sozialgesetzbuch V, kurz SGB V, Gesetzliche Krankenkasse. Dies beinhaltet vor allem rein medizinische Dinge, wie Verbände wechseln, Kompressionsstrümpfe an- und ausziehen, Dekubitus, also Druckgeschwüre versorgen, Medikamente geben, Injektionen verabreichen... man könnte grob sagen, es handelt sich um Leistungen, die im Krankenhaus von einer Krankenschwester übernommen werden. Alle diese SGB-V-Leistungen sind quasi unbegrenzt: Solange sie erforderlich sind und vom Arzt verschrieben werden, muss die Krankenkasse alles bezahlen. Dem gegenüber stehen die Leistungen der Grundpflege nach SGB XI, Soziale Pflegeversicherung. Diese Leistungen wie Waschen, Essen reichen, zur Toilette begleiten, Kämmen und vieles mehr sind „gedeckelt“, sie werden bis zu einem gewissen Betrag, je nach Pflegestufe, von der Pflegeversicherung übernommen, darüber hinausgehende Leistungen muss der Patient selbst bezahlen.

*Man sollte doch eigentlich meinen, dass der Anteil, den ich als Arbeitnehmer jeden Monat in die Pflegeversicherung zahle, so genutzt wird, dass ich später ausreichend abgesichert bin und eben nicht noch draufzahlen muss...*

Weit kommen Sie dann damit aber nicht. Ein Beispiel: Aktuell erhalten Sie in der Pflegestufe 1 bei Inanspruchnahme eines Pflegedienstes Sachleistungen im Umfang von

max. 450 Euro pro Monat. Sie sind somit als erheblich pflegebedürftig eingestuft, das heißt, dass Sie bei der Körperpflege, Ernährung oder der Mobilität für wenigstens zwei Verrichtungen aus einem oder mehreren Bereichen mindestens einmal täglich der Hilfe bedürfen und zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen. Wenn Sie nun jeden Morgen den Leistungskomplex „Große Pflege“ buchen, der Anziehen, Ganzkörperwaschung, einen Toilettengang sowie Mund- und Zahnpflege beinhaltet, sind Sie umgerechnet schon bei rund 420 Euro im Monat. Wenn Sie nun für abends noch den Leistungskomplex „Kleine Pflege“, also Ausziehen, Teilwaschung, Toilettengang und Zahnpflege dazubuchen, sind Sie bei etwa 680 Euro im Monat. Und damit ist nur der Bereich Grundpflege abgedeckt – andere Leistungen, etwa im hauswirtschaftlichen oder betreuerischen Bereich, sind da ja noch gar nicht dabei.

*Was ist mit Menschen, die beispielsweise nicht jeden Tag die komplette „Große Pflege“ in Anspruch nehmen wollen oder können, so wie die alte Dame, die nur jeden zweiten Tag gebadet werden möchte? Könnte sie nicht die Kosten und Zeit für das Bad anders „ausgezahlt“ bekommen, etwa, indem ihr die Pflegekraft eine Viertelstunde aus der Zeitung vorliest und ihr so ein wenig Zuwendung verschafft? Ab Januar 2013 wird Pflege ja auch nach Zeiteinheiten abgerechnet werden können. Das klingt doch eigentlich nach der perfekten Lösung für dieses Problem. Wo sind die Vor- und Nachteile der beiden Angebote nach Leistung und Zeit?*

In den Leistungskomplexen sind verschiedene Einzelleistungen zusammengefasst, die sich allesamt auf die „Verrichtungen des täglichen Lebens“ beziehen. Nur diese werden dem Pflegedienst auch bezahlt. Und da die Leistungskomplexe Inhalte beschreiben und keine Zeitvorgaben haben, kann bei dem Patienten der Eindruck entstehen, die Pflegekraft „hetzt nur so durch“. Die Patienten, für die der Besuch des Pflegedienstes vielleicht das wichtigste Ereignis des Tages ist, sind enttäuscht, fühlen sich vielleicht sogar vernachlässigt. Tatsächlich ist das System so angelegt, dass sich die Kalkulation der Leistungskomplexe auf einen Mittelwert bezieht. Bei einem vergleichsweise mobilen Patienten dauert etwa ein Bad weniger lang als bei einem anderen, dem es schlechter geht. Im Mittel ergibt sich daraus für den Leistungskomplex eine Durchschnittszeit. Bei den Leistungskomplexen erhält der Patient ein genau beschriebenes Leistungspaket zum garantierten Festpreis, egal, wie viel Zeit die Leistung braucht.

Das „Pflegerneuerungsrechtsgesetz“ sieht vor, dass es ab Januar 2013 zusätzlich die Möglichkeit geben soll, sich über Zeiteinheiten aus den Bereichen Grundpflege, Hauswirtschaft und Betreuung relativ frei und individuell sein eigenes Pflegepaket zu schnüren. Das klingt zunächst verlockend: Tausche tägliche Dusche gegen etwas Konversation. Allerdings hat hier der Gesetzgeber die Bedingungen vorgegeben, dass Betreuungsleistungen erst dann gekauft werden dürfen, wenn Grundpflege und hauswirtschaftliche Versorgung sichergestellt sind. Und wenn

man sich näher damit beschäftigt, sieht man, dass am Ende die Patientinnen und Patienten, die besonders pflegebedürftig sind, auch mit der Abrechnung nach Zeit nicht besser dastehen werden, weil eben der Leistungsumfang gedeckelt ist („Teilkaskoversicherung“). Denn Zeitpakete lohnen sich dann nur für Patienten, die nach der flott erledigten Grundpflege noch ein Zeitguthaben übrig haben. Wenn die Grundpflege das Zeitkonto voll aufbraucht, bleibt, ähnlich wie beim eben erwähnten Beispiel mit dem Abrechnen nach Leistungen, wieder nichts für Betreuung übrig.

*Und wenn ich als Patient nur ganz wenig Zeit für Grundpflege buche, weil ich nicht jeden Tag baden will? Geht das so einfach? Wer überprüft, dass ich dann nicht verschmutzt in meiner Wohnung sitze, weil ich mein Zeitpflegeguthaben lieber für Betreuung „ausgebe“?*

Das gehört tatsächlich zu den Fragen, die noch nicht abschließend geklärt sind. Wer wird ab Januar 2013 die Verantwortung über solche Dinge tragen? Wer beurteilt künftig, welcher Patient wie viel Grundpflege benötigt? Entscheidet das der Patient selbst? Angehörige? Der Pflegedienst? Diese und andere Fragen

müssen theoretisch bis Jahresende geklärt sein, was kaum machbar sein wird. Fest steht nur, dass unsere Pflegedienste ab dem 1. Januar 2013 allen Patienten beide Modelle vorstellen, durchrechnen und das für sie jeweils günstigere empfehlen werden.

*Dann wünsche ich Ihnen viel Glück und Erfolg bei den bevorstehenden Verhandlungen und der Umstellung zum Jahreswechsel und bedanke mich für das Gespräch.*

Anika Falke  
 Pressereferentin Paritätischer  
 Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

## Schon wieder eine Pflegereform: Pflege-Neuausrichtungsgesetz (PNG)

### „Neues“ Gesetz bietet nur marginale Verbesserungen

Wer angesichts des Namens für das neue Pflegegesetz tatsächlich gedacht hatte, damit würde eine neue Richtung eingeschlagen, der schlägt beim Studium des Gesetzentwurfs hart auf dem Boden der Realität auf. Die politisch Verantwortlichen drücken sich unverändert vor der Entscheidung für die überfällige Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Statt einer Reform, wie es der Begriff „Neuausrichtung“ nahelegt, gibt es im Rahmen von Übergangsregelungen einige eher marginale Verbesserungen. Von einer Richtungsänderung kann jedoch keine Rede sein.

Im Einzelnen:

#### **1. Verbesserungen für an Demenz erkrankte Menschen**

Als Zwischenlösung bis zur un-

datierten Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs sollen Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz in den Pflegestufen I und II eine Erhöhung des Pflegegelds bzw. des Leistungsbetrags für die ambulante Sachleistung erhalten. Erstmals bekommen auch Personen mit der „sogenannten Pflegestufe 0“ Pflegegeld bzw. einen Leistungsbetrag für die ambulante Sachleistung. An Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz der Pflegestufe III gehen Verbesserungen spurlos vorbei; für sie fällt eine Leistungserhöhung aus.

#### **2. Förderung neuer Wohnformen**

Den Wünschen von Pflegebedürftigen und dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ entsprechend, sollen neue Wohn- und Betreu-

ungsformen gefördert werden. Die für den Aufbau von Pflegestützpunkten gedachten, aber nicht abgerufenen Mittel sollen in einem befristeten Programm zur altersgerechten und barrierearmen Umgestaltung von Wohnungen für Wohngruppen pflegebedürftiger Menschen zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sollen Mitglieder solcher Pflegewohngruppen einen pauschalen Zuschlag von 200 Euro für die Beschäftigung einer Präsenzkraft erhalten.

#### **3. Mehr Flexibilität im ambulanten Bereich**

Im ambulanten Bereich soll es für die Pflegebedürftigen die Wahlmöglichkeit geben zwischen in Leistungskomplexen zusammengefassten Leistungspaketen (z. B. „große Morgentoilette“) und Leis-

tungen, die frei vereinbart und nach der dafür erforderlichen Zeit vergütet werden.

Darüber hinaus wird übergangsweise der Sachleistungsanspruch erweitert: Über Grundpflege und hauswirtschaftliche Versorgung hinaus können die Betroffenen auch „häusliche Betreuung“ buchen, womit z.B. die Unterstützung bei der Aufrechterhaltung sozialer Kontakte oder bei der Tagesstrukturierung gemeint sind. Der Anspruch auf Betreuung besteht aber nur, wenn die Grundpflege und die hauswirtschaftliche Versorgung sichergestellt sind.

Im Rahmen von Modellprojekten soll der Einsatz von Betreuungsdiensten erprobt werden. Diese sollen Betreuungsleistungen und hauswirtschaftliche Versorgung erbringen; Schnittstellenprobleme zu ambulanten Pflegediensten, die ebenfalls hauswirtschaftliche Versorgung anbieten, sind absehbar.

#### 4. Verbesserung der ärztlichen Versorgung

Vollends kurios sind die gesetzgeberischen Vorstellungen zur Ver-

besserung der ärztlichen Versorgung in Pflegeheimen. Obwohl der Sicherstellungsauftrag für die ärztliche Versorgung bei den kasernenärztlichen Vereinigungen (KV) liegt, sieht das Gesetz vor, dass die Pflegeeinrichtungen Kooperationsverträge mit Ärzten abschließen und diese den Pflegekassen zwecks Veröffentlichung melden. Damit wird die Verantwortung für die verbesserungsbedürftige haus-, fach-, und zahnärztliche Versorgung den Heimen zugeschoben, statt den Sicherstellungsauftrag der KVen verbindlich einzufordern und nötigenfalls die im SGB V vorgesehenen Sanktionsmechanismen anzuwenden. Hier zeigt sich, wie Lobbyismus wirkt ...

#### 5. Einbezug der Betroffenenperspektive

Auch dem Gesetzgeber scheint aufgefallen zu sein, dass die Regelungen in der Pflegeversicherung fast immer über die Köpfe der Betroffenen hinweg beschlossen werden. Um die Betroffenenperspektive in Fragen der Pflegebedürftigkeitsbegutachtung, Qualitätsentwicklung und Transparenz von Qualitätsprüfungsergebnissen stär-

ker zu berücksichtigen, sollen Betroffenenvertreter stärker beteiligt werden. Es scheint allerdings, dass Demokratie nur in Maßen genossen werden soll: Die Betroffenenverbände erhalten zwar ein Mitberatungs-, nicht aber ein Mitentscheidungsrecht.

Ansonsten sollen die Beratung bei Eintritt der Pflegebedürftigkeit, der Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“ und die Dienstleistungsorientierung des MDK verbessert werden.

Dass auch das Pflegeeneuausrichtungsgesetz wieder nur eine kurze Verfallsfrist hat, zeigt sich schon daran, dass die Beitragserhöhung der Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkte nur für drei Jahre ausreicht, um die wenigen genannten Verbesserungen zu finanzieren. Spätestens 2015 wird also die nächste Weiterentwicklung, Neuausrichtung oder Reform zu erwarten sein.

*Barbara Heidrich  
Abteilungsleiterin Pflege  
Paritätischer Wohlfahrtsverband  
Niedersachsen e. V.*

## Pflegereform – sofort und richtig!

### Grenze der Pflegeversicherung erreicht: Politik darf nicht länger

#### die Augen verschließen

*Als Reaktion auf den Kabinettschluss zur Pflegereform hat der Paritätische sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene in zahlreichen Pressemitteilungen und -statements mehrfach die unzureichenden Reformvorschläge kritisiert und eigene*

*Forderungen entwickelt. Der Paritätische Gesamtverband e. V. hat diverse Publikationen zum Thema herausgegeben, in denen er Empfehlungen und Alternativkonzepte vorstellt, unter anderem „Gute Pflege ist ...?! Paritätische Empfehlungen zur Verbes-*

*serung der Pflegesituation“, sowie das Paritätische Konzept für ein Familienpflegegeld. Beide Publikationen stehen auf der Internetseite des Gesamtverbandes, [www.der-paritaetische.de](http://www.der-paritaetische.de), in der Rubrik „Veröffentlichungen“ zum Download bereit. Einen einfüh-*

*renden Überblick über die grundsätzlichen paritätischen Forderungen gibt der folgende Text.*

Das Maß der Menschlichkeit einer Gesellschaft bemisst sich auch und vor allem am Umgang mit von Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder Behinderung betroffenen Menschen. In Deutschland liegt in dieser Hinsicht vieles im Argen. Die Grenzen der Pflegeversicherung sind erreicht.

Wir nehmen in unserer praktischen Tätigkeit Verwerfungen wahr, vor denen die Politik nicht länger die Augen verschließen darf:

Der aktuelle Pflegebedürftigkeitsbegriff reduziert die Menschen auf ihre rein körperlichen Gebrechen und Fähigkeiten. Damit wird er dem tatsächlichen Unterstützungsbedarf vieler nicht gerecht, darunter die große Zahl demenziell erkrankter Menschen mit besonderem Zuwendungsbedarf. Hunderttausende pflegende Angehörige erhalten nach wie vor nicht die Anerkennung und Unterstützung, die sie brauchen, um eine langjährige Begleitung ihrer pflegebedürftigen Angehörigen ohne Überschreitung der eigenen Kräfte sicherzustellen. Die Beschäftigten in der Branche stehen unter zunehmendem Kosten- und Leistungsdruck an der Grenze ihrer Belastbarkeit.

Fest steht: Wir müssen die Pflege in Deutschland vom Kopf auf die Füße stellen, um die demografischen Herausforderungen, die vor uns liegen, zu meistern und auch in Zukunft eine menschenwürdige Pflege für alle Menschen sicherzustellen. Das ist ein Gebot des An-

stands und der Ethik, aber ebenso der Vernunft.

### **Zeit für eine Pflegereform mit Substanz!**

Es gibt kein Erkenntnisproblem, sondern ein politisches Handlungsdefizit. Bereits 2009 hat der Beirat zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs konkrete Vorschläge für eine Reform und zur Umsetzung vorgelegt. Seitdem hat die Politik drei Jahre quasi tatenlos verstreichen lassen. 2011 wurde zum „Jahr der Pflege“ ausgerufen, doch passiert ist nichts. Die nunmehr in Aussicht gestellten Leistungsverbesserungen sind längst nicht ausreichend.

Die Menschen dürfen nicht länger mit Einzelmaßnahmen getröstet werden. Wir brauchen eine umfassende Pflegereform aus einem Guss und mit Substanz, die diesen Namen verdient. Politik darf keine Zeit mehr verlieren, sondern muss in Kenntnis der Pflegewirklichkeit, mit Tatkraft und wirklichem Lösungswillen Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegesituation ergreifen. Die Konzepte liegen auf dem Tisch, jetzt muss es an die Umsetzung gehen.

### **Keine Privatisierung des Pflegerisikos!**

Geld allein garantiert keine gute Pflege, aber die Rahmenbedingungen für eine gute Pflege haben ihren Preis. Dies anzuerkennen sowie eine den Bedürfnissen der Betroffenen entsprechende und gleichzeitig kostenbewusste Pflegefinanzierung herzustellen, ist eine der wesentlichen sozialpo-

litischen Herausforderungen unserer Zeit.

Die Privatisierung des Pflegerisikos ist aus Sicht der Unterzeichner keine Lösungsoption. Eine menschenwürdige Pflege für alle sicherzustellen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und geht uns alle an.

### **Vier Säulen für eine grundlegende Pflegereform – Wir fordern...**

#### **...die sofortige Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs.**

Gute Pflege ist mehr als die Hilfe bei körperbezogenen Verrichtungen. Die Leistungen der Pflegeversicherung müssen sich an den individuellen Bedarfen der Betroffenen orientieren. Der vom Beirat zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs empfohlene Pflegebedürftigkeitsbegriff muss umgehend in einer nachhaltigen Pflegereform unter Berücksichtigung des Aspektes, dass die Ausweitung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs weitere finanzielle Mittel erfordert, umgesetzt werden.

#### **...die wirksame Unterstützung pflegender Angehöriger.**

Gute Pflege wird zu einem Großteil durch Angehörige erbracht. Rund 1 Million Menschen werden allein durch Verwandte oder Nachbarn zu Hause betreut und gepflegt. Jeder zweite der Pflegenden ist berufstätig. Was diese Menschen brauchen, ist dreierlei: einen klaren einklagbaren Rechtsanspruch, Zeit und materielle Absicherung. Das neue Familienpflegezeitgesetz wird diesen Anforderungen in keiner Weise gerecht. Hier muss nachgebessert werden.

**...mehr Zeit für gute Pflege.**

Gute Pflege braucht Zeit und kostet Geld. Der tatsächliche Pflegebedarf und damit der erforderliche Pflegeaufwand muss in den jeweiligen Pflegestufen, die die Orientierung für den Personaleinsatz geben, realitätsgerecht abgebildet werden. Personalschlüssel müssen eine angemessene Versorgung ermöglichen. Pflegesätze, Entgelte und Preise müssen sich an der geforderten Qualität orientieren, die Verhandlungsstrategien der Kostenträger dürfen nicht einfach auf Kosten- und Preissenkungen zielen. Die Politik

muss die Refinanzierung entsprechend sichern.

**...eine Reform der Pflegeausbildung.**

Gute Pflege braucht Nachwuchs und muss Perspektiven bieten. Die Pflegeausbildung ist neu zu konzipieren. Mit Abschluss der Pflegeausbildung muss ein direkter Einstieg in alle Tätigkeitsfelder des Gesundheitswesens und der Pflege möglich sein. Das gesamte Bildungssystem muss deutlich durchlässiger gestaltet werden. Die Ausbildungskosten im Bereich der Pflegeversicherung müssen aus

dem Leistungssystem finanziert werden. Die Kosten der Altenpflegeausbildung sind auf alle Versicherten umzulegen – analog zum Umlageverfahren der Kosten der Krankenpflegeausbildung in den Krankenhäusern. Da es sich bei Pflege um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt, ist auch über eine Finanzierung aus Steuermitteln nachzudenken.

*Der Paritätische Gesamtverband e. V.*

## Wird jetzt alles besser? – Der „Pflegepakt für Niedersachsen“

### Politische Willenserklärung muss nun umgesetzt werden

Im April 2011 hat Sozialministerin Aygül Özkan im Rahmen der Sitzung des Landespflegeausschusses das Startsignal für einen „Pflegepakt für Niedersachsen“ gegeben. Letzliches Ziel dieses Pakts, der von allen an der Pflege in Niedersachsen Beteiligten getragen werden soll, ist die Verbesserung der pflegerischen Situation in Niedersachsen.

Ministerin Özkan war realistisch genug, einem solch hehren Ziel zunächst ein kleineres Teilziel voranzustellen: In einem ersten Schritt sollten eine Versachlichung der Diskussion und eine gemeinsame Problembeschreibung der Parteien erreicht werden. Die von allen gemeinsam zusammengetragenen zu bearbeitenden Themen umfassten, etwas salopp ausgedrückt, alle

ungelösten Probleme seit der Einführung der Pflegeversicherung. Dazu zählen etwa auskömmliche Vergütungen, die Sicherstellung einer ausreichenden Zahl von Pflegekräften, das Image des Pflegeberufs und die für ihn qualifizierende Ausbildung, Bürokratieabbau und förderliche Rahmenbedingungen.

In insgesamt neun Arbeitsgruppen, je drei für die Bereiche Ausbildung und ambulante Pflege, zwei im stationären Bereich und eine übergreifende Arbeitsgruppe, die die Ergebnisse koordiniert und zusammengeführt hat, wurden alle zuvor vereinbarten Themen abgearbeitet. Dabei zeigte sich, dass tatsächlich oft schon bei der gemeinsamen Problembeschreibung keine Einigung zu erzielen war.

Als der Herbst begann, gab es immer noch einige Themen, die auf der Arbeitsebene nicht zu einigen waren. Das Sozialministerium nahm jedoch seine Moderatorenrolle sehr ernst und Staatssekretär Heiner Pott gelang es in drei zusätzlichen Einigungsgesprächen, alle Seiten zu so vielen Zugeständnissen zu bewegen, dass ein gemeinsames Positionspapier aller Beteiligten möglich war.

Am 7. November 2011 wurde – wieder im Rahmen einer Sitzung des Landespflegeausschusses – der „Pflegepakt für Niedersachsen“ einstimmig beschlossen. Im juristischen Sinne ist dieser „Pflegepakt“ allerdings kein Vertrag, wie es der Begriff nahelegt, sondern lediglich eine politische Willenserklärung der Beteiligten. Diese Willenserklärung

besteht aus 21 Teilvereinbarungen unterschiedlicher Reichweite und Brisanz, die es nun umzusetzen gilt. Die Überführung der Vereinbarungen ins „wirkliche Leben“ wird zur Nagelprobe des „Pflegepakts“ werden und da stimmen die Beobachtungen nicht optimistisch:

Eine der Kernforderungen der Leistungserbringerseite ist seit Jahren die Anhebung der Pflegesätze in der stationären Pflege auf das bundesdurchschnittliche Niveau. In der betreffenden Arbeitsgruppe wurde bei einer genauen Analyse festgestellt, dass nur rund zwei Drittel der Einrichtungen über eine aktuelle Vergütungsvereinbarung verfügen. Das restliche Drittel hat von sich aus darauf verzichtet, zur Verhandlung aufzufordern und auf diesem Weg eine höhere Vergütung anzustreben. Allerdings werden Entscheidungen nicht ohne Grund getroffen. Und so fordern viele Einrichtungen deshalb nicht zur Verhandlung über eine Vergütungserhöhung auf, weil im „Pflegepakt“

zwar festgestellt worden ist, dass „die Tarifbindungen von Pflegeeinrichtungen in Pflegesatzvereinbarungen (...) zu berücksichtigen sind“, die Pflegekassen jedoch regelmäßig die Angemessenheit der tariflichen Entlohnung bestreiten und sich einem entsprechenden Vergütungsbegehren widersetzen.

Ähnlich sieht es im ambulanten Bereich aus. Zwar begrüßt es der Landespflegeausschuss optimistisch, dass „Verhandlungen zum Niedersächsischen Leistungskomplexkatalog aufgenommen“ werden mit dem Ziel, ihn „den veränderten Rahmenbedingungen und Bedarfslagen anzupassen.“ Tatsächlich sind aber nahezu alle Vorschläge der Leistungserbringerverbände an der konsequent ablehnenden Haltung der Kostenträger abgeprallt.

Einige Bewegungen im System Pflege sind angestoßen worden, so etwa eine weitere Erhöhung der Schulgeldförderung, so dass der überwiegende Teil der Altenpflege-

schüler kein Schulgeld mehr zu entrichten braucht. Außerdem startet demnächst das Vorhaben der AOK, in ausgewählten Pflegebetrieben ein betriebliches Gesundheitsmanagement einzuführen.

Solange die Fronten bei den als zentral empfundenen Vergütungsvereinbarungen so verhärtet sind wie eh und je, wird keiner der Beteiligten den „Pflegepakt“ als Durchbruch und Erfolg bewerten. Es wäre aber doch jammerschade, wenn der aufgebrachte gute Wille und die Unmenge an Arbeit, die alle gemeinsam in den „Pflegepakt“ gesteckt haben, in das Fazit mündeten: „Außer Spesen kaum etwas gewesen!“

*Barbara Heidrich  
Abteilungsleiterin Pflege  
Paritätischer Wohlfahrtsverband  
Niedersachsen e. V.*

## Altenpflege – Quo vadis?

### Ausbildung muss sich neuen Herausforderungen stellen

Akademisierungspläne, Pflegenotstand, generalistische Pflegeausbildung und Imageaufwertung sind nur einige Stichworte zu den aktuellen Herausforderungen denen sich die Altenpflege z. Zt. stellen muss. Aktuell ist die Altenpflegeausbildung in Deutschland über ein Bundesgesetz einheitlich geregelt. Schule und praktische Ausbildungsstätte schließen Kooperationsverträge und ermöglichen durch diese enge Zusammenarbeit eine qualitativ hohe,

an den Herausforderungen des beruflichen Alltags orientierte Ausbildung. Die besten Voraussetzungen für ein Erfolgsmodell. Und doch gibt es zu wenig BewerberInnen für die zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze und zunehmend können Altenheime ihren Bedarf an Pflegefachkräften nicht decken. Der drohende Pflegenotstand ist nicht allein auf die demografische Entwicklung zurückzuführen sondern auch auf das schlechte Image des Berufes.

Die Landesregierung hat vielfältige Maßnahmen zur Stärkung der Altenpflege umgesetzt. Dazu gehören Imagekampagnen, finanzielle Unterstützung der Ausbildungsbetriebe, Schulgelderstattungen für die Auszubildenden und nicht zuletzt die Unterstützung der Schulen bei der Durchführung der Aktionstage Altenpflege. Außerdem wurde die Durchlässigkeit des Berufsbildungssystems weiterentwickelt. Durch die seit dem Schuljahr



*Die Ausbildung zur Altenpflegerin ist zukunftsorientiert und ermöglicht eine fachliche Qualifikation auf hohem Niveau.*

2011/12 geschaffene Möglichkeit, in einem Zusatzbildungsgang die Fachhochschulreife zu erwerben, sind die Weiterbildungsmöglichkeiten noch vielfältiger geworden.

Zunehmend engagieren sich auch immer mehr Träger der Altenpflege für die Imageverbesserung des Berufes und erweitern ihr Angebot an Ausbildungsplätzen, da sie den Fachkräftemangel schon deutlich spüren. Gerade Einrichtungen in ländlichen Gebieten haben große Probleme freie Stellen zu besetzen. Die aktuelle Entwicklung zeigt, dass die bisherigen Anstrengungen nicht ausreichen, um zukünftig ausreichend Pflegekräfte zur Verfügung zu haben. Grundlegende

Veränderungen scheinen notwendig zu werden.

### **Generalistische Pflegeausbildung**

Seit einigen Jahren wird über generalistische Ausbildungskonzepte nachgedacht, die die bisherigen Pflegeberufe zusammenführen. Das Eckpunkte-Papier der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Weiterentwicklung der Pflegeberufe“ liegt seit dem 01.03.2012 vor. Die Arbeitsgruppe schlägt vor, ein Pflegeberufegesetz zu schaffen, das das Altenpflegegesetz und das Krankenpflegegesetz ablöst. Eine einheitliche Berufsausbildung in der Gesundheits- und Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und Altenpflege soll die Pflegeberufe insgesamt aufwerten. Außerdem soll

eine neue akademische Pflegeausbildung eingeführt werden. Insgesamt ein gelungenes Konzept, das die Zukunftsperspektiven für die Altenpflege verbessern kann.

### **Europa als Stolperstein?**

Noch im Dezember 2011 titelte die Ärzte Zeitung Online: „Brüssel will das Pflege-Abi“. Europäische Forderungen, den Zugang zur Altenpflege-Ausbildung erst nach einer zwölfjährigen Schulbildung zu ermöglichen, brachte einige Aufregung in das Gesamtsystem. Die Forderungen wurden jedoch von Deutschland mit dem Hinweis auf den Fachkräftemangel und die hohe Qualität der bisherigen Ausbildung abgelehnt. Eine wichtige Entscheidung, die das Berufsbildungssystem in Deutschland ins-

gesamt und im Besonderen die Berufsfachschulen Altenpflege stärkt.

Die Hürde für einen Einstieg in die Pflege sollte nicht zu hoch sein. Angesichts der fehlenden Fachkräfte kann es sich Deutschland nicht leisten, die Anforderungen an den Zugang zu den Pflegeberufen zu erhöhen. Eine Akademisierung trägt sicher zur Imageaufwertung des Berufsbildes bei. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass sich die Ausbildung zunehmend von den Erfordernissen der Praxis entfernt.

Die langjährigen Erfahrungen mit der Ausbildung von Altenpflege-rlinnen haben gezeigt, dass die dreijährige Ausbildung, die auf eine zehnjährige Schulbildung aufbaut, qualifizierte Fachkräfte hervorgebracht hat, die den Anforderungen des Pflegealltags gewachsen sind. Die Ausbildung zur Altenpflegerin ist zukunftsorientiert und ermög-

licht eine fachliche Qualifikation auf hohem Niveau. Die AbsolventInnen sind in allen Aufgabengebieten der Altenpflege erfolgreich tätig.

Problematisch erscheint die Ablehnung der Bundesregierung lediglich hinsichtlich der Einordnung der Ausbildung in den Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) für lebenslanges Lernen bzw. den Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR), der acht Niveaustufen umfasst. In der Pressemitteilung des BMBF v. 31.01.2012 heißt es: „[...] Spitzenvertreter von Bund, Ländern und Sozialpartnern haben sich heute auf einen Kompromiss verständigt. [...] Zugleich wurde beschlossen, dass zweijährige berufliche Erstausbildungen auf Niveau 3 und drei- und dreieinhalbjährige Erstausbildungen auf Niveau 4 eingestuft werden.“ Diese Entscheidung bedeutet für die Altenpfle-

geausbildung eine Einordnung auf Niveaustufe 4. Zweifelhaft scheint, inwiefern diese Einordnung den tatsächlich erworbenen Kompetenzen gerecht wird.

Insgesamt scheint sich die Altenpflegeausbildung neuen Herausforderungen stellen zu müssen. Die Interessenvertreter der Altenpflegeeinrichtungen und der Ausbildungsstätten sind aufgefordert, sich in diesen Prozess einzubringen, um die erreichten hohen Standards in der Altenpflegeausbildung und Altenpflegepraxis für die Zukunft zu sichern.

*Malica Belbouab  
Schulleiterin Albert-Schweitzer-  
Familienwerk e.V.  
Berufsbildende Schulen*

## Angehörige – Der größte Pflegedienst der Nation

### Pflegebereitschaft der Familien muss aufrecht

#### erhalten und gestärkt werden!

*Psychisch kranke ältere Menschen werden in ihrer häuslichen Umgebung überwiegend durch Angehörige betreut. Für dieses jahrelange Engagement, das oft über die Belastungsgrenze hinausgeht, steht den Angehörigen ein hohes Maß gesellschaftlicher Anerkennung und Unterstützung zu. Das Ziel der Gerontopsychiatrischen Beratungsstelle der Paritätischen Mitgliedsorganisation Ambulante Betreuung hilfs- und pflegebedürftiger Menschen (ambet) e. V., Braunschweig, ist es, den*

*psychisch kranken älteren Menschen und ihren Angehörigen Unterstützung und Hilfen anzubieten. Für den Parität Report beschreibt Marianne Gohlmann, Diplom-Psychologin bei der Gerontopsychiatrischen Beratungsstelle, den aktuellen Stand und zukünftige Herausforderungen der Angehörigenpflege.*

4 Millionen pflegebedürftige ältere Menschen in Deutschland werden von ihren Angehörigen gepflegt und betreut. Meist handelt sich da-

bei um die Ehepartner der Erkrankten, die selbst schon alt sind und oft mit eigenen körperlichen Einschränkungen leben. In anderen Fällen wird die Pflege von Kindern und Schwiegerkindern geleistet. Diese haben selber schon erwachsene Kinder und sind häufig noch berufstätig.

Der Umfang der zeitlichen und finanziellen Unterstützung durch Familienangehörige kann schon jetzt nicht durch professionelle Dienste ersetzt werden und ist ge-

sellschaftlich allein schon aufgrund der demografiebedingten wachsenden Zahlen der älteren Bürger unverzichtbar. Gleichzeitig wird die Zahl der potenziell pflegenden Angehörigen abnehmen. Die vorhandene Pflegebereitschaft und -fähigkeit der Familien muss deshalb dringend aufrecht erhalten und gestärkt werden.

Für die Kinder und Partner der Erkrankten ist die Übernahme der Betreuung oft selbstverständlich und Teil der gegenseitigen Verantwortung und Lebensgeschichte. Aber so selbstverständlich und erfüllend es sein kann, helfen zu können, finden sich Angehörige oft in einer Pflegebeziehung wieder, die sie überfordert. Viele pflegende Angehörige sind tagtäglich über lange Zeiträume körperlich und emotional belastet und haben ein großes Risiko, selbst physisch oder psychisch zu erkranken. Rund 80% der pflegenden Angehörigen gelten als stark belastet, sie sind eine Hochrisikogruppe für Psychopharmaka, und ihr Anteil in der Patientengruppe der psychosomatischen Kliniken steigt. Die Versorgung

durch Angehörige findet immer noch zu häufig hinter verschlossenen Türen statt. Um Isolation und krisenhafte Erschöpfung zu vermeiden, müssen diese Leistungen gesellschaftlich anerkannt und aufgewertet werden.

Pflegestützpunkte und Seniorbüros sind neu eingerichtete Anlaufstellen für Angehörige, die über die Leistungen der Pflegeversicherung und Hilfemöglichkeiten informieren sollen. Dennoch hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass die Inanspruchnahme von niedrigschwelligen Betreuungsangeboten, Tagespflege, Kurzzeitpflege und anderen Leistungen weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Die Informationsvermittlung bzw. die Kenntnisnahme dieser Entlastungsangebote reicht offensichtlich nicht aus, um sie zu nutzen.

Es bedarf vielmehr einer vertiefenden und begleitenden psychosozialen Beratung, die auf die Konflikte, Widerstände, Schuldgefühle und Vorbehalte in den Familien eingeht. Eine psychoso-

ziale Fachberatung, die das veränderte Verhalten des älteren Menschen, seine Vergesslichkeit, seine Sturheit, seinen Rückzug thematisiert und erklärt, und die durch Entscheidungshilfen den Weg ebnet zu Entlastungsangeboten. Weiterhin wäre die Versorgung der Familien durch Hausärzte als Vermittler von sozialen Beratungs- und Betreuungsdiensten wünschenswert.

Die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf muss verbessert werden und analog der Kindererziehung müssen Verbesserungen in den Rentenanwartschaften für pflegende Angehörige ausgebaut werden.

*Marianne Golmann  
ambet e. V. – Geronto-  
psychiatrische Beratungsstelle*

## Werben im Parität Report

*Sie möchten in den nächsten Ausgaben des Parität Report  
eine Anzeige schalten?*

*Wir beraten Sie dazu gerne. Fordern Sie einfach unter*

***presse@paritaetischer.de***

*unverbindlich unsere gültige Anzeigenpreisliste an.*

## Eine echte Alternative zum Pflegeheim – noch?

### Zukunft der Pflege-Wohngemeinschaften in Niedersachsen in Gefahr

Es sind vier, vielleicht fünf Zeitungen, die auf dem großen, gemütlichen Holzesstisch liegen und bearbeitet werden wollen. Und der ältere Herr, der sich dieser Aufgabe angenommen hat, nimmt sich dafür auch alle Zeit der Welt. Denn das „Zeitung durcharbeiten“ gehört zu seinen festen, unabdingbaren Morgenritualen. So wie es für die ältere Dame auf dem Platz neben ihm eine wichtige morgendliche Routine ist, die Prospekte mit den Sonderangeboten, die den Zeitungen beiliegen, zu durchforsten. Das Bild hat etwas Alltägliches, Vertrautes, man erwartet es an vielen morgendlichen Esstischen. Und gerade diese vertraute Routine macht diesen Moment so wichtig für die beiden älteren Herrschaften. Denn der Tisch, an dem sie sitzen, steht nicht in irgendeiner beliebigen Wohnung, sondern in der Wohnküche einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft für demenziell erkrankte Menschen in Edewecht-Friedrichsfehn. Träger des Hauses ist die paritätische Mitgliedsorganisation Verein für menschenwürdiges Leben im Alter e.V. (Vermelia) in Oldenburg.

Der Verein betreibt zwei solcher Einrichtungen: Neben dem renovierten, großzügigem Bauerhaus in Friedrichsfehn mit acht Bewohnern unterhält er eine weitere Wohngemeinschaft nahe der Oldenburger Innenstadt mit neun Bewohnern. Beide Häuser werden nach den gleichen Grundsätzen geführt. Die Bewohner leben in ihren eigenen Zimmern, die ihre Privatwohnungen sind. „Es gibt keine festen

Regeln, jeder kann tun und lassen, was er oder sie will“, erklärt Arnd Sensenschmidt vom Vermelia-Vorstandsteam. Feste Weckzeiten etwa sind genau so unüblich wie jegliche Art von Gruppenzwang. Der Pflegedienst, der tagsüber und nachts die Bewohner/-innen versorgt und betreut, richtet sich bei der Gestaltung des Tagesablaufs ganz nach den individuellen Bedürfnissen und Bedarfen der Wohngemeinschaft.

Ein typischer Tag in diesen selbstbestimmten ambulant betreuten Wohngemeinschaften kann wie folgt aussehen: Nach dem Aufwachen – egal ob früh oder nach längerem Ausschlafen – werden die Bewohner/-innen je nach Bedarf gepflegt und für den Tag zurecht gemacht. Die Freizeit am Vormittag verbringen sie, je nach Laune, alleine oder in Gesellschaft, hö-

ren Musik, lesen Zeitung oder helfen bei der Vorbereitung für das gemeinsame Mittagessen. Am Nachmittag wird, nach dem gemeinsamem Kaffeetrinken, Abwechslung geboten, etwa in Form von Spaziergängen, Spiel oder Sport. Zudem organisiert Vermelia bestimmte Angebote wie etwa Kunstprojekte. Die dabei unter Anleitung eines Künstlers entstandenen Werke zieren die Gemeinschaftsräume des Hauses oder die Privatzimmer der Bewohner – die im Übrigen ganz nach dem eigenen Geschmack der jeweiligen Mieter eingerichtet und oft mit vielen persönlichen Erinnerungsstücken dekoriert sind. Abends wird in den Häusern oft gemeinsam Fernsehen geschaut – oder nicht, denn auch hier gilt: Alles kann, nichts muss!

Die Angehörigen der Bewohner/-innen sind ebenfalls in das Kon-



*Freundlich, hell und voller Erinnerungen: Eines der privat eingerichteten Zimmer in der Pflege-WG in Friedrichsfehn.*

zept eingebunden. Fast alle Mitglieder der Wohngemeinschaft werden regelmäßig von Kindern, Enkeln, Nichten oder Neffen besucht, und fast immer bringen diese sich in irgendeiner Form in die Gemeinschaft ein, helfen mal aus, wenn im Haus „Not am Mann“ ist. In der WG ist Anonymität ein Fremdwort. „Die WG ist eben ein eigener, aber kein abgeschlossener Lebensraum“, sagt Arnd Sensenschmidt. Zwar hat jeder den Freiraum, den er sich wünscht, doch die Bewohner/-innen ähneln in Herzlichkeit, Atmosphäre und Umgang einem starken, liebevollen Familienverband, in den auch die Pflegekräfte voll integriert sind: Ein liebevolles Streicheln über die Wange gibt es zum Medikament selbstverständlich dazu.

Rund 1000 Pflegewohngemeinschaften gibt es in Deutschland, doch nur ein kleiner Prozentsatz ist so relativ „selbst bestimmt“ wie die beiden Vermelia-Häuser in Oldenburg. Und neue Einrichtungen

kommen momentan sowieso nicht hinzu, denn die Zukunft der Pflege-WGs steht in Niedersachsen derzeit auf dem Prüfstand. Grund dafür ist das neue niedersächsische Heimgesetz (NHeimG), das diese Art der Pflege-WGs mit Heimen auf eine Stufe stellt und somit der Heimaufsicht unterwirft. Vor allem Paragraf 5, der die Anforderungen an den Betrieb eines Heimes reguliert, stellt Pflege-WGs wie die Oldenburger Modelle vor Probleme. Die Häuser, die sich mit Angebot und Philosophie bewusst von großen, ambulanten Pflegeheimen differenzieren wollen, sollen nun die gleichen Auflagen erfüllen – auch wenn sie diese Auflagen nicht immer erfüllen wollen, eben um sich ihren besonderen Status der alternativen Pflegeform zu erhalten. Ein Bewohner, der sich aus dem Kühlschrank aus einer Großpackung eine Scheibe Käse entnimmt, eine Bewohnerin, die sich einen Rest ihres Mittagessens abends noch einmal aufwärmt – alltägliche Handlungen, die gegen das NHeimG verstoßen.

„Viele solcher Dinge, die in einem familiären Haushalt ganz normal sind, und genau das wollen wir ja auch sein, verletzen die Hygienevorschriften des Gesetzes“, berichtet Arnd Sensenschmidt, „streng genommen wäre unser komplettes Konzept der Wohnküche als großer Gemeinschaftsraum so gar nicht möglich.“ Teilweise können die Pflege-WGs aber auch nicht alle Vorschriften umsetzen, oft sind gewisse bauliche Maßnahmen in den ursprünglichen Wohnhäusern gar nicht realisierbar.

Der Verein Vermelia e. V. und viele andere niedersächsische Betreiber von Pflege-WGs hoffen nun auf positive Signale aus den andauernden Gesprächen mit zuständigen Fachleuten und Politikern. „Das Gesetz könnte uns große Probleme bereiten, aber wir arbeiten daran, dass es nicht soweit kommt. Wir hoffen, dass wir im Rahmen der Gespräche, die wir zurzeit führen, Lösungen für unsere Pflegewohngemeinschaften und ähnliche Angebote schaffen können“, sagt Arnd Sensenschmidt. Fest steht: Die Nachfrage nach dem Konzept, das für viele ältere und alt werdende Menschen eine echte Alternative zum Heim darstellt, ist groß, die Häuser von Vermelia sind beide voll belegt. „Doch solange die Gesetzeslage nicht geklärt ist, wird es in Niedersachsen keine neue Pflege-WG geben, weder von uns noch von einer anderen der vielen betroffenen Gruppen“, meint Arnd Sensenschmidt.



In dem renovierten, großzügigem Bauerhaus in Friedrichsfehn finden acht Bewohnerinnen und Bewohner Platz.

Anika Falke  
 Pressereferentin Paritätischer  
 Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

## Professor Dr. Rolf Rosenbrock ist neuer Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands

„Profil des Verbands als Wächter in sozialen Fragen weiter schärfen“



*Willkommen im Verband! Hauptgeschäftsführer Dr. Ulrich Schneider (rechts) gratuliert dem neuen Verbandsvorsitzenden Professor Dr. Rolf Rosenbrock zur Wahl.*

*Foto: Holger Groß*

Die Mitgliederversammlung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Gesamtverband e.V. hat den renommierten Gesundheitswissenschaftler Prof. Dr. Rolf Rosenbrock am 26. April 2012 im Rahmen des Verbandstags in Potsdam zum neuen Vorsitzenden des Verbandes gewählt. Er folgt damit auf Dr. Eberhard Jüttner, der nicht mehr kandidierte, und für sein Engagement mit der Ehrenmedaille des Verbands ausgezeichnet wurde. Prof. Dr. Rolf Rosenbrock ist seit mehr als 35 Jahren in der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Gesundheitsforschung tätig und will das Profil des Verbands als

„Wächter in sozialen Fragen“ weiter schärfen, wie er in seiner Antrittsrede auf dem Verbandstag betonte.

„Das Lebensthema meiner Arbeit ist die Verminderung sozial und gesundheitlich bedingter Ungleichheit von Lebenschancen und die Förderung von Teilhabe“, sagte der 67-Jährige. „Wir erleben einen Prozess wachsender Spaltung, zugleich lockern sich soziale Bindungen und Netze, das gesellschaftliche Bindegewebe erodiert. Darauf kann sinnvoll nur in Vielfalt geantwortet werden, und das ist die besondere Stärke des Paritätischen. Es

ist sein Auftrag, Vielfalt nicht nur als Element lebendiger Demokratie wertzuschätzen, sondern sie zu entwickeln, fruchtbar zumachen und die Rahmenbedingungen dafür zu verbessern. Daran mitzuwirken und für eine inklusive, solidarische Politik zu werben, das interkulturelle Verständnis auszubauen und Teilhabe und Selbstgestaltung zu fördern, ist mein Anliegen.“

Dem Paritätischen und seinen Mitgliedsorganisationen ist Professor Rosenbrock seit Jahrzehnten eng verbunden, unter anderem durch sein Engagement für die Deutsche



Die Vertreterinnen und Vertreter der Überregionalen Mitgliedsorganisationen und der Landesverbände in der Mitgliederversammlung stimmten mit unterschiedlich gefärbten Karten für die Entlastung des Verbandsrats – und zwar einstimmig. Foto: Holger Groß

AIDS-Hilfe sowie als Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheit Berlin-Brandenburg, die jährlich den Kongress „Armut und Gesundheit“ organisiert. Die sozial bedingte Ungleichheit von Gesundheitschancen ist seit vielen Jahren Rosenbrocks Forschungsschwerpunkt. Seit 1995 bis Ende Mai dieses Jahres leitet er die Forschungsgruppe „Public Health“ im Wissenschaftszentrum für Sozialforschung (WZB) in Berlin. In vielfältigen Funktionen war er als politischer Berater aktiv, unter anderem als Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen, wo er es als wichtige Aufgabe ansah, die Interessen von chronisch kranken und sozial benachteiligten Menschen zu vertreten. Eine Aufgabe, die für ihn auch das Motiv gewesen sei, sich für die Kandidatur als Vorsitzender des Paritätischen zu entscheiden, wie Rosenbrock betonte. Gute Sozialpolitik sei immer auch gute Gesundheitspolitik. „Gesundheitsförderung heißt für mich ganz allgemein vor allem Selbsthilfe und Hilfe zur Selbsthilfe – zur Entfaltung der eigenen Potenziale und damit zur Vermehrung von Teilhabe.“

Rosenbrock wurde im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit gewählt. Als weitere Kandidaten waren angetreten: Peter Schindzielorz, Vorsitzender des Paritätischen Landesverbands Sachsen und der Finanzkommission des Verbandsrats des Gesamtverbands, sowie der Politikwissenschaftler Professor Dr. Helmut Knüppel.

#### • **Verband fordert ein Mindestarbeitslosengeld**

Der Verbandsrat des Paritätischen hat in seiner Sitzung am 26. April ein Konzept für ein Mindestarbeitslosengeld I beschlossen. Es trägt der Tatsache Rechnung, dass immer mehr Menschen, die arbeitslos werden, keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I haben oder eine Lohnersatzleistung erhalten, die unter 700 Euro liegt. Der Verband hält es für erforderlich, dass die Rahmenfrist, innerhalb derer zwölf Monate sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nachzuweisen sind, wieder auf 36 Monate ausgedehnt wird, um dem verstärkten Phänomen gebrochener Erwerbsverläufe gerecht zu werden. Für ehemals vollzeiterwerbstätige Arbeitslosengeldbezieher müsse ein Mindestarbeitslosengeld festgesetzt werden, das oberhalb des

Hartz-IV-Niveaus für einen Ein-Personen-Haushalt liegt. Nach Schätzungen des Verbandes kämen bei einem Mindestarbeitslosengeld von 750 Euro im Monat rund 340.000 der 780.000 Arbeitslosengeld-I-Bezieher in den Genuss des Mindestarbeitslosengeldes. Darunter wären 77.000 Arbeitslose, die derzeit mit Hartz IV ihr Arbeitslosengeld aufstocken müssen. Außerdem, so der Paritätische, müsse der Kinderzuschlag auch Arbeitslosengeldbezieher mit kindergeldberechtigten Kindern gezahlt werden.

#### • **Neue Zuwanderungspolitik**

Der Verbandsrat des Paritätischen hat „Eckpunkte für ein zukünftiges Zuwanderungskonzept“ beschlossen. Darin formuliert er Ziele, an denen sich die künftige Zuwanderungspolitik der Bundesregierung orientieren sollte. Diese dürfe sich nicht nur an den Bedürfnissen des unter Fachkräftemangel leidenden Arbeitsmarkts orientieren, sondern müsse auch humanitären und völkerrechtlichen Verpflichtungen gerecht werden, mahnt der Verband. In vielen Bereichen seien aufenthalts- und sozialrechtliche Verbesserungen notwendig. Großen Handlungsbedarf sieht der Verband bei der Familienzusammenführung und der humanitären Aufnahme von Flüchtlingen, aber auch bei der Anerkennung von Bildungsabschlüssen von Migranten. Die angestrebte Zuwanderung qualifizierter ausländischer Fachkräfte werde nur gelingen, wenn Deutschland sich offensiver zu seiner Rolle als Einwanderungsland bekenne. Es müsse ein gesellschaftliches Klima geschaffen werden, in dem kulturelle Vielfalt anerkannt und geschätzt und Rassismus und Diskriminierung entschieden bekämpft werden.

### • Mehr Solidarität bei der Rentenversicherung

Die Gremien des Paritätischen haben sich in Potsdam kritisch mit den Plänen der Bundesregierung zur Reform der Rentenversicherung auseinandergesetzt. Dabei wurde insbesondere der Vorschlag einer sogenannten Zuschussrente kritisiert, da besonders von Armut im Alter bedrohte Personengruppen kaum eine Chance hätten, die sehr

hohen Anspruchsvoraussetzungen zu erfüllen. Der Paritätische sprach sich stattdessen für einen Ausbau der Freibeträge in der Grundsicherung und den Ausbau solidarischer Elemente in der Rentenversicherung durch eine sogenannte Rente nach Mindesteinkommen aus. Zudem sprach sich der Verbandsrat für eine existenzsichernde Mindestrente für erwerbsunfähige Menschen aus. Besonders betonte der

Verband die Notwendigkeit, das Budget für Rehabilitationsleistungen bedarfsgerecht auszubauen und die bestehende Deckelung abzuschaffen. Dies nutze nicht nur den betroffenen Menschen, sondern trage auch zu verringerten Ausgaben an anderer Stelle und damit zu wirtschaftlichem Handeln bei.

*Ulrike Bauer*  
*Paritätischer Gesamtverband*

## Paritätischer Niedersachsen wählt Verbandsrat

### KandidatInnen können noch bis zum 10. Juli nominiert werden

Ein sind nur noch ein paar Wochen Zeit: Bis zum 10. Juli 2012 müssen die Nominierungen für die Verbandsratswahl des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. in der Landesverbands-Geschäftsstelle eingegangen sein. Die turnusgemäße Wahl zur Besetzung des Gremiums findet dann im Rahmen der Mitgliederversammlung des Landesverbands statt. Sie beginnt am 10. November 2012 um 10 Uhr in der Glashalle des Congress Centrum Hannover.

Der Verbandsrat des Paritätischen Niedersachsen besteht aus 18 Personen, wovon je zur Hälfte männliche und weibliche Mitglieder sind. Er wird für vier Jahre gewählt und wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende bzw. einen Vorsitzenden und eine Stellvertreterin/einen Stellvertreter, die im jährlichen Wechsel den Vorsitz übernehmen. Der Verbandsrat nimmt vor allem Aufgaben eines Aufsichtsratsgremiums wahr: Er berät und kontrol-

liert den hauptamtlichen Vorstand (der weiterhin von Cornelia Rundt und Sebastian Böstel gebildet wird), stellt Jahresabschlüsse fest und berät und beschließt grundsätzliche verbandspolitische Richtlinien. Zu vier ordentlichen Sitzungen pro Jahr können weitere hinzukommen. Teilweise gehören auch Repräsentationsaufgaben zu den Aufgaben.

#### Wer kann nominiert werden?

Fachbereichsversammlungen, die Versammlungen der Kreisverbände und alle Mitgliedsorganisationen können KandidatInnen nominieren, die in keinem bezahlten Beschäftigungsverhältnis zum Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. stehen dürfen. Die KandidatInnen sollten ein Interesse an verbandspolitischer Arbeit mitbringen und über sozialpolitische, betriebswirtschaftliche und rechtliche Kenntnisse verfügen.

#### Wie wird nominiert?

Erfüllt eine mögliche Kandidatin/

ein möglicher Kandidat die Voraussetzungen und hat sie oder er zugestimmt, im Falle ihrer/seiner Wahl das Amt anzunehmen, muss die Nominierung **schriftlich bis zum 10. Juli 2012** (spätester Eingangstermin – es gilt der Posteingangsstempel) bei dem

#### Wahlausschuss

Paritätischer Wohlfahrtsverband  
 Niedersachsen e.V.  
 Gandhistr. 5A  
 30559 Hannover

vorliegen. Als Informationen der Kandidatin/des Kandidaten werden benötigt: Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift (inkl. Telefon, Fax, E-Mail), Lichtbild, berufliche Tätigkeit und eventuell Funktion in einer Mitgliedsorganisation oder in verbandlichen Gremien.

*Anika Falke*  
*Pressereferentin Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.*

## „Hier wird Sozialpolitik nach Kassenlage exekutiert!“

### Paritätischer Göttingen lehnt Zukunftsvertrag zwischen Stadt und Land ab

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V., Kreisverband Göttingen, lehnt den sogenannten Zukunftsvertrag zwischen der Stadt Göttingen und dem Land Niedersachsen ab. Hintergrund ist das Vorhaben der Mehrheit der Ratsfraktionen (SPD, Grüne, CDU, FDP) und der Verwaltung der Stadt Göttingen, mit dem Land Niedersachsen im Rahmen des sogenannten Zukunftsvertrags eine „Entschuldungshilfe“ für die nächsten zehn Jahre zu vereinbaren. Zu den Auflagen des Vertrags gehören unter anderem ein ausgeglichener Haushalt sowie die Deckelung des Anteils der Freiwilligen Leistungen am Gesamthaushalt. Die Möglichkeit, kulturelle und soziale Angebote finanziell besser auszustatten und damit weiter zu entwickeln, wird somit durch den Vertrag ausgeschlossen. Vor allem bedeutet der sogenannte Zukunftsvertrag für Göttingen unmittelbar schwere Einschnitte im kulturellen, im sozialen, im Freizeit-, im Umwelt- und im Bildungsbereich.

Mit seiner deutlich ablehnenden Haltung gegenüber diesem Vorhaben folgt der Paritätische Göttingen konsequent den kritischen Positionen sowie der Debatte seiner Mitgliedsorganisationen und seines Beirats in diversen eigenen und im Rahmen des Bündnisses „Lebenswertes Göttingen“ dargestellten Bewertung der Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrisen. „Diese Folgen dürfen nicht auf den Rücken der Schwächsten abgewälzt werden“, sagt Manfred Grönig, Geschäftsführer des

Paritätischen Göttingen. „Nicht die Kommunen, nicht das Soziale, nicht die ‚Ärmsten‘ sind Verursacher der Krisen und ihrer Folgen, sie dürfen deshalb auch nicht für die immensen Schulden, Bürgschaften und Rettungsschirme haften, die die Finanzjongleure der internationalen Banken, der Börsen und der Hedgefonds verursacht haben!“

In Göttingen glaubt kaum jemand außerhalb des Initiatorenkreises an die erhoffte finanzielle Entlastung durch den Zukunftsvertrag. Zum einen, weil für alle interessierten Kommunen eingerichtete Fonds nicht groß genug ist und das Land ohnehin nur einen Teil der Schulden übernimmt. Zum anderen entstehen durch die Neu- und Umverteilungen ganz andere Kosten. So führen die umfangreichen Stellenstreichungen bei der Stadtverwaltung selbst nicht nur zur



Manfred Grönig.

Ausdünnung des Angebotes für Bürgerinnen und Bürger gerade auch im Bereich Jugend, Soziales, Bildung usw. Sie werden auch zur Arbeitszeitverdichtung der verbleibenden MitarbeiterInnen führen, da damit nicht der Wegfall von Aufgabengebieten der Stadtverwaltung verbunden ist. Zugleich sollen – entgegen dem Subsidiaritätsprinzip – Mehrbelastungen hinzukommen, da bei der Streichung von Zuschüssen für Beratungsstellen in freier Trägerschaft (Pro Familia, Frauen-Notruf, ca. 30 weitere sonstige soziale Einrichtungen) auf die jeweils „zuständigen Ämter“ verwiesen werden soll.

„Dass ab 2011 nicht mehr die Stadt Göttingen, sondern die von ihr verwaltete ‚Milde Stiftung‘ die Förderung der sozialen Einrichtungen in freier Trägerschaft übernehmen soll, zeigt an, dass sich die öffentliche Hand scheinbar vom Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes entfernt und das Soziale wie vor Jahrhunderten von den Stiftungen und Almosen der Reichen



Sackgasse Zukunftsvertrag: Plakatmotiv des Bündnis „Lebenswertes Göttingen“.

abhängig zu werden droht“, sagt Manfred Grönig. Zugleich entziehe die Stadt die Vergabe damit der regulären Kontrolle durch den Rat und den Sozialausschuss der Stadt Göttingen und überlässt die Förderung der Freien Träger allein der Verwaltung. „Nicht die Frage des Notwendigen wird gestellt, sondern die Frage des Möglichen; hier

wird Sozialpolitik nach Kassenlage exekutiert“, kritisiert Manfred Grönig.

Der Paritätische Göttingen wird weiter im Bündnis „Lebenswertes Göttingen“ mitarbeiten, um möglichst vielen BürgerInnen die Augen für die Mogelpackung „Zukunftsvertrag“ zu öffnen. Er ruft

seine Mitgliedsorganisationen auf, sich entsprechend zu informieren und zu positionieren und gegebenenfalls auch gegenüber dem Rat, der Verwaltung und der Öffentlichkeit Stellung zu beziehen.

*Manfred Grönig  
Paritätischer Göttingen*

## Warnschussarrest im Jugendstrafrecht

### Das Märchen vom Erfolg der kurzfristigen Maßnahmen

Der Koalitionsausschuss hat sich Anfang März in Berlin dazu entschlossen, den sogenannten Warnschussarrest im Gesetz zu verankern. Demnach soll in Zukunft neben der Bewährungsstrafe für Jugendliche zusätzlich ein Jugendarrest von bis zu vier Wochen verhängt werden können.

In einer Presseerklärung des niedersächsischen Justizministeriums vom 05.03.12 begrüßt Justizminister Bernd Busemann den Warnschussarrest. Dies ist verständlich, da jeder inhaftierte Mensch in der Zeit seines Gefängnisaufenthaltes keine Straftaten außerhalb begehen kann. Leider ist dies zu kurz gegriffen. Jeder Jugendliche trifft im Gefängnis auf andere, die strafrelevante Delikte begangen haben. Somit gibt es hier einen Pool von unterschiedlichen Erfahrungen, die ausgetauscht und nach Ende der Haftstrafe umgesetzt werden können. Damit erreicht der Jugendarrest in der Regel das Gegenteil von dem, was er vorgibt zu sein, und das erhoffte Ziel, dem jungen Menschen zu einem rechtschaffenen Lebenswandel zu verhelfen, scheitert.

Die Rückfallquote liegt bei Tätern, die zu einer Jugendstrafe ohne Be-

währung verurteilt wurden laut dem Bundesministerium für Justiz bei 68,6%<sup>1</sup>. Das gilt auch für den kürzer angesetzten Zeitraum eines Jugendarrestes. Die meisten dieser Gruppe von Jugendlichen haben bereits Arresterfahrung hinter sich und jeder weitere Arrest vermittelt ihnen die Erfahrung, dass auch das Einsperrtsein überstehbar ist. Eine zur Bewährung ausgesetzte Jugendstrafe, die gekoppelt ist mit einem Warnschussarrest, schließt in der Regel einen „heilenden Schock“ aus und wird die jungen Menschen noch weniger davon abhalten erneut Straftaten zu begehen.

In der Presseerklärung des niedersächsischen Justizministeriums wird davon gesprochen, dass es nun eine „weitere wirkungsvolle pädagogische Reaktionsmöglichkeit“ gibt. Wie oben beschrieben kann der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. eine wirkungsvolle Reaktion nicht erkennen.

Ein sehr geringer Teil junger Menschen begeht so schwere Taten, dass die Gesellschaft vor ihnen geschützt werden muss. Diese Jugendlichen und Heranwachsenden sind jedoch

die Ausnahme, auf die im Rahmen der bereits bestehenden Gesetze ausreichend reagiert werden kann. Bei der Masse aller anderen Jugendlichen und Heranwachsenden muss die Frage gestellt werden, wie wir mit der Straffälligkeit von jungen Menschen in unserer Gesellschaft umgehen wollen, damit alles nicht noch schlimmer wird. Die Lösung kann nicht sein, sie mit mehr freiheitsentziehenden Maßnahmen zu überziehen.

Diese Jugendlichen stammen fast ausschließlich aus unterprivilegierten Verhältnissen. Sie kommen aus Familien, die Sozialleistungen beziehen, oder keinen Familienanschluss mehr haben. Sie kommen aus der Heimerziehung, haben Psychriaufenthalte hinter sich oder waren bereits in Haft. Der unerschütterliche Glaube an die heilende und erzieherische Wirkung des Einsperrrens auf diese Gruppe von Jugendlichen ist ein Irrglaube, jedoch sehr populär und weit verbreitet. Die Ausweitung von weiteren freiheitsentziehenden Maßnahmen ist deshalb eine Sackgasse.

Der Paritätische spricht sich stattdessen für eine Erweiterung sozialpädagogischer Maßnahmen aus,

bei denen die jungen Straftäter u.a. Selbstreflexion, Verantwortungsübernahme für angerichtetes Unrecht und Konfliktlösungsstrategien üben können. Jugendlichen helfen keine passiven wegschließenden Maßnahmen, sondern Übungsfelder unter realen Bedingungen. Das Justizministerium konnte bislang die Frage, wie unter den Bedingungen der Unfreiheit für die Freiheit gelernt werden kann, noch nicht zufriedenstellend beantworten und wird es wohl auch nie können.

Hinzu kommt, dass das Jugendstrafrecht bereits viele sozialpädagogische Maßnahmen enthält. Hierzu zählen beispielsweise der Täter-Opfer-Ausgleich und die soziale Gruppenarbeit. Für junge Straftäter bedeutet die Teilnahme an derartigen Maßnahmen viel Überwindung, Anstrengungen

und die Konfrontation mit ihren Delikten. Hierüber hinaus steht nicht nur der reflektierende Teil im Fokus der sozialpädagogischen Betreuung, sondern den Jugendlichen wird auch eine umfassende Hilfe im Alltag zur Verfügung gestellt. Das Ziel ist hierbei die Frustrationen und Probleme des Alltages durch Aufzeigen von Alternativen und die Erarbeitung von Perspektiven mit aktiver Begleitung zu überwinden. Denn ein positives Ziel, auf das Jugendliche hinarbeiten und als lohnenswert und erreichbar erachten, verhindert Straftaten langfristig. Wegsperrern, und sei es nur als Warnschuss, ist selbstverständlich der leichtere Weg, aber eben nicht der nachhaltigere.

Der Blick muss gerichtet werden auf professionelle intensive sozialpädagogische Begleitung, die gekoppelt

sein kann mit einer Bewährungsstrafe, bei der die Strafe schließlich drohend im Hintergrund steht und den straffälligen Jugendlichen prosozial fordert. Das ist im Jugendstrafrecht längst bewiesene Praxis, allein es muss endlich gesetzlich so verankert sein, dass diese Alternativen auch regelhaft finanziell angemessen ausgestaltet werden können.

Auf einen Warnschussarrest als „weitere pädagogische Reaktionsmöglichkeit“ können wir dann getrost verzichten und das Märchen vom erfolgreichen Warnschussarrest wird in der Realität die absolute Ausnahme bleiben.

*Karsten Schubert*

*Fachberater*

*Paritätischer Wohlfahrtsverband*

*Niedersachsen e. V.*

<sup>1</sup> Bundesministerium der Justiz, „Legalbewährung nach strafrechtlichen Sanktionen“ (2004 – 2007): [http://www.bmj.de/cIn\\_164/DE/Recht/Strafrecht/Kriminologie/Kriminalpraevention/doc/Rueckfallstatistik\\_doc.html](http://www.bmj.de/cIn_164/DE/Recht/Strafrecht/Kriminologie/Kriminalpraevention/doc/Rueckfallstatistik_doc.html)

## Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes

### Gesetz erfasst nun auch Organisationen im Nonprofit-Bereich

Ende letzten Jahres wurde das Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) geändert – mit Folgen für gemeinnützige Organisationen. Nach der alten Gesetzesfassung fand das AÜG nur Anwendung, wenn die Arbeitnehmerüberlassung gewerbsmäßig erfolgte. Organisationen, die im Nonprofit-Bereich tätig sind, waren damit grundsätzlich nicht vom Anwendungsbereich des Gesetzes umfasst. Mit Wirkung ab dem 01.12.2011 wurde der Anwendungsbereich jedoch erweitert. Seitdem ist nicht nur die gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung, sondern

jede Art der Arbeitnehmerüberlassung, die im Rahmen einer wirtschaftlichen Tätigkeit stattfindet, erlaubnispflichtig. Das bedeutet, dass auch gemeinnützige Organisationen bei personellen Kooperationen mit anderen Betrieben prüfen müssen, ob eine Arbeitnehmerüberlassung im Sinne des AÜG erfolgt und deshalb die Beantragung einer Erlaubnis erforderlich wird.

Mit der Frage, wann eine Arbeitnehmerüberlassung vorliegt, hat sich das Bundesarbeitsgericht (BAG) in mehreren Entschei-

dungen befasst. Danach ist eine Arbeitnehmerüberlassung bei folgender Konstellation gegeben:

Ein Arbeitgeber (Verleiher) überlässt einem anderen Arbeitgeber (Entleiher) aufgrund einer Vereinbarung, die auch konkludent geschlossen werden kann, vorübergehend Arbeitskräfte (Leiharbeiter), die bei dem Verleiher angestellt sind, und der Entleiher setzt diese Leiharbeiter nach seinen eigenen Vorstellungen und Zielen in seinem Betrieb ein. Weitere Vorausset-

zung ist, dass der Leiharbeitnehmer vollständig in den Betrieb des Entleihers eingegliedert wird und dort für den Entleiher und nicht allein für den Verleiher tätig wird.

Hat der Arbeitnehmer aufgrund seines Arbeitsvertrages zwar Weisungen des Entleihers zu befolgen, ist aber nicht vollständig in den Betrieb des Entleihers eingegliedert, liegt keine Arbeitnehmerüberlassung im Sinne dieses Gesetzes vor.

Praktische Relevanz kann diese Abgrenzungsfrage z. B. dann haben, wenn Organisationen gemeinsam ein Projekt durchführen, für das einer der Kooperationspartner Drittmittel beantragt hat. Eine mögliche Gestaltung dabei

ist, dass die federführende Organisation mit den MitarbeiterInnen der kooperierenden Organisationen Honorarverträge schließt. Diese werden dann nicht in ihrer Funktion als MitarbeiterInnen der kooperierenden Organisationen im Projekt tätig, sondern als Selbständige. Dabei sind unbedingt die Kriterien zur Abgrenzung selbstständiger Tätigkeit von einer Arbeitnehmerstätigkeit zu beachten. Der/die Selbständige ist außerdem für die Versteuerung der Einkünfte aus dieser Tätigkeit selbst verantwortlich und nicht sozialversichert. Eine Arbeitnehmerüberlassung i. S. des AÜG ist dann nicht gegeben.

Werden dagegen zur Durchführung gemeinsamer Projekte Verträge zwischen den Kooperati-

onspartnern über den Einsatz von MitarbeiterInnen geschlossen, muss die Zusammenarbeit sowohl vertraglich als auch tatsächlich so ausgestaltet werden, dass die im Projekt eingesetzten ArbeitnehmerInnen nicht vollständig in den Betrieb des Kooperationspartners eingegliedert werden. Zu beachten ist dabei, dass es nicht allein auf die vertragliche Gestaltung ankommt, sondern diese auch praktisch umgesetzt werden muss. Denn wenn die vertraglichen Formulierungen und die tatsächlichen Verhältnisse nicht übereinstimmen, erfolgt die rechtliche Bewertung entsprechend der tatsächlichen Verhältnissen.

Nur dann, wenn eine Zusammenarbeit in der Form erfolgt, dass

# WAHRE WERTE

WOHLFAHRTSMARKEN 2012

Gutes tun  
Mit Briefmarken helfen



Bundesarbeitsgemeinschaft  
der Freien  
Wohlfahrtspflege



ArbeitnehmerInnen des einen Kooperationspartners in den Betriebsablauf des anderen Kooperationspartners vollständig eingliedert werden, liegt eine erlaubnispflichtige Arbeitnehmer-

überlassung i. S. des AÜG. Die Erlaubnis ist bei der zuständigen Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit zu beantragen. Die Kosten für diese Erlaubnis variieren je nach Regionaldirektion.

*Christiane Schumacher  
Referat Recht, Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V.*

## Austausch zugunsten der Patientenversorgung

### St. Bonifatius Hospital Lingen auf dem Weg zum selbsthilfefreundlichen Krankenhaus

Die Selbsthilfe als wichtiger ergänzender Teil der gesundheitlichen Versorgung wird nun auch ganz offiziell integrativer Bestandteil der Patientenversorgung im Krankenhaus St. Bonifatius Hospital Lingen werden. Die Geschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Kreisverband Emsland e. V., Barbara Germer-Grote, und der Geschäftsführer des St. Bonifatius Hospitals Lingen, Ansgar Veer, unterzeichneten eine Kooperationsvereinbarung, in der die enge Zusammenarbeit der Kontakt- und Beratungsstelle für Selbsthilfe (KoBS) und dem Lingener Krankenhaus auf verschiedenen Ebenen geregelt wird.

So steht Ingrid Dülm, die Leiterin der Kontakt- und Beratungsstelle des Emslandes, den Patienten, dem Fachpersonal und Ärzten

für Informationen, Beratung und Fortbildungen zur Verfügung. Im Gegenzug verpflichtet sich das Krankenhaus, regelmäßig und persönlich über die Möglichkeiten zur Teilnahme an einer Selbsthilfegruppe zu informieren und Räume für Gruppentreffen zur Verfügung zu stellen. Die Kooperationspartner werden bei der Umsetzung fachlich und finanziell von der AOK- Die Gesundheitskasse Niedersachsen unterstützt.

AOK-Präventionsmanager Werner Henseleit weist darauf hin, dass in einem ersten Schritt das bereits 2008 im Foyer des Krankenhauses aufgestellte elektronische Selbsthilfe-Info-Terminal überarbeitet und danach an exponierter Stelle in der Eingangshalle des Krankenhauses wieder allen Patienten und Interessierten zur Verfügung steht.



*Freude bei der Unterzeichnung des Kooperationsvertrags. Hintere Reihe, v.l.: Werner Henseleit (AOK), Ingrid Dülm (Leiterin KoBS), Maria Lohbreier (Elternschule Krankenhaus), Ludwig Kerschbaum (Pflegedirektor). Vorne, v.l.: Barbara Germer-Grote (Geschäftsführerin Paritätischer Emsland) und Ansgar Veer (Geschäftsführer des St. Bonifatius Hospitals Lingen).*

*Ingrid Dülm  
Kontakt- und Beratungsstelle für Selbsthilfe (KoBS)  
Paritätischer Emsland*

### Der Paritätische Medien-Service (PMS)

immer aktuell im Internet: Rubrik Presse auf [www.paritaetischer.de](http://www.paritaetischer.de) oder

im E-Mail-Abo – schreiben Sie an [presse@paritaetischer.de](mailto:presse@paritaetischer.de)

## Erster landesweiter Verbandstag der Lebenshilfe Niedersachsen

### Deutliche Kritik an Landesregierung: „Aktionsplan ohne Ziele“

Auf dem Verbandstag der paritätischen Mitgliedsorganisation Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Landesverband Niedersachsen e.V. am 17. März 2012 in Hannover zog der Landesvorsitzende Franz Haverkamp ein positives Fazit. „Wir haben heute viele Ideen gesammelt, wie wir die Inklusion in Niedersachsen voranbringen können. Dies ist jedoch nur in einer Anstrengung aller gesellschaftlichen Kräfte möglich“, so Franz Haverkamp. Er kritisierte den Entwurf des Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention der Landesregierung. „Ein Aktionsplan ohne konkrete Ziele, Maßnahmen und Verantwortliche bleibt auf der Ebene einer unverbindlichen Absichtserklärung bestehen.“ Daher forderte Haverkamp die Landesregierung auf, eine Kommission einzurichten, die einen solchen Maßnahmenkatalog zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erarbeitet.

Erstmalig richtete die Lebenshilfe Niedersachsen einen landesweiten Verbandstag aus. Menschen mit Behinderungen, Angehörige, haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Geschäftsführungen und Vorstandsmitglieder, sie alle diskutierten in den Räumlichkeiten des Instituts für Sonderpädagogik der Leibniz Universität Hannover über das Thema Inklusion. Besonders stolz war die Lebenshilfe Niedersach-



*Franz Haverkamp,  
Landesvorsitzender  
der Lebenshilfe  
Niedersachsen,  
auf dem  
Verbandstag.*

sen darüber, dass es gelungen war, Vertreterinnen und Vertreter von bundesweiten Vorzeigeprojekten einzuladen. Diese präsentierten ihre Projekte in den acht verschiedenen Foren.

Der Verbandstag begann mit der Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Franz Haverkamp. Im Anschluss erklärte Prof. Dr. Bettina Lindmeier von der Leibniz Universität Hannover in leichater Sprache, welche Anforderungen Inklusion an die Lebenshilfe -Organisationen in Niedersachsen stellt. Insgesamt hatten sich über 200 Menschen zum Verbandstag angemeldet. Damit war dieser ausgebaut.

Die Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Landesverband Niedersachsen e.V. feiert in diesem Jahr mit zahlreichen Veranstaltungen ihren 50. Geburts-

tag. Sie wurde am 13. Oktober 1962 von 10 Orts- und Kreisvereinigungen gegründet. Heute gehören dem Landesverband 107 Mitgliedsorganisationen mit ca. 16.500 Einzelmitgliedern an. Über 75 % aller in Niedersachsen tätigen teilstationären Eingliederungseinrichtungen haben sich im Landesverband der Lebenshilfe als ihrem Dach- und Fachverband zusammengeschlossen. Die Lebenshilfe ist Elternvereinigung, Fachverband und Trägerin von Einrichtungen für Menschen mit geistiger Behinderung. Der Selbsthilfegedanke hat dabei große Bedeutung. Die Geschäftsstelle des Landesverbandes der Lebenshilfe hat ihren Sitz in Hannover.

*Frank Steinsiek  
Lebenshilfe für Menschen mit  
geistiger Behinderung  
Landesverband Niedersachsen e.V.*

# Unverzichtbar und doch oft unterschätzt

## Fachtagung „Ehrenamt im Wandel?

### Zukünftige Anforderungen an das Ehrenamt“

In Deutschland sind 23 Millionen Menschen über 14 Jahren ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden, Initiativen oder Kirchen tätig. Allein im Bereich des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. sind es über 52.000 aktive Ehrenamtliche und Freiwillige, die sich in allen Bereichen des Sozialen engagieren. Viele Bereiche des öffentlichen und sozialen Lebens würden ohne aktive Ehrenamtliche nicht mehr existieren. Gleich-

zeitig wird es immer schwieriger, Menschen für ein Ehrenamt zu gewinnen, dieses betrifft sowohl den Bereich der Organfunktionen, wie z. B. als Vorstand in Vereinen, als auch das ehrenamtliche Engagement im direkten Umgang mit anvertrauten Menschen.

Der Fachbereich Überregionale Mitgliedsorganisationen, in dem sich die landesweit tätigen Mitgliedsorganisationen, in deren

Untergliederungen „traditionell“ viele Ehrenamtliche tätig sind, beteiligen, beschäftigt sich seit längerer Zeit immer wieder mit dem Thema. Am 16.04.2012 hat der Paritätische in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich zu der Fachtagung „Ehrenamt im Wandel? – zukünftige Anforderungen an das Ehrenamt“ eingeladen. Fast 100 interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Niedersachsen so-



Ulla Groskurt (von links), Petra Fuchs, Sebastian Böstel, Ursula Helmhold, Patrick Humke und Henk Kinds bei der Podiumsdiskussion.

wie den verschiedenen Freiwilligen-Agenturen des Paritätischen im Lande folgten der Einladung.

Prof. Dr. Thomas Klie vom Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung hielt einen Vortrag zum Thema „Monetarisierung: Geld im Ehrenamt – Risiko oder Chance“. Prof. Dr. Klie zeigte anschaulich auf, dass sich das traditionelle altruistische Ehrenamt inzwischen gesellschaftlich verändert hat. Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene ist ein Trend zur Monetarisierung ehrenamtlicher und freiwilliger Tätigkeitsformen zu dokumentieren, die dem eigentlichen Wesenskern bürgerschaftlichen Engagements als Zeitspende zu-

wider läuft. Dieses birgt die Gefahr, dass spezifische Potenziale freiwilligen Engagements verloren gehen, weil durch die Vergütung ehrenamtlicher Tätigkeit eine hybride Tätigkeitsform zwischen freiwilligem Engagement und Erwerbsfähigkeit geschaffen wird.

Prof. Dr. Klie führte aus, dass hier der Staat, aber auch die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege gefordert sind, um eine strategische Ausrichtung der Förderung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement voranzubringen. Im Fazit führte Prof. Dr. Klie aus, dass das Ehrenamt für die Wohlfahrtsverbände zu ihrem poli-

tischen und weltanschaulichen Fundament gehört und Basis des zukünftigen Bedeutung der Freien Wohlfahrtspflege im Wohlfahrtsstaat ist. Gleichzeitig wies er ausdrücklich darauf hin, dass dem Bestreben der Sozialleistungsträger, die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege auf Ehrenamt als Ersatz für hauptamtliche Tätigkeit zu verweisen, entgegen getreten werden muss.

Petra Fuchs, Leiterin der Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., ging in ihrem anschließenden Vortrag auf die zukünftigen Anforderungen an das Ehrenamt ein. Auch sie be-



*Birgit Eckhardt und Sebastian Böstel präsentieren den neuen „Leitfaden Ehrenamtsmanagement“.*

tonte in ihrem Vortrag, dass es eine staatliche Aufgabe sei, das Ehrenamt zu stärken und wies deutlich darauf hin, dass das Ehrenamt keinesfalls hauptamtliche Aufgaben ersetzen könne und dürfe.

Henk Kinds von der Community Partnership Consultants, Niederlande, schloss mit „einem Blick durchs Fenster“ an und gab einen Ausblick auf die europäische Perspektive auf gesellschaftliches Engagement als Erfolgsfaktor für Integration. Herr Kinds stellte ein niederländisches Gemeinwesenprojekt vor, in dem Migranten und ethnische Minderheiten zu einem umfassenden freiwilligen Engagement gewonnen werden konnten, und stellte seine Erfahrungen in dem Projekt dar. Sehr deutlich wurde, dass die Schwierigkeiten, Menschen mit Migrationshintergrund für die Aktivität in den eigenen Organisationen zu gewinnen, ihre Ursachen in Bedenken wegen fehlender Sprachkenntnisse, Furcht vor Diskriminierung, aber ins-

besondere wegen fehlender aktiver Rekrutierung haben. Die Organisationen sind hier gefordert, Konzepte freiwilligen Engagements zu entwickeln, die von gegenseitigem Verständnis geprägt sind.

Die nachfolgende Podiumsdiskussion mit Landtagsabgeordneten und Referenten moderierte Sebastian Böstel, Vorstand des Paritätischen Niedersachsen. Ursula Helmhold (Bündnis 90/Die Grünen) bedauerte, dass gerade das soziale Ehrenamt in der öffentlichen Wahrnehmung oft unterschätzt werde. „Der Mehrwert muss deutlicher gemacht werden, die Politik muss die dafür notwendigen Strukturen bereit stellen“, sagte sie. Auch Ulla Großkurt (SPD) wies auf das Engagement im sozialen Bereich hin: „Ohne das Ehrenamt würde das soziale Gefüge auseinanderbrechen, das Ehrenamt ist unverzichtbar“, erklärte sie. Patrick Humke (Die Linke) warnte davor, das Ehrenamt zu sehr als „hauptamtlich“ ein-

zustufen: „Das Ehrenamt darf nicht missbraucht werden.“

Zum Abschluss des Tages, der von einem intensiven Erfahrungsaustausch der Teilnehmerinnen und Teilnehmer geprägt war, wurde der Leitfaden Ehrenamtsengagement des Paritätischen vorgestellt. Dieser wurde gemeinsam mit der Paritätischen Akademie, dem Sprechergremium des Fachbereichs Überregionale Mitgliedsorganisationen und einer Vertreterin der Freiwilligen-Agenturen des Paritätischen entwickelt. Jede Mitgliedsorganisation hat ein kostenfreies Exemplar erhalten. Er kann für einen Preis von 25,- Euro inkl. Mehrwertsteuer beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. bestellt werden (siehe auch Seite 2 dieser Ausgabe des Parität Reports).

*Birgit Eckhardt  
Abteilungsleiterin Paritätischer  
Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.*

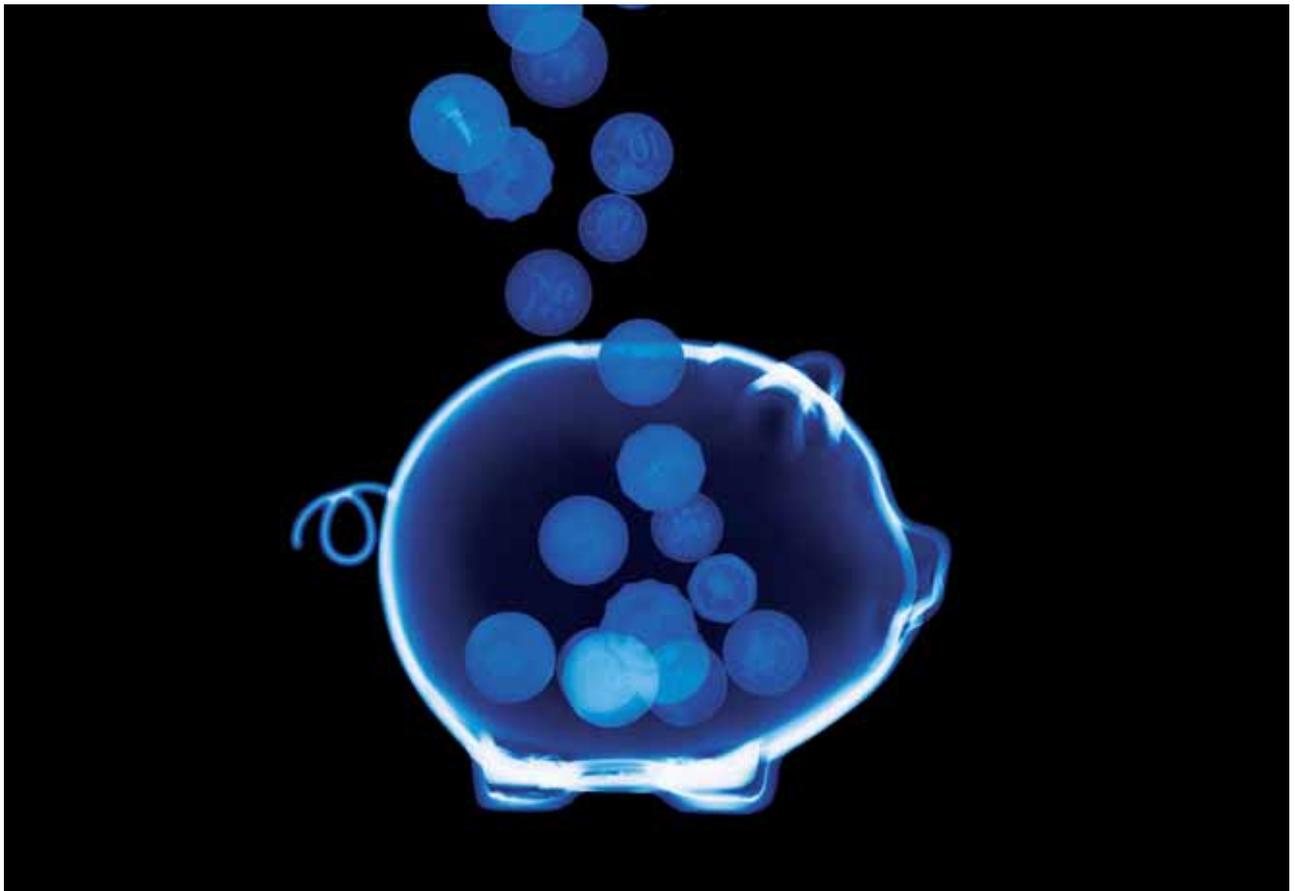
## Unsere Gemeinschaft macht Sie stark.

- Wir beraten und vertreten unsere Mitglieder bei Fragen zur Rente, Pflege, Gesundheit, Hartz IV, Behinderung und mehr!
- Wir bieten unseren Mitgliedern ein geselliges Vereinsleben mit Vorträgen, Fahrten und ehrenamtlichem Engagement vor Ort.
- Wir machen der Politik Druck!



**SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V.**  
Herschelstraße 31 | 30159 Hannover | Tel. 05 11 / 70 148 - 0  
Weitere Informationen im Internet unter: [www.sovd-nds.de](http://www.sovd-nds.de)

**SoVD**  
Sozialverband  
Deutschland  
Landesverband Niedersachsen e.V.



## Wir bringen Licht ins Dunkel.

Zum Beispiel beim Fundraising.  
Das neue BFS-Net.Tool XXL für das Internet-Fundraising.  
Mehr brauchen Sie nicht. Für BFS-Kunden kostenlos.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

## Die Bank für Wesentliches.

Geschäftsstelle Hannover | Podbielskistraße 166 | 30177 Hannover  
Telefon 0511.34023-0 | [www.sozialbank.de](http://www.sozialbank.de)



**Bank**  
für Sozialwirtschaft

## Ministerpräsident und DLRG auf gemeinsamen Kurs

### David McAllister übernimmt Schirmherrschaft – und kentert kurz darauf selbst

An die 5.000 Rettungsschwimmer der paritätischen Mitgliedsorganisation Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), Landesverband Niedersachsen e.V., stehen in den Startlöchern, um in der bevorstehenden Wassersport- und Badesaison ihren ehrenamtlichen Dienst an den Stränden der Nordsee, den Ostfriesischen Inseln sowie an Flüssen, Seen und Freibädern aufzunehmen. Rechtzeitig zum Saisonauftakt haben die niedersächsischen Wasserretter einen honorigen Fürsprecher und Botschafter bekommen, der sie moralisch unterstützen wird und ihnen durch die Übernahme der Schirmherrschaft schon jetzt eine hohe Wertschätzung entgegenbringt: Erstmals hat mit David McAllister ein Niedersächsischer Ministerpräsident die Schirmherrschaft über den Landesverband der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft – DLRG – in Niedersachsen übernommen.

Der Niedersächsische Ministerpräsident David McAllister hat am 15.05.2012 in Bad Zwischenahn auf dem Zwischenahner Meer – 53 Grad 12 N und 7 Grad 59 E – zusammen mit dem Landesverbandspräsidenten der DLRG in Niedersachsen, Hans-Jürgen Müller, im Rahmen eines maritimen Empfanges auf dem Fahrgastschiff „Bad Zwischenahn“ die Urkunden für die Schirmherrschaft feierlich unterzeichnet.

David McAllister trat mit Hans-Jürgen Müller an Bord des Fahr-

*David McAllister (l.) und  
Hans-Jürgen Müller (r.)  
mit der unterzeichneten  
Schirmherrschafts-Urkunde.*

*Foto: DLRG Archiv*



gastschiffes „Bad Zwischenahn“ und wurde von Gästen und Presse begrüßt. Es folgte auf einige kurze Reden von Herrn Müller, Herrn McAllister, Landrat Jörg Bensberg und Bürgermeister Dr. Arno Schilling die Unterzeichnung der Urkunden. Traditionell wurde dies mit dem Ammerländer Löffeltrunk gefeiert.

Ralf Zimmermann, Leiter der Verbandskommunikation der DLRG Niedersachsen, bat alle Personen auf das Deck, um die Einsatzfähigkeit der DLRG anhand eines gestellten Einsatzes auf dem Zwischenahner Meer zu erleben. In roter Einsatzjacke der DLRG verfolgte der frischgebackene Schirmherr die moderierte Darstellung.

Bei einem späteren Drachenbootausflug des Kabinetts, der von der DLRG abgesichert wurde, konnte sich der Niedersächsische Ministerpräsident überraschend selbst von der Professionalität der DLRG überzeugen: Das Drachenboot kenterte und die gesamte Besetzung wurde von den Einsatzkräften gerettet. Der neue Schirmherr nahm's mit Humor und postete auf seiner Facebook-Seite: „Als neuer Schirmherr der Niedersächsischen DLRG konnte ich mich heute Nachmittag direkt vom Können der ehrenamtlichen Lebensretter überzeugen.“

*Ralf Zimmermann  
Deutsche Lebens-Rettungs-  
Gesellschaft (DLRG)  
Landesverband Niedersachsen e.V.*

## Lese- und Rechtschreibschwächen

### Kein Schicksal! – Ein Fall für Diagnose und Förderung

Die paritätische Mitgliedsorganisation Institut für Legastheniker Therapie und deutsche Orthographie e. V. (ILT) behandelt in Hannover seit nunmehr 20 Jahren erfolgreich Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die unter einer Legasthenie leiden. Für den Parität Report stellt das ILT dar, was genau Legasthenie ist, warum gezielte Förderung so wichtig ist und welchen Herausforderungen sich betroffene Kinder und ihre Familien stellen müssen.

Die Kinder mit Lese- und Rechtschreibschwächen haben ein großes Problem. Wegen ihrer Lernschwierigkeiten sind sie in der Schule be-

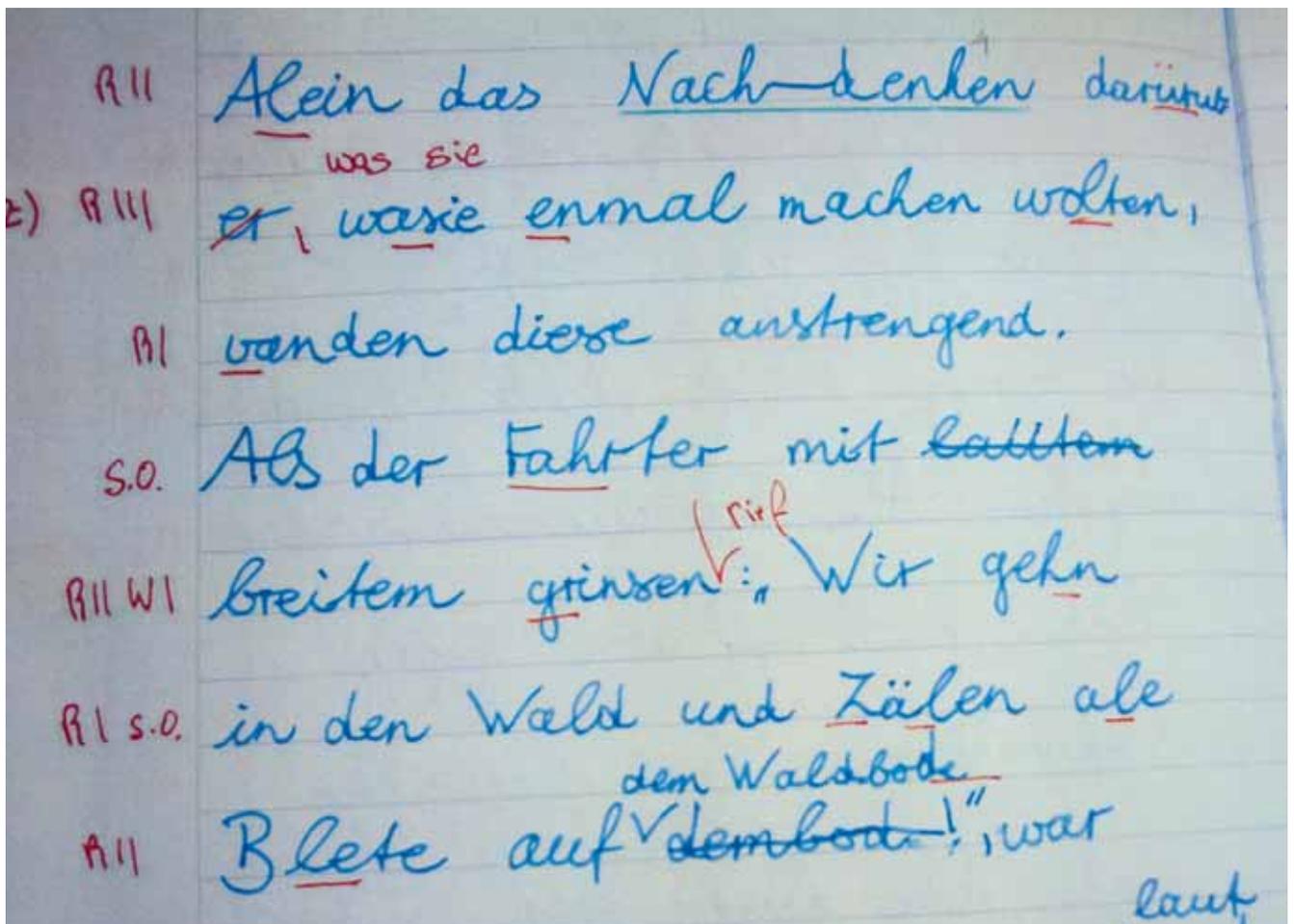
reits über längere Zeit aufgefallen. Sie sind langsamer als andere Kinder beim Lesen. Oder sie vertauschen immer wieder ähnlich klingende Laute, schreiben Wörter wie „schreiben“ oder „braden“ oder „Gleit“.

#### Nicht normal?

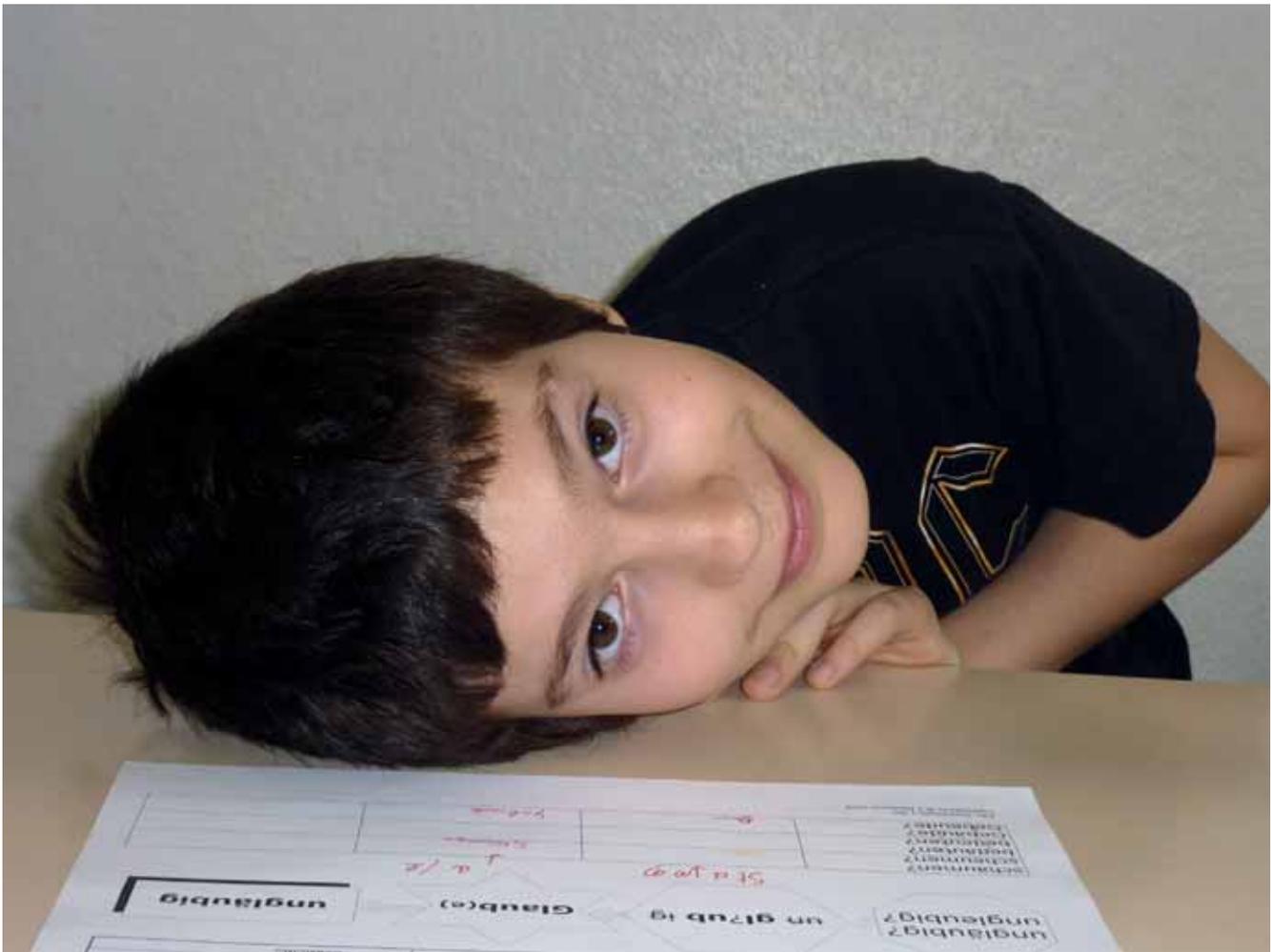
In der Schule, die alle Kinder miteinander vergleicht, fallen sie regelmäßig, eben beim Lesen und Schreiben, als „schwach“ auf. Sie scheinen bei diesen Leistungen wirklich nicht ganz „normal“ zu sein. Für die geübten Diktate müssen sie länger üben als andere – und selbst, wenn sie das dann mit der Mutter getan haben,

bekommen sie oft doch wieder viele Fehler angestrichen.

Weil die Kinder nicht wissen, was ihnen am Lesen und Schreiben so schwer fällt, kommen sie früher oder später auf den Gedanken, dass sie selbst nicht normal sind. Zunächst schämen sie sich für die schlechten Leistungen – später erklären sie uns Erwachsenen, dass „sie diese Leistungen eben nicht mögen“ – und sie versuchen, ihnen mit verschiedensten Mitteln aus dem Wege zu gehen. Damit sind sie schon bei der Leistungsverweigerung, mit der die Lernschwäche sich weiter verfestigt.



Schreibprobe eines betroffenen Kindes.



Um zu verdeutlichen, welche der Leistungsanforderungen von Lesen und Schreiben dem einzelnen Kind Schwierigkeiten macht, ist eine individuelle Leistungsdiagnostik nötig.

### Die Lernschwäche hat psychische Folgen

Immer wenn die Kinder die Gründe für ihr Versagen bei sich selbst suchen, bauen sie psychische Symptome auf, die ihnen das einfache Lernen erschweren. Das können Selbstzweifel sein, mit denen man sich den Lernstoff nicht unbefangen einprägen kann. Es kann die Ablehnung gegenüber dem Stoff sein, den das Kind noch weniger erlernen kann, wenn es ihn umgeht. Es können auch „auffallende“ Verhaltensweisen im Schulalltag sein, mit denen das Kind kompensatorisch die Aufmerksamkeit der anderen auf sich ziehen möchte.

### Sachliche Diagnostik

Diese Kinder müssen wir aus dem Teufelskreis von Leistungsschwäche und Selbstzweifeln herausführen. Jede individuelle Leistungsdiagnostik macht deutlich, welche der Leistungsanforderungen von Lesen und Schreiben dem einzelnen Kind Schwierigkeiten macht. Sind es die kleinen Buchstaben beim Lesen? Ist es die Analyse der Lautketten beim Schreiben? Sind es die logischen Regeln beim Schreiben, die das Kind „aufsagen“, aber nicht eigenständig anwenden kann? Die sachlichen Lernanforderungen für das Lesen und Schreiben sind sehr vielfältig.

Eine qualitative Diagnostik zeigt diese sachlichen Lernschwierigkeiten der einzelnen Kinder auf. In unserer 23-jährigen Praxis hat sich noch nie das Fehlerprofil eines Kindes bei einem anderen einfach „verdoppelt“. Die sprachlichen Verständnisschwächen des einzelnen Kindes ergeben sein individuelles Fehlerprofil. Ihm entnehmen wir die Ansatzpunkte für die Förderung des Kindes.

### Lerntherapie

nimmt die Lernschwierigkeiten des Kindes ernst. Lerntherapie hat im individuellen Fehlerprofil des Kindes den Leitfaden seiner Förderung. Von der ersten Therapiesitzung an erfährt das Kind, dass es die Grund-

lagen des Lesens und Schreibens durchaus beherrscht. An all dem, was es bereits gelernt hat, bemerkt es, dass es für diese immer wieder abgefragten Leistungen ja gar nicht „zu dumm“ ist. Das Kind bemerkt auch, dass es sich für seine Fehler nicht zu schämen braucht – im Gegenteil: Aus seinen Fehlern kann es selbst etwas lernen.

Allerdings nur dann, wenn die Therapie das Denken des Kindes systematisch fördert. Hier gibt es kein „üben, üben, üben!“ und „präg dir das doch endlich ein!“ Das Verständnis des Kindes ist das Kriterium, an dem die Förderung ausgerichtet ist. Auf diese sachliche Weise kann auch der „langsame Lerner“ Vertrauen zu seinen Fähigkeiten beim Lesen und Schreiben gewinnen.

Mit gezielter sprachlicher Förderung erwirbt jedes Kind ein gelasseneres Selbstbewusstsein beim Lesen und Schreiben. Und es baut Schritt für Schritt eine Lernmotivation auf, die wir intrinsisch nennen. Kinder entwickeln den Lernwillen, das, was sie noch nicht verstanden haben, gezielt in den Griff zu bekommen. Und sie erwerben im Rahmen der Förderung eine Lese- und Rechtschreibkompe-

tenz, die ihrer sonstigen intellektuellen Leistungsfähigkeit entspricht.

### **Weg vom quantitativen Vergleich!**

Wer die sprachlichen Lernprobleme der Kinder und ihre psychischen Folgewirkungen rein quantitativ ermitteln will, hat den entscheidenden Ansatzpunkt von Lerndiagnostik verpasst. Denn ganz gleich, ob man die Lese- und Schreibleistungen eines Kindes in einen statistischen Bezug zu seiner Schulklasse, zu gleichartigen anderen Schulklassen, zu fiktiven Größen, die man als Stichprobe erhebt, oder zu sonstigen äußeren Vorgaben setzt, immer besteht das Interesse in der Selektion zwischen angeblich normalen und abweichenden Schülern. Diese Messverfahren sind mit Sicherheit kein Auftakt für die Förderung und damit den tendenziellen Abbau von Lernschwächen.

### **Alle Kinder wollen normal sein!**

Kein Kind will verhaltensauffällig sein. Jedes Kind will beim Lernen beweisen, dass es die Dinge versteht. Dies umso mehr, wenn die Kinder mit den Lese- und Rechtschreibschwächen auch noch von Dritten überprüft werden. Die typischen Fragen

„wie geht es dir in der Schule?“ oder was es an subtilen Nachfragen noch gibt, sind nämlich nicht so harmlos gemeint, wie sie zunächst klingen. Sie fordern eine Antwort, die irgendwo auf der Skala von normal bis abweichend angesiedelt ist. Bei den Antworten können die Kinder nur Fehler machen. Erklären sie sich selbst für normal, fallen sie aus dem geregelten Förderbedarf heraus. Erklären sie sich für „nicht so ganz normal“, sind nicht mehr ihre Lernschwierigkeiten, sondern „ihr soziales Verhalten“ das Thema. Damit macht der Diagnostiker den oben beschriebenen naiven Fehler des Kindes zu einem Urteil über das Kind: Das Kind selbst ist das Problem! Und schon ist ein „Schicksal“ geschaffen.

Weitere Informationen erteilt das Institut für Legastheniker-Therapie und deutsche Orthographie e. V., Fundstr. 1b in 30161 Hannover auch auf seiner Homepage [www.legasthenikertherapie.de](http://www.legasthenikertherapie.de) sowie unter 0511 / 31 51 12 oder 0511 / 336 40 92 (Telefonsprechstunde: Mo. bis Fr. 12 bis 14 Uhr).

*Dr. Günter Schmieg  
Institut für Legastheniker-Therapie und  
deutsche Orthographie e. V.*

## **Wenn nichts normal ist und das Alltägliche unmöglich wird**

### **Weltautismustag machte auf besondere Entwicklungsstörung aufmerksam**

Sie bilden nur eine kleine Gruppe. Auf 1000 Personen kommen gerade fünf Betroffene. Ihre Schicksale haben es aber oft mehr als in sich: Menschen mit Autismus. Um auf diese tiefgreifende und unheilbare Entwicklungs-

störung aufmerksam zu machen, hat die UNO den Weltautismustag am 2. April ins Leben gerufen.

Menschen mit Autismus haben vor allem Probleme im sozialen

Umgang mit Mitmenschen. Gesten zu deuten oder Ironie zu erkennen fällt ihnen besonders schwer. Blick- und Körperkontakt werden in der Regel vermieden. Die Kommunikation ist

meistens stark eingeschränkt. Ferner halten Menschen mit Autismus oftmals zwanghaft Rituale ein, wie etwa feste Tagesabläufe. Ist die „heilige“ Ordnung gestört, kommt beispielsweise ein Bus zu spät oder befindet sich ein Gegenstand nicht am angestammten Platz im Supermarktregal, oder auf dem Schreibtisch, können massive Ängste oder Verunsicherungen auftreten.

Ein geregelter Schulbesuch, eine Berufsausbildung oder der Abschluss eines Studiums sind für Menschen mit Autismus nur selten problemlos möglich – obwohl viele sogar überdurchschnittlich intelligent sind. Zudem weisen viele Betroffene spezielle Begabungen auf, wie außerordentliche Fähigkeiten in Mathematik oder hohe Merkfähigkeit. Mancher Autist ist so in der Lage, detaillierte Zugfahrpläne auswendig zu lernen. Im Gegensatz dazu fallen einem Menschen mit Autismus manche Dinge des alltäglichen Lebens äußerst schwer, insbesondere dann, wenn sie nicht regelmäßig sind oder Abläufe sich ändern.

Die Kindheit von Menschen mit Autismus ist oftmals durch hohe Isolation gekennzeichnet. Kontakte mit anderen Kindern werden vermieden, gespielt wird ungern oder gar nicht, freundliche Gesten von Eltern oder Verwandten werden nicht erwidert. Spielzeuge werden zweckentfremdet und in immer gleicher Weise genutzt. Dazu entwickeln sie Stereotypen, wie zum Beispiel Wedeln mit Fäden oder Papier sowie Drehen von Gegenständen oder deren immer gleiche Anordnung. Ist diese einmal nach dem Aufräumen durch Dritte ver-

ändert, sind die betroffenen Kinder untröstlich.

Die Berufswahl scheitert oft daran, dass Vorstellungsgespräche eine unüberwindliche Hürde darstellen: eine ungewohnte Umgebung, eine unbekannt Person, aus Sicht des Betroffenen nicht zu deutender Small Talk – all das überfordert sie. Das Ergebnis sind Dutzende Absagen, die oft Depressionen nach sich ziehen, zumindest aber hohe Frustration auslösen. Da die Diagnostik sich erst in den letzten Jahren verbessert hat, wissen viele nichts von ihrem Schicksal. Eltern sind so meist massiv verzweifelt, weil die Kinder über normale Intelligenz verfügen und niemand sich das „Versagen“ erklären kann.

Im Berufsleben angekommen, kann die Schwierigkeit, mit anderen zu kommunizieren, schnell das Ende eines Arbeitsverhältnisses bedeuten. Händeschütteln zum Beispiel kostet einige Überwindung. Zwanghafter Ordnungssinn in der eigenen Wohnung kann dazu führen, dass ein Autist regelmäßig zu spät kommt oder erst gar nicht zur Arbeit erscheint. Ständig wechselnde Ansprechpartner, neue, unvorbereitet erteilte Aufgaben oder ein Bürowechsel lösen unvorstellbaren Stress bei den Menschen aus, der zu Krankheit und Minderleistung führt.

Auf der anderen Seite stehen Fähigkeiten, die andere Arbeitnehmer kaum aufbringen können: ein enormes Zahlengedächtnis oder die Fähigkeit, regelmäßig wiederkehrende, für andere Arbeitnehmer höchst eintönige Arbeiten über lange Zeit stets fehlerfrei zu meistern, zeichnet Menschen mit

Autismus oft aus. Auf dem richtigen Arbeitsplatz eingesetzt, sind sie leistungsstark. Von vielen Mitarbeitern ungeliebte Routine-Aufgaben erledigen sie klaglos mit weit überdurchschnittlicher Präzision.

In der paritätischen Mitgliedsorganisation Lebenshilfe Braunschweig gemeinnützige GmbH sind über 50 Menschen mit Störungen aus dem Autismusspektrum tätig. Dabei wird bei dem Träger der beruflichen Rehabilitation zwischen Menschen mit frühkindlichem oder Kanner-Autismus und Menschen mit Asperger-Autismus unterschieden. Kanner-Autismus äußert sich meistens darin, dass Entwicklungsrückstände auftreten. In der Regel ist damit eine geistige Behinderung verbunden. Das Asperger-Syndrom ist eine einfachere Form des Autismus. Die Menschen sind normal intelligent und verfügen oft über Inselbegabungen. Schwierigkeiten in Sachen soziale Kontakte und Kommunikation sowie chronisch anmutende Rituale sind beiden Formen gemein.

Menschen mit frühkindlichem Autismus werden unter anderem in einer Arbeitsgruppe in Abbenrode betreut. Spezialisierte Fachkräfte sorgen für eine den Menschen gerecht werdende Arbeitsatmosphäre, ungestörtes Arbeiten und dafür, dass entsprechende Rituale eingehalten werden können. Wenn es das Behinderungsbild zulässt, werden die Betroffenen schnellstmöglich in bestehende Arbeitsgruppen integriert. Trotz großer Schwierigkeiten in der Kommunikation wünschen sich Menschen mit Autismus Kontakte, um aus der eigenen Isolation ein Stück weit ausbrechen zu können.

Eine Gruppe von Menschen mit Asperger-Autismus wird in Büroarbeit geschult. Es wurde eine spezielle Lern- und Arbeitsumgebung geschaffen, die hohe Konzentration auf die Ausbildung ermöglicht. Hier ist geplant, in enger Absprache mit der Agentur für Arbeit und Arbeitgeber Praktikums- und Ausbildungsmöglichkeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu initiieren.

Dem speziellen Förderbedarf ist geschuldet, dass eine Autismus-Ambulanz mit einem weit reichenden Beratungs-, Betreuungs- und Therapieangebot sowie spezielle Wohneinrichtungen geschaffen wurden. Tagespläne, feste Ansprechpartner und eine angepasste Umgebung erleichtern den Betroffenen ihr Leben enorm. Viele sind stolz, allein le-

ben zu können und erzielen so auch Fortschritte in Sachen Ausübung von Berufen oder einfach im Alltag.

Neuestes Angebot sind spezielle Freizeitveranstaltungen. So wird eine Reise ermöglicht, die ausführlich vorbereitet wird – ein für viele Autisten unter normalen Umständen nicht zu leistendes Unterfangen. Umgebungswechsel, Bustransfer oder das Wälzen von Katalogen mit unzähligen, kaum zu verarbeitenden Eindrücken sind alleine kaum zu bewältigen. Rituale und Ordnungssinn machen letztlich auch vor Freizeit und Freundschaft nicht halt. Die Förderung auf diesem Gebiet sorgt so auch für ein Stück weit Normalität, die für einen Menschen mit Autismus alles andere als normal ist.

Weiterführende Informationen:

- Autismusambulanz Lebenshilfe Braunschweig, Pawelstraße 4, 38118 Braunschweig, 0531 / 4719 492 (Sylva Schlenker)
- Zum Thema Autismus und Arbeitsleben: Berufliche Bildung, Lebenshilfe Braunschweig, 0531 / 4719 344 oder 0172 / 24 50 843 (Frank Rogalski)

*Elke Franzen  
Lebenshilfe Braunschweig  
gemeinnützige GmbH*

Paritätisches Jugendwerk Niedersachsen · Rosenwall 1 · 38300 Wolfenbüttel  
Fon: 05331-905460 · Fax: 05331-9054611 · jugendwerk@paritaetischer.de · www.pjw-nds.de



kraftvoll



lautstark



dynamisch

für Teilhabe, Solidarität,  
soziale Gerechtigkeit

## Neuer DMSG-InfoGuide erschienen

### Aktueller Überblick über Informationsmaterialien zur Multiplen Sklerose

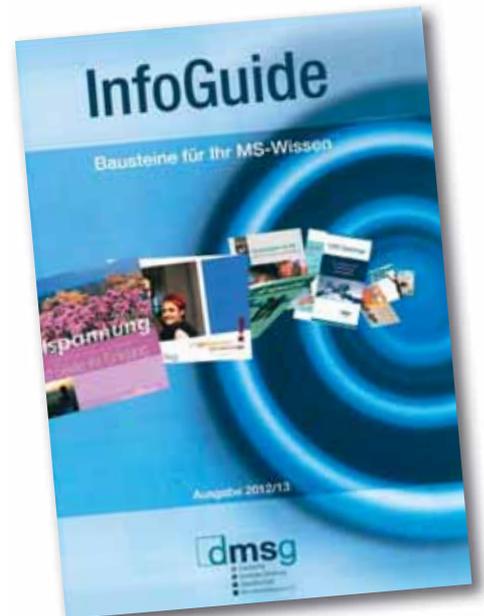
Multiple Sklerose, die Krankheit mit den 1000 Gesichtern, wirft viele Fragen auf. Antworten finden Erkrankte, Angehörige und Interessierte im reichhaltigen, gut verständlichen und attraktiv gestalteten Aufklärungs- und Informationsangebot, das die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft (DMSG) bereithält. Einen aktuellen Überblick gibt der InfoGuide, dessen jüngste Ausgabe gerade erschienen ist.

Auf 28 Seiten listet der InfoGuide kompakt und übersichtlich das vorhandene schriftliche Aufklärungs- und Informationsmaterial auf und macht auf die Aufklärungs- und Informationsangebote auf den Webseiten des DMSG-Bundesverbandes unter [www.dmsg.de](http://www.dmsg.de) aufmerksam. Die Broschüren, MS-Informationen und die multimedialen Angebote sind nach Themenschwerpunkten

sortiert, ihre Inhalte werden kurz und knapp vorgestellt. So kann jeder in Ruhe die für sich relevanten Materialien auswählen und mit dem anhängenden Formular per Post oder Fax beim Bundesverband der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft bestellen oder bei einem Besuch auf den Webseiten die interaktiven Tools nutzen.

Der InfoGuide wird seit 2011 jedes Frühjahr neu aufgelegt, um ihn stets aktuell zu halten. In der jetzt erschienenen Ausgabe 2012/2013 sind bereits alle für dieses Jahr geplanten Informationsmaterialien mit ihren Erscheinungsdaten aufgenommen.

Der InfoGuide kann im Online-Shop des DMSG-Bundesverbandes unter [www.dmsg.de](http://www.dmsg.de) oder in den Geschäftsstellen der DMSG-Landesverbände bestellt werden. Es werden lediglich Verpackungs- und



Versandkosten fällig. Der DMSG Landesverband Niedersachsen e.V., Engelbosteler Damm 104 in 30167 Hannover ist telefonisch unter 0511 / 70 33 38 erreichbar.

*Deutsche Multiple Sklerose  
Gesellschaft  
Bundesverband e.V.*

## Vorbildliche Gesundheitsversorgung

### Versorgungsnetzwerk SIDA e. V. gewinnt

#### Niedersächsischen Gesundheitspreis

Die paritätische Mitgliedsorganisation SIDA (Soforthilfe und Information durch ambulante Versorgung) e.V. ist mit dem 1. Niedersächsischen Gesundheitspreis ausgezeichnet worden. Der Niedersächsische Gesundheitspreis hat das Ziel, Beispiele guter Praxis, die Vorbildcharakter haben, bekannt zu machen und zum Nachahmen

anzuregen und zugleich die Entwicklung neuer, kreativer Ideen zu fördern. Als Versorgungsnetzwerk für chronisch Erkrankte bietet SIDA e.V. eine qualitativ hochwertige Versorgung und kann somit Schnittstellenprobleme und Versorgungslücken überwinden. Das Versorgungsnetzwerk SIDA e.V. hat Erfahrungen aus der Versor-

gung mit HIV und AIDS-Erkrankten auch auf andere Krankheitsbilder übertragen können, so dass SIDA e.V. heute als innovatives, offenes ambulantes Versorgungsnetz für neurologische Patienten mit Multipler Sklerose, Parkinson, HIV-Infektion/AIDS, akuten Entzündungen des Nervensystems (z.B. Neuroborreliose, Zosterin-



*Aygül Özkan (Niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration), Dr. med. Elmar Straube (Vorstand SIDA e. V.), Dr. med. Bodo Strahl (Geschäftsführung SIDA e. V.) und Dr. Jürgen Peter (Vorstandsvorsitzender AOK Niedersachsen) bei der Preisverleihung.*

fektion) oder Patienten mit Baclofen- oder Schmerzpumpen in Niedersachsen erfolgreich etabliert ist. In der Kategorie „Optimierung von Schnittstellen zwischen ambulanter und stationärer Gesundheitsversorgung“ verlieh Gesundheitsministerin Aygül Özkan den Preis an SIDA e. V..

SIDA e. V. entstand durch die Verflechtung verschiedener Berufsgruppen wie niedergelassenen Fachärzten, Sozialpädagoginnen und dem ambulant arbeitenden Schwesternservice von SIDA e. V. und ist mittlerweile mit 19 Fachärzten/-innen für Neurologie (in zwölf Facharztpraxen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen) vernetzt. Dieses in Deutschland einmalige integrierte Versorgungsnetz wurde 2002 von der KV Niedersachsen, der AOK, dem Landesverband der BKK und der damaligen Bezirksregierung Hannover nach § 140a ff. SGB V

unter Vertrag genommen – im Laufe der Jahre haben weitere Krankenkassen ebenfalls Versorgungsverträge abgeschlossen.

Durch die berufsübergreifende Kooperation gelingt es, die Qualität der medizinischen und pflegerischen Versorgung vor allem für chronische Erkrankungen zu verbessern und zu vernetzen und gleichzeitig die Kosten im Gesundheitswesen zu senken. Das Ziel dieses Netzwerkes ist die Vermeidung von stationären Behandlungen für chronisch Erkrankte bei akuten und anhaltenden Verschlechterungen der Grunderkrankung, durch eine ambulante, qualitativ hochwertige Versorgung im häuslichen Bereich. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass auch anspruchsvolle medizinische Aufgaben sich aus dem Krankenhausbereich in den ambulanten Sektor verlagern lassen.

Alle neurologischen SIDA plus Einzelpraxen versorgen das gesamte Feld der konventionellen Neurologie. Die Diagnosen Multiple Sklerose, Parkinson, HIV-Infektion/AIDS, akute Entzündungen des Nervensystems (z.B. Neuroborreliose, Zosterinfektion) oder Patienten mit Baclofen- oder Schmerzpumpen stellen allerdings das Hauptkontingent der Behandlungsfälle dar. Die Patienten erhalten eine hochwertige Behandlung durch Fachärzte, die sich auf Ihrem Gebiet laufend und engagiert fortbilden und die Therapien an dem neusten Stand der Wissenschaft ausrichten. SIDA stellt für seine Patienten einen fachkompetenten ärztlichen und pflegerischen 24-Stunden-Hintergrunddienst, auch an Wochenenden und Feiertagen, d.h. Notfallmanagement und zeitnahe Beginn von medikamentösen Therapien.

*Ainikki Gerhard  
SIDA e. V.*

# Willkommen im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V.

## Neue Mitgliedsorganisationen im Porträt

*Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. hat auf seinen Vorstandssitzungen am 12., 20. und 22. März 2012 die Aufnahme neuer Mitgliedsorganisationen beschlossen. Die jüngsten Mitglieder des Paritätischen Niedersachsen möchten wir Ihnen an dieser Stelle kurz vorstellen. Weiterführende Informationen und Links über unsere Mitgliedsorganisationen sowie Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme finden Sie auf unserer Homepage [www.paritaetischer.de](http://www.paritaetischer.de), Rubrik „Mitglieder“.*

### **Förderverein der Nordhorner Tafel e. V.**

Der Förderverein wurde am 02.06.2008 gegründet. Der Zweck des Fördervereins der Nordhorner Tafel e.V. ist die ideelle, materielle und finanzielle Unterstützung der Nordhorner Tafel e.V.. Sekundär durch diese Unterstützung soll sozial Benachteiligten im Landkreis Grafschaft Bentheim geholfen werden und die Armut im Landkreis im allgemeinen bekämpft werden. Zu diesem Zweck betreibt der Förderverein das erste Nordhorner Sozialkaufhaus – „Das Lädchen“. Hier werden ausschließlich gespendete Dinge wie Kleidung, Spielwaren, Haushaltsgegenstände, Bücher, Deko usw. günstig abgegeben. Die Mitarbeiter arbeiten alle ehrenamtlich. Außerdem versucht der Förderverein durch Aktionen und Beteiligungen an verschiedenen Veranstaltungen auf die Tafel aufmerksam zu machen, Mitglieder und Spenden zu wer-

ben. Veranstaltungen der Nordhorner Tafel e.V. werden ebenfalls regelmäßig durch die Mitarbeit der Mitglieder des Fördervereins unterstützt.

### **Mensaveroin des Schulzentrums Walsrode e. V.**

Der Mensaveroin des Schulzentrums Walsrode e.V. organisiert und verwaltet die Bereitstellung des Mittagessens für die Realschule Walsrode und die Felix-Nussbaum-Schule, die Hauptschule in Walsrode. Bereits seit 1996 findet ein Ganztagsangebot in der Felix-Nussbaum-Schule statt. Im Zuge einer ausgewogenen Gestaltung des Schultages (Rhythmisierung) fand auch das Thema Mittagessen breiten Raum. Es wurde sehr schnell deutlich, dass das Mittagessen ein fester Bestandteil des Schultages sein sollte. Dabei wurden einige Parameter formuliert, die der besonderen Situation an der Schule, den Schüler und unserem pädagogischen Anspruch genügen: eine warme Mahlzeit, zwei Essen zur Auswahl, zu einem verträglichen Preis, in einer angenehmen Atmosphäre, gemeinsam mit dem Klassenlehrer und seiner Klasse. Diesem Anspruch genügt das Angebot bis heute. Zur Zeit essen alle 300 Schülerinnen und Schüler der Felix-Nussbaum-Schule zweimal wöchentlich auf die Wochentage Montag bis Donnerstag verteilt. Zusammen mit den rund einhundert Essen der Realschule werden so in der Wo-

che ca. 700 Essen ausgegeben. Der Tischdienst der Klassen deckt den Tisch und sorgt dafür, dass das Essen, welches in Schüsseln ausgegeben wird, rasch zu den wartenden Schülern kommt. Mit einem Tischspruch und einem „Guten Appetit“ beginnen die Schüler sich aus den Schüsseln zu bedienen. Der Anspruch, dass jeder Schüler mit isst, findet großen Zuspruch. Im Vordergrund des 45-minütigen Mittagessens steht nicht die rasche Nahrungsaufnahme, sondern das Erleben von Gemeinschaft. Beim Mittagessen finden die wichtigen zwischenmenschlichen Gespräche statt. Durch die Schüsselportionierung werden u.a. sprachliche Umgangsformen trainiert, soziale Kompetenzen erweitert und eine (Tisch-)Gemeinschaft hergestellt. Ebenso lernen unterschiedliche Kulturkreise traditionelle Tischregeln kennen. Dank der Subventionierung durch das Land Niedersachsen und den Landkreis Heidekreis kann sich jedes Kind die zwei Mahlzeiten in der Schule leisten. Für die Essenausgabe beschäftigt der Mensaveroin zwei Küchenkräfte. Die Bestellung und Abrechnung des Essens wird zur Zeit noch über die Schulsekretariate abgewickelt. Zukünftig soll dies aber auch der Verein übernehmen.

### **Stiftung Haus der Lebenshilfe, Uelzen**

Im April 2011 wurde nach ein- einhalb Jahren intensiver strategischer Arbeit die Stiftung Haus

der Lebenshilfe anerkannt. Damit mündet der Gründungsgedanke aus den 60er Jahren, Menschen mit Behinderung zu fördern und zu integrieren, nun in ein zukunftsicherndes Modell mit schlanken und effizienten Strukturen. Stifter sind die Kreisvereinigungen der Lebenshilfe für geistig und körperlich Behinderte e.V. in Uelzen und Lüchow-Dannenberg. Ziel der Stiftung ist es, die Interessen von Menschen mit Handicap und deren Angehörige in allen Bereichen der

Gesellschaft zu beraten und aktiv zu unterstützen. Zur Umsetzung ihrer Ziele arbeitet die Stiftung mit haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern sowie anderen Organisationen, Vereinen und Verbänden zusammen. Als weiteren Schwerpunkt möchte die Stiftung daher ehrenamtliche Mitarbeiter in der Behindertenhilfe gewinnen, unterstützen und fördern. So wird es Werbe- und Auftaktveranstaltungen sowie Schulungen für ehrenamtliche Helfer geben, die

bei Freizeitmaßnahmen und Assistenzdiensten stark eingebunden werden sollen. Die Stiftung plant außerdem, sich bei Sport-, Kunst- und Kulturveranstaltungen für und mit Menschen mit Unterstützungsbedarf zu engagieren. Weiterhin betreibt sie verschiedene Einrichtungen der Kinder-, Jugend-, Alten- und Behindertenhilfe, in denen behinderte und nicht behinderte Menschen ganz im Sinne der Inklusion zusammen betreut und gefördert werden.

## 26. Selbsthilfetag in Hannover: Rund 70 Gruppen stellen sich vor Sozialministerin und Vorstand des Paritätischen eröffnen Landeswohlfahrtslotterie

Die mittlerweile 26. Auflage des Hannoverschen Selbsthilfetages hat die Paritätische Kontakt- Informations- und Beratungsstelle im Selbsthilfebereich, kurz KIBIS Hannover, am 12.05.2012 in der City der Landeshauptstadt gefeiert. Zwar konnten sich die rund 70 Gruppen aufgrund von Bauarbeiten im zweiten Jahr in Folge nicht am Kröpcke präsentieren, doch auch der alternative Festplatz rund um das Schillerdenkmal lockte viele interessierte Besucherinnen und Besucher an die Stände. Kein Wunder, denn die Themenvielfalt der vielen Beratungs- und Informationsstände reichte von Krankheiten und Behinderungen über soziale Probleme bis hin zu Süchten und deckte so wie gewohnt ein weites Feld ab. So bildet der Selbsthilfetag einen festen Programmpunkt im Kalender vieler Hannoveraner, bietet er Interessier-

ten doch eine gute, niedrigschwellige Möglichkeit, ersten Kontakt zur KIBIS und ihrem Selbsthilfeangebot aufzunehmen. Und für die Gruppen ist der Tag eine wichtige und verdiente Gelegenheit, sich und ihre engagierte Arbeit einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren.

„Die heutige Aufmerksamkeit tut gut, denn das freiwillige Engagement findet leider häufig im Verborgenen statt“, sagte Rita Hagemann, Leiterin der KIBIS, bei der Eröffnung des Selbsthilfetages. Erfreulich sei, dass sich das Bild der Selbsthilfegruppen endlich gewandelt habe und Selbst-



Rund 70 Gruppen präsentierten sich auf dem 26. Selbsthilfetag in Hannover.

hilfe gesellschaftsfähig geworden sei. „Die Teilnahme an einer Selbsthilfegruppe wird als Stärke empfunden“, berichtete Rita Hagemann. Entsprechend sei auch der Trend weiter positiv: Rund 40 Selbsthilfegruppen schließen sich jährlich der KIBIS an, vor allem die Zahl an Gruppen für Menschen mit psychischen Problemen und Krankheiten sei deutlich gestiegen. Handlungsbedarf machte Rita Hagemann bei Gruppen, die sich an Menschen mit Migrationshintergrund wenden, aus: „Diesen Bereich wollen wir aktiv fördern und bieten uns als Gesprächspartner an.“



*Cornelia Rundt (von rechts), Rita Hagemann und Aygül Özkan begrüßen Mitglieder am Stand des Blinden- und Sehbehindertenverbands Niedersachsen e. V.*

Bürgermeister Klaus-Dieter Scholz überbrachte Grüße der Landeshauptstadt und lobte das Engagement der Gruppen, die sich aus persönlichen Erfahrungen ihre ganz eigenen Kompetenzen erarbeiten. „Es wird immer wieder deutlich: Betroffene können oft selbst die besten Experten sein“, sagte Scholz. Und auch Michaela Michalowitz, Vertreterin des Regionspräsidenten, betonte die wichtige Rolle der Selbsthilfegruppen: „Für viele Menschen

ist es schon eine große Erleichterung, zu wissen, dass sie mit ihrem Problem nicht alleine sind.“

Niedersachsen Sozialministerin Aygül Özkan wandte sich zunächst an diejenigen, die noch keiner Selbsthilfegruppe angehören: „Alle, die noch zögern, bei einer Selbsthilfegruppe mitzumachen, rate ich: Engagieren Sie sich!“ Denn die

Gruppen, so die Ministerin, seien „notwendige Ergänzung zur professionellen Arbeit.“ Nach den lobenden Worten oblag es der Ministerin, gemeinsam mit Cornelia Rundt, Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., die diesjährige Ausgabe der Glückspilz-Lotterie zu eröffnen. Glückspilz ist die Lotterie der Freien Wohlfahrtspflege, bei der es nur Gewinner gibt. Denn auch wenn die Rubbellose zum Preis von 1 Euro keine kleineren Geldpreise, Freilose oder gar den Hauptgewinn von 1000 Euro zeigen, fließen die Erlöse der Lotterie der Einrichtung der Freien Wohlfahrtspflege zu – jeder Loskauf unterstützt also ein soziales Land und macht alle Beteiligten zu Gewinnern. „Ich hoffe, dass die Lotterie einen großen Erlös einbringt und somit viel Unterstützung bei den Menschen ankommt, die sie brauchen“, sagte Ministerin Aygül Özkan. „Es ist heute ein Leichtes für Sie, Solidarität zu zeigen mit Menschen, denen es nicht gut geht“, forderte Cornelia Rundt die Zuschauer der Eröffnung auf.



*Mit gutem Beispiel voran: Nach der Eröffnung der Landeswohlfahrtslotterie kaufen Aygül Özkan (von rechts) und Cornelia Rundt bei Lena Gabriel „Glückspilz“-Lose.*

Ministerin Aygül Özkan und Vorstand Cornelia Rundt gingen gleich mit gutem Beispiel voran und versuchten ihr Losglück. Anschließend statteten sie einigen paritätischen Mitgliedsorganisationen, die mit einem Stand auf dem Selbsthilfetag vertreten waren, einen Besuch ab und verschafften sich einen kleinen Überblick über die vielfältige Selbsthilfeszene der Region Hannover. So informierte etwa Klaus Dickneite, Mitglied des Verbandsrats des Paritätischen Niedersachsen und Vorsitzender des Vereins für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V. Hannover, die Ministerin über die nächsten nötigen Schritte auf dem Weg zur „Inklusion für Alle“. Am Stand des Deutschen Schwerhörigenbundes, Landesverband Niedersachsen e.V.,

unterzog sich Aygül Özkan einem Schnellhörttest. „Alles okay“, bescheinigte ihr der Vorsitzende Rolf Erdmann. „Da bin ich beruhigt!“, sagte die Ministerin. Auch für den Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e.V., die Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind e.V. sowie die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft Hannover nahmen sich Aygül Özkan und Cornelia Rundt Zeit.

Am Ende des Tages waren nicht nur die Veranstalter, die am KIBIS-Pavillon fleißig Infomaterial verteilten, mit der Resonanz sehr zufrieden. „Grundsätzlich ist alles gut gelaufen, wir hatten eine schöne Atmosphäre“, fasste Rita Hagemann den 26. Selbsthilfetag in Hannover zu-

sammen. Und auch die Vertreter der Selbsthilfegruppen berichteten von zahlreichen ausführlichen Beratungs- und Informationsgesprächen – obwohl einige Stände lagebedingt aufgrund teils strenger Windverhältnisse mehr mit der Witterung zu kämpfen hatten als andere. „Trotz des nicht so guten Wetters haben wir 80 Blutzuckermessungen durchführen können und einigen Menschen empfohlen, einen Arzt aufzusuchen“, berichtete Hans-Joachim Manthey vom Deutschen Diabetikerbund Bezirksverband Hannover.

*Anika Falke  
 Pressereferentin Paritätischer  
 Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.*

## „Wichtiger Impulsgeber auf sozialpolitische Fragen“

### 1.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer beim bislang größten Fürsorgetag

Drei Tage lang, vom 08. bis 10. Mai 2012, stand die niedersächsische Landeshauptstadt Hannover ganz im Zeichen des 79. Deutschen Fürsorgetags. Die mehr als 1.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer besuchten Workshops, Symposien und Fachvorträge von etwa 150 Expertinnen und Experten aus allen Bereichen der Sozialpolitik, der Sozialen Arbeit und des Sozialrechts. Das Themenspektrum reichte von frühen Hilfen und frühkindlicher Bildung über das Bildungs- und Teilhabepaket hin zur Qualifizierung von Fachkräften, inklusiver Bildung, lebenslangen Lernen und aktiven Altern. Zu den Besuchern und Gastrednern gehörten unter anderem Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder, Bundesverfassungsrichterin Dr.

*V.l.n.r.: Anika Falke, Paritätischer Niedersachsen, Thomas Walter, Sozialdezernent der Stadt Hannover, Wilhelm Schmidt, Präsident des Deutschen Vereins, Aygül Özkan, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration des Landes Niedersachsen und Werner Hesse, Paritätischer Gesamtverband, im Gespräch.*



Susanne Baer, der Niedersächsische Kultusminister Bernd Althusmann sowie die Niedersächsische Sozialministerin Aygül Özkan. Der niedersächsische Ministerpräsident David McAllister lobte den Fürsorgetag als „wichtigen Impulsgeber für Antworten auf sozialpolitische und gesellschaftliche Fragen“.

Vor und nach den Vorträgen bot der „Markt der Möglichkeiten“ Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch: In zwei Hallen waren sozialpolitische Akteure mit Ständen vertreten, darunter auch der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. und der Paritätische Gesamtverband

e.V., die sich in der Glashalle an einem gemeinsamen Stand präsentierten. Geschäftsführer, Fachberater, Jugendbildungsberater des Paritätischen Jugendwerks sowie Fachreferentinnen und -referenten beider Verbände informierten interessierte Besucherinnen und Besucher und stiegen in viele Diskussionen und Erfahrungsaustausche ein. Am Gemeinschaftsstand der Stadt Hannover in der Niedersachsenhalle präsentierte sich außerdem die Kontakt-, Informations- und Beratungsstelle im Selbsthilfebereich (KIBIS) des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Hannover (GGPS Hannover GmbH).

*Sozialpolitischer Treffpunkt für Informationsgespräche und Erfahrungsaustausch: Der Paritätische auf dem Deutschen Fürsorgetag.*



Gesellschaftlicher Höhepunkt des dreitägigen Sozialkongresses war der „Abend der Begegnung“, zu dem die Stadt Hannover am 09.05.2012 geladen hatte. Im Neuen Rathaus hatten die rund 900 Gäste genug Gelegenheiten, sich beim „Niedersachsenbüfett“

und ungezwungener Atmosphäre zu unterhalten und den bisherigen Verlauf des Fürsorgetages Revue passieren zu lassen.

*Anika Falke*

*Pressereferentin Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.*

## Fazit zum 79. Deutschen Fürsorgetag

**Werner Hesse**, Vizepräsident des Deutschen Vereins und Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Gesamtverband:

*„Mit dem Motto ‚Ohne Bildung keine Teilhabe‘ traf der Fürsorgetag ein brandaktuelles Thema. In kaum einer anderen Industrienation ist der Zugang zu Bildung derart schichtspezifisch wie in Deutschland. Durch alle Veranstaltungen des Fürsorgetages zog sich die Erkenntnis, dass es in Deutschland grundlegender Reformen des Bildungswesens bedarf, um Bildungsgerechtigkeit für alle zu erreichen. Weitere Investitionen in Kindertagesstätten und Schulen sowie Schulsozialarbeit müssen erfolgen. Das geplante Betreuungsgeld wurde nur von der Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder verteidigt.*

*In ihrem Abschlussvortrag mahnte Bundesverfassungsrichterin Dr. Susanne Baer die Politik, den verfassungsrechtlichen Anspruch auf Teilhabe durch Bildung umzusetzen. Man kann nach diesem Vortrag gespannt sein, ob die Bundesregierung mit ihren Regelsätzen und dem sogenannten Bildungs- und Teilhabepaket erneut in Karlsruhe scheitern wird.“*

**Bianka Titze**, Paritätischer Hannover (GGPS Hannover GmbH):

*„Der Deutsche Fürsorgetag war eine spannende Erfahrung für mich. Besonders imponiert hat mir die gute Zusammenarbeit auf dem Stand der Stadt Hannover. Dort waren alle Spitzenverbände der freien Wohlfahrt vertreten und haben ihre Leuchtturmprojekte in*

*der hannoverschen Sozialarbeit vorgestellt. Wir haben deutlich gezeigt, dass Sozialarbeit eine ganz besondere Qualität erreichen kann, wenn die Verbände zusammen arbeiten.“*

**Eduard Schellenberg**, Fachberater, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Niedersachsen e.V.:

*„Der Deutsche Fürsorgetag war auch diesmal ein gutes Forum, um in Vorträgen und Workshops gute Impulse zu bekommen. So wurde z. B. im Workshop ‚Inklusive Bildung‘ deutlich, dass es noch ein sehr mühsamer Weg ist, um dem Anspruch der inklusiven Bildung gerecht zu werden. Die gezeigten Beispiele aus der Praxis machten aber gleichzeitig deutlich, dass diese Mühe sich lohnt.“*

## Entlastung für pflegende Angehörige

### Tagespflege in Alfeld offiziell eröffnet

Als Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. ist Cornelia Rundt häufig in neuen Einrichtungen der sozialen Arbeit zu Gast und daher geübt darin, neue Projekte rasch zu beurteilen und sich schnell einen ersten Eindruck zu verschaffen. „Die Menschen, die hier betreut werden, finden Pflege und Geborgenheit“, lautete ihr spontanes Erst-Fazit anlässlich der offiziellen Eröffnung der Tagespflege des Paritätischen Hildesheim-Alfeld in Alfeld am 11.05.2012. Die Einrichtung, in der auf 300 Quadratmetern jeweils montags bis freitags bis zu 16 Pflegebedürftige betreut werden, lässt kaum andere Schlüsse zu. Neben den Aufenthalts-, Therapie- und Gruppenräumen, in denen Möglichkeiten zur aktiven Tagesgestaltung wie Singen, Basteln, Gymnastik oder Spielen angeboten werden, sind es vor allem auch die beiden Ruheräume, die Gemütlichkeit und Geborgenheit ausstrahlen.

Im Mittelpunkt steht bei „TagAktiv“ eine strukturierte Tagesgestaltung, in die die vielfältigen Beschäftigungsangebote eingebunden sind. Und neben entspannenden Angeboten, wie z.B. Klangschalenmeditation, werden natürlich auch notwendige pflegerische Leistungen erbracht. Nicht nur die Pflegebedürftigen selbst sollen wissen, dass sie gut versorgt sind – auch die Angehörigen, die sonst oft rund um die Uhr als familiärer Pflegedienst arbeiten, sollen die Zeit, die Mutter, Vater, Oma oder Tante bei „TagAktiv“ verbringt, möglichst



Das Team von „TagAktiv“, von links: Pflegedienstleitung Susanne Fritsch, stellvertretende Pflegedienstleitung Andrea Tolle, Angela Titz und Martina Kreth.

sorgenfrei nutzen, indem sie ihre Eltern oder Partner individuell und sicher begleitet wissen. Gleichzeitig behalten die Angehörigen die Möglichkeit, sich auch weiterhin liebevoll in ihrer gewohnten Umgebung um ihre Familienmitglieder kümmern zu können.

„TagAktiv“ bietet einen Fahrdienst, der die pflegebedürftigen Menschen auf Wunsch abholt und am Ende des Tages wieder nach Hause bringt. Altersgerechte Mahlzeiten werden nach dem Geschmack der Tagesgäste gereicht. Es besteht die Möglichkeit, die „TagAktiv“-Tagespflege nur an ausgewählten Tagen zu nutzen, um als Angehöriger Entlastung zu finden. „Auch wenn man will, als Angehöriger kann man die Menschen, die einem lieb und wichtig sind, bei einer Pflegebedürftigkeit nicht 24 Stunden am Tag versorgen. Das weiß jeder, der selbst einmal Pflege-Erfahrungen gemacht hat“, weiß Susanne Fritsch, Pflegedienstleitung bei „TagAktiv“.

„Pflegerische Angehörige stehen meist unter einer besonderen Belastung“, sagte Cornelia Rundt bei der Eröffnungsfeier der Einrichtung. „Deshalb ist so ein entlastendes Angebot wie ‚TagAktiv‘ sehr wichtig.“ Dass „TagAktiv“ eine bedeutende Einrichtung ist, die pflegenden Angehörigen Entlastung verschafft, betonte auch die stellvertretende Landrätin Waltraud Friedemann in ihrem Grußwort. Mit der TagAktiv-Tagespflege besteht nun in Alfeld eine Alternative zum Pflegeheim. „Sie schließen eine Lücke im sozialen Angebot der Stadt“, erklärte Uwe Brinckmann, erster Stadtrat der Stadt Alfeld. Rund einhalb Jahre hat es von der Idee bis zur Eröffnung von „TagAktiv“ gedauert, resümierte Elisabeth Fokken, Geschäftsführerin des Paritätischen Hildesheim-Alfeld. Ende März konnten dann die ersten Tagesgäste empfangen werden.

Anika Falke  
 Pressereferentin Paritätischer  
 Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

## „Hausgemeinschaften Eilenriedestift haben Pionierarbeit geleistet!“

Niedersächsische Sozialministerin Aygül Özkan lobt zum Jubiläum



Ministerin Aygül Özkan im Appartement der Bewohnerin Theres Stürze.

„Demenzerkrankungen sind die Volkskrankheit einer immer älter werdenden Gesellschaft“, sagte Aygül Özkan bei der Festveranstaltung der paritätischen Mitgliedsorganisation Hausgemeinschaften Eilenriedestift gGmbH am 2. April 2012. Zum fünfjährigen Jubiläum kam die Niedersächsische Sozialministerin zur Stippvisite in die Pflegeeinrichtung für demenziell erkrankte Menschen im Heideviertel in

Hannover. Gemeinsam mit Vertretern der Landeshauptstadt Hannover und der Alzheimer Gesellschaft Niedersachsen blickte die Politikerin auf fünf Jahre erfolgreiche Arbeit der Facheinrichtung zurück.

1,2 Millionen Demenzkranke gibt es in Deutschland, allein in Niedersachsen sind es derzeit 120.000. „Und die Zahlen werden sich verdoppeln“, warnte die Niedersäch-

sische Sozialministerin. „Bis 2050 werden 2,5 Millionen Menschen in Deutschland von Demenz betroffen sein.“ Aygül Özkan betonte in ihrem Redebeitrag die herausragende Rolle des Hausgemeinschaftsprinzips bei der Betreuung Demenzkranker. „Die Menschen vergessen Stück für Stück ihr altvertrautes Leben“, so Özkan. Angehörige stünden oftmals vor großen Herausforderungen und

Problemen. Die Betroffenen selber bräuchten dann eine Umgebung, die Sicherheit schafft und Vertrautheit bietet. Voraussetzungen, die die Hausgemeinschaften Eilenriedestift erfüllen: Hier sind Architektur und Betreuung gleichermaßen voll auf die besonderen Bedürfnisse der Betroffenen ausgerichtet.

Die Hausgemeinschaften haben insgesamt 64 Plätze. Kleine Wohngruppen von acht bis zehn Bewohnern – üblich sind in Hausgemeinschaften bis zu 14 Personen – schaffen eine Atmosphäre der Vertrautheit und bieten ihnen Sicherheit und Geborgenheit in einem familiären Zuhause. „Die Hausgemeinschaften Eilenriedestift haben sich den Herausforderungen der demografischen Entwicklung bereits vor fünf Jahren in vorbildlicher Weise gestellt“, erklärte die Sozialministerin. „Weg von der konventionellen Pflegeheimstruktur, hin zu kleinen Wohngruppen, die die familiäre Atmosphäre innerhalb einer Einrichtung fördern.“ Damit hätten die Hausgemeinschaften über Niedersachsen hinaus „Pionierarbeit“ geleistet.

„Demenz ist keine Ausnahmeerscheinung mehr, viele Familien sind mittlerweile davon betroffen“, weiß Prof. Dr. med. Klaus Hager vom Diakoniekrankenhaus Henriettenstiftung – Klinik für medizinische Rehabilitation und Geriatrie. Jeder Fünfte über 80 Jahre leide an Demenz, sogar jeder Dritte über 90. Leider würden heutzutage immer noch zu häufig Neuroleptika zur Ruhigstellung verabreicht. Das sei in Facheinrichtungen wie den Hausgemeinschaften erfreulicherweise anders. „Hier herrscht eine liebenswerte, freundliche Atmo-

sphäre, die geprägt ist von einem respektvollen Umgang – dadurch wird die Lebensqualität des Einzelnen enorm gesteigert“, so der Demenzexperte. Mit dem stetigen Anstieg der Anzahl demenziell erkrankter Menschen steigen auch die speziellen Anforderungen an Betreuung und Pflege. Demente Menschen benötigen ein großes Maß an Fürsorge und zudem eine Umgebung, die ihren speziellen Bedürfnissen gerecht wird. In den Hausgemeinschaften Eilenriedestift werden die Wohngruppen im Früh- und Spätdienst an sieben Tagen in der Woche von jeweils zwei Mitarbeitern betreut. Auf diese Weise kann die Betreuung stark auf die individuellen Bedürfnisse der Erkrankten eingehen. Vier Mitarbeiter für etwa 18 Bewohner ist ein Anhaltswert von 1 zu 4½, der damit deutlich über dem von vergleichbaren Einrichtungen liegt.

Die eigene Wohnung bedeute Geborgenheit und Sicherheit, erklärte Christel Zerezke von der Niedersächsischen Alzheimergesellschaft in ihrem Statement zum fünfjährigen Jubiläum der Hausgemeinschaften. Die Frage sei, so Zerezke, wie man einen Lebensraum schaffen kann, der in der Lage ist, die eigene liebgewonnene Wohnung zu ersetzen? Der Einschnitt und die Verunsicherung bei einem Umzug in ein Pflegeheim ist für ältere Menschen, besonders natürlich für demenziell Erkrankte, gewaltig. Es sei daher wichtig, z.B. über Biografiearbeit die individuellen Bedürfnisse der Betroffenen kennen zu lernen, um besser auf sie eingehen zu können. „Es ist deshalb schön“, betonte Zerezke, „dass wir in Hannover eine Einrichtung wie die Hausgemeinschaften haben, in der

der Erkrankte seine Würde behält und in der Körper, Geist, Seele und soziale Gemeinschaft gleichermaßen gefördert werden.“

Aktuell werden die Hausgemeinschaften von Gutachtern der BIVA als besonders verbraucherfreundlich empfohlen. Der verliehene „Grüne Haken“ steht dabei als Symbol für Lebensqualität in Altenheimen. Hier werden Betroffene mit gebührendem Respekt behandelt, ihre Wünsche und Gewohnheiten berücksichtigt und ihre Intimsphäre gewahrt. Passend zum fünfjährigen Jubiläum überzeugt die Demenzeinrichtung mit der Bestnote 1,0 beim Transparenzbericht des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK), der nach strengen Kriterien bundesweit Senioreneinrichtungen prüft. Damit wird den Hausgemeinschaften eine erstklassige Pflege- und Lebensqualität bescheinigt. Kein Wunder. Denn das Wohlbefinden der Bewohnerinnen und Bewohner steht in der Vorzeigeeinrichtung im Heideviertel an erster Stelle. „In den Hausgemeinschaften wird den Demenzerkrankten keine Heimstruktur übergestülpt“, betonte Hausleiterin Veronika Radtke-Limberg. „Die Menschen werden bei uns mit ihren persönlichen Vorlieben und ihrer ganz individuellen Biografie wahrgenommen. Denn Ziel der Betreuung in den Hausgemeinschaften ist es, Menschen mit Demenz ein hohes Maß an Selbstbestimmung zu ermöglichen. So leben die Betroffenen in Würde und erfahren mehr Lebensqualität als in herkömmlichen Pflegeheimen.“

*Marco Besemer  
Leinebrandung GbR  
Agentur für Kommunikation*

## Berufsfeld der modernen Altenpflege ein positives Bild geben

### Braunschweiger Imagekampagne

#### „Altenpflege – neu entdeckt“ geht in dritte Runde



Die interessierten Besucherinnen und Besucher informierten sich über den Altenpflegeberuf.

Die Braunschweiger Imagekampagne „Altenpflege – NEU ENTDECKT“ geht in diesem Jahr in die dritte Runde. Im Rahmen der Aktion gab es am 10.05.2012 eine Informationsveranstaltung mit dem Titel „Was Sie schon immer über Altenpflege wissen wollten“ im Begegnungszentrum Gliesmarode, Am Soolanger 1 in Braunschweig.

Auf Initiative des Paritätischen Braunschweig sowie den Mitgliedsorganisationen ambet, Pro-SENIS und Wohnpark am Wall wurde die Kampagne 2010 ins Leben gerufen und startete überaus

erfolgreich. Ziel der Aktion ist es, dem Pflegefachkräftemangel entgegenzuwirken, Nachwuchs zu gewinnen und zu fördern, das Berufsfeld der modernen Altenpflege aufzuwerten und ein positives Bild in der Öffentlichkeit zu geben. Denn: Gute Pflege braucht motivierte, gute, zufriedene und kompetente Fachkräfte.

Die Informationsveranstaltung „Altenpflege – NEU ENTDECKT“ zeigt die Vielfalt, die umfangreichen Weiterbildungsmöglichkeiten, Karrierechancen, Zukunftsperspektiven, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie

die gesellschaftliche Bedeutung des Altenpflegeberufes. Angesprochen sind neben jungen Menschen, die sich für eine Ausbildung in diesem Berufszweig interessieren, auch Quereinsteiger, Berufsrückkehrer, Umschüler sowie Eltern in der Erziehungsphase und alle Interessierten.

Schirmherrin der Kampagne ist in diesem Jahr Annette Schütze, Vorsitzende des Sozialausschusses der Stadt Braunschweig. Annette Schütze betonte in ihrer Begrüßungsrede die gesellschaftspolitische Relevanz des Themas und wies auf das breite Feld von

Aufgabenbereichen in den Pflegeberufen hin. Es sei Aufgabe der Politik, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen, so die Schirmherrin, so dürfe die Ausbildung kein Geld kosten. Die Wertschätzung für diesen Beruf müsse sowohl materiell als auch immateriell gewährleistet sein. Auch hier sei die Bundesregierung gefordert, sagte die Sozialausschussvorsitzende der Stadt.

Die Initiatoren und Mitstreiter hatten die vielen Informationen rund um den Beruf der Altenpflege interessant aufbereitet. Neben einem actionreichen und unterhaltsamen Imagefilm zeigten

Mitstreiter wie die Oskar-Kämmer-Schule, die Helene-Engelbrecht-Schule, die Arbeitsagentur und das Jobcenter die unterschiedlichen Wege hin zum Altenpflegeberuf, die Fortbildungs- und Finanzierungsmöglichkeiten auf. Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt seien hervorragend, davon konnten sich die interessierten Besucherinnen und Besucher der Veranstaltung überzeugen. Ein zukunftssicherer Arbeitsmarkt wartet auf diejenigen, die sich für diesen Beruf entscheiden. Und die Altenpflege hat viele Facetten und fordert ganz unterschiedliche Kenntnisse, sei es im pflegerischen, im medizinischen, im

psychologischen oder im sozialen Bereich. Unterschiedliche Fortbildungsmöglichkeiten tragen der rasanten Entwicklung im Altenpflegeberuf Rechnung. Von den vielfältigen Einsatzbereichen und Ausbildungsvarianten machten sich die Besucher ein Bild, informierten sich an den Ständen und führten ausgiebige Gespräche.

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite [www.altenpflege.paritaetischer-bs.de](http://www.altenpflege.paritaetischer-bs.de).

Anke Meyer  
Paritätischer Braunschweig

## Inklusionsgedanke hält Einzug in die Fußball-Liga

### „SC Rote Teufel – Ganderkesee“ spielen zukünftig in der 5. Kreisklasse

Mit einstimmiger Mehrheit wurde am 12. April 2012 von aktiven Spielern, Mitarbeitern und Unterstützern der paritätischen Mitgliedsorganisation Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg der Fußballverein „SC Rote Teufel – Ganderkesee“ e.V. gegründet. Ab August 2012 nehmen die Kicker am regulären Spielbetrieb der 5. Kreisklasse teil. Bisher haben die Roten Teufel in der Behinderten-Fußball-Liga-Niedersachsen gespielt. „Die Gründung eines Vereins war erforderlich, da ein erster Versuch, am regulären Spielbetrieb teilzunehmen, aufgrund der Statuten im vergangenen Jahr gescheitert war“, so Jutta Lobenstein, Trainerin der Roten Teufel. „Spieltechnisch können

wir dort gut mithalten. Das haben wir bereits auf inklusiven Turnieren mit Behinderten-

und Nicht-Behinderten Mannschaften bewiesen. Jetzt wollen wir den Inklusionsgedanken des



Die neun Gründungsmitglieder nach dem Unterzeichnen der Satzung: Erwin Drefs, Hans-Walter Brinkmann, Jutta Lobenstein und Carsten JesuBek (stehend v.l.); Hans-Werner Hausmann, Markus Fraatz, Roy Clasen, Martin Riegelmann und Erich Moldenhauer (sitzend v.l.).

neu gegründeten Fußballvereins auch leben.“

Erstmalig wird eine Mannschaft, bestehend aus Spielern mit und ohne mentaler Behinderung, am regulären Spielbetrieb teilnehmen. 35 Fußballer haben sich schon angemeldet, darunter 31 Spieler mit geistiger Beeinträchtigung. Die für drei Jahre gewählten Vorstandsmitglieder sind: Hans-Walter Brinkmann

(1. Vorsitzender), Jutta Lobenstein (Stellvertretende Vorsitzende) und Carsten Jesuëk (Kassenwart).

Die ursprüngliche Fußballmannschaft Rote Teufel wurde am 1. Oktober 2007 von der Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg mit zwölf Spielern gegründet. Zurzeit nehmen am Trainings- und Spielbetrieb über 30 Fußballer teil – 14-jäh-

rige Nachwuchsspieler sind ebenso vertreten wie junge Erwachsene und 45-jährige „alte“ Fußballhasen.

*Christine Mengkowski  
Lebenshilfe Delmenhorst und  
Landkreis Oldenburg gemein-  
nützige GmbH*

## Neue Verbindungen zu Russland geknüpft

### Besucherinnen aus Brjansk zu Gast in Hameln und Hannover

Vom 19. bis 30. März besuchte eine kleine Delegation aus dem russischen Brjansk aufgrund einer Einladung des Paritätischen Hameln-Pyrmont verschiedene Einrichtungen der Region. Die Besucherinnengruppe setzte sich zusammen aus:

- Natalia Kovalevskaja, einer Mitarbeiterin des Rathauses im Stadtteil Beschitza (245.000 Einwohner) und dort zuständig für die Bereiche Kinder, Jugend und Familien.
- Irina Ostafij, Journalistin, im Oktober 2011 hat sie den Verein „Von Herz zu Herz“ gegründet, sie ist die 1. Vorsitzende des Vereins.
- Olga Malina, ist Pädagogin und begleitet verschiedene Kinder- und Jugendzirkel in Brjansk. Vielen Hamelnern ist sie als Leiterin der Folkloregruppe „Solovushki“ bekannt.

Während des Aufenthaltes hatten die Gäste Gelegenheit, sich



*Dolmetscherin Galina Wagner (von links), Cornelia Rundt (Vorstand Paritätischer Niedersachsen), Olga Malina, Natalia Kovalevskaja, Irina Ostafij und Sebastian Böstel (Vorstand Paritätischer Niedersachsen) beim Treffen in Hannover.*

bei zehn Mitgliedsorganisationen zu informieren. So konnten neue Verbindungen, insbesondere zum Frauenhaus Hameln e.V. und zu den Vereinen Die Brücke e.V. und Kassiopeia e.V. Verein für einen zweiten kreativen Weg geknüpft werden. In Bad Pyrmont fand ein Empfang bei Bürgermeisterin Elke Christina

Roeder statt. Anlässlich des Besuches beim Landesverband des Paritätischen in Hannover wurde über die aktuelle Lage nach den Wahlen in Russland berichtet.

*Karin Teraske  
Paritätischer Hameln-Pyrmont*

## Auszeichnungen für alle: Knapp 2000 Kinder erlaufen sich Medaillen



*Stolz: Nach dem Zieleinlauf am Neuen Rathaus in Hannover erhielten alle jungen Sportler und Sportlerinnen eine Urkunde und eine Medaille zur Erinnerung.*

Für viele Hannoveraner/-innen, besonders in der Altersgruppe von zwei bis neun Jahren, ist der wirkliche Höhepunkt des Hannover Marathons der Kinderlauf rund um den Maschteich. Der Kinderlauf findet immer einen Tag vor dem großen Marathon statt und ist für die Kinder und ihre Familien ein unbedingtes Muss. In diesem Jahr war es Samstag, der 5. Mai, an dem sich fast 2.000 Kinder am neuen Rathaus getroffen haben – gut 400

junge Teilnehmer/-innen als noch im Vorjahr. Auch die Kinder der zehn paritätischen Kitas waren, jetzt bereits zum dritten Mal, mit dabei. Insgesamt 135 Kinder hatten die paritätischen Kitas angemeldet und sie alle sind, trotz trüber Wetteraussichten, im schicken Sportdress, kombiniert mit dem paritätischen Kita-Shirt, an den Start gegangen. Obwohl für die Kinder immer das Motto „Dabei sein ist alles“ gilt, wurde bereits im Vorfeld

gewissenhaft geübt. Die Vorfreude war auch deshalb riesengroß, weil alle Kinder nach dem Zieleinlauf eine Medaille bekamen. Und so haben sich alle Kinder mächtig ins Zeug gelegt um die 1,2 Kilometer auch möglichst schnell zu schaffen. Gleich nach dem Rennen war dann auch für viele klar: Nächstes Jahr mache ich wieder mit!

*Bianka Titze  
Paritätischer Hannover*

## Das Rubbellos ist wieder da

### Lotterie der Wohlfahrtsverbände gestartet

Vielen sozialen Einrichtungen fehlt Geld. Da braucht ein Kindergarten ein neues Klettergerüst, das Jugendheim eine Video-Ausrüstung, der Seniorentreff will einen Ausflug machen und, und, und. Doch woher nehmen, fragen sich Mitarbeiter und Geschäftsführung oft. Die Lotterie „Helfen und Gewinnen“ ist eine Möglichkeit, sich zusätzliche Finanzmittel zu beschaffen. Lose verkaufen bringt Geld! Der Preis beträgt immer 1 Euro. Lose verkaufen stärkt aber auch die Kommunikation: „Wir tun etwas für den guten Zweck – und Sie können uns helfen“, das kann die einfache Botschaft sein.

Dazu kommt der Spaßfaktor: Rubbeln macht Spaß. Weil Rubbel-Lose viel besser angenommen werden als die bisherigen Aufreiß-Lose, wird die Lotterie in diesem Jahr wieder mit Rubbel-Losen gespielt. Neben kleineren Geldgewinnen und Freilos locken Hauptpreise von bis zu 1000 Euro. Die Lotterie startete wieder am 1. Mai und wurde auf dem Selbsthilfetag in Hannover noch einmal ganz offiziell von Niedersachsens Sozialministerin Aygül Özkan und Cornelia Rundt, Vorstand des Paritätischen Niedersachsen, eröffnet (siehe Bericht Seite 40).

Von jedem verkauften Los stehen 40 Cent der los-verkaufenden Stelle zur freien Verfügung – und zwar steuerfrei. Die übrigen 60 Cent werden für Geldgewinne, Werbung und Sachkosten benötigt. Die Beteiligung an der Lotterie lohnt sich also. Es gibt immer wieder Gelegenheiten, nebenbei und ohne größeren Aufwand Lose zu verkaufen: auf Sommerfesten,

Jubiläen, Pfarrfesten, Sportfesten, in Altenheimen und Kindergärten, auf Messen, Geburtstagen, Betriebsfeiern, Weihnachtsmärkten, in Fußgängerzonen, im Bekanntenkreis. Der Fantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt. Zusätzlich können Losverkäufer selbst auch noch gewinnen (Aktion 100 : 1).

Lose gibt es bei der Lotteriegeschäftsstelle (PARITÄTISCHE Geldberatung, Ernst-Abbe-Weg 50, 40589 Düsseldorf, Tel.: 02 11 / 48 40 27),

per E-Mail an [info@wohlfahrtslotterie.de](mailto:info@wohlfahrtslotterie.de) sowie beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V., Ansprechpartner Ernst Spieß, Telefon: 0511/52486-398, E-Mail: [ernst.spiess@paritaetischer.de](mailto:ernst.spiess@paritaetischer.de). Abgepackt sind die Lose zu je 300 Stück und werden in Kommission abgegeben. Unverkaufte Lose können also ohne Probleme wieder zurückgegeben werden.

*Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Niedersachsen e. V.*



**Die Lotterie** der Freien Wohlfahrtspflege

**HELFFEN+  
GEWINNEN**

Hauptgewinn in jeder Serie:  
**1000,- Euro**

Unsere Einrichtung erhält von jedem verkauften Los:  
**40 Cent**





# Drei Jahrzehnte konsequente und kompetente Arbeit

## Heidelies Iden mit Verdienstmedaille

### des Verdienstordens der Bundesrepublik geehrt

Für ihre besonderen Leistungen in der Lebenshilfe und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband ist Heidelies Iden, stellvertretende Vorstandsvorsitzende Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg gemeinnützige GmbH, am 12. April 2012 mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. „Heidelies Iden hat die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für Menschen mit geistiger Behinderung maßgeblich vorangetrieben“, sagte Landrat Frank Eger während der festlichen Verleihung der Verdienstmedaille im Ganderkeseeer Rathaus. Er würdigte besonders die „konsequente und kompetente Arbeit in den letzten drei Jahrzehnten“ der Geehrten.

Seit 34 Jahren unterstützt Heidelies Iden, die selbst Mutter einer behinderten Tochter war, den Wunsch behinderter Menschen nach Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Teilhabe. 1978 trat die ehemalige Lehrerin der Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg bei, 1986 wählte man sie zu deren stellvertretenden Vorsitzenden. Und dieses Amt bekleidet sie bis heute. Im Jahr 1987 wurde Frau Iden in den Ausschuss „Wohnen“ des Landesverbandes Lebenshilfe Niedersachsen einberufen, in dem sie aktiv mitwirkt. Seit rund 15 Jahren ist Heidelies Iden Mitglied des Gesamtvorstands des Niedersächsischen Landesver-

Landrat Frank Eger und  
Bürgermeisterin Alice  
Gerken-Klaas (rechts)  
zeichneten  
Heidelies Iden aus.  
Foto: Nordwest-Zeitung,  
Oldenburg



bands der Lebenshilfe, in ähnlichen Zeitrahmen bewegt sich ihre aktive Mitarbeit im Beirat des Paritätischen Delmenhorst.

„Sie haben ambulante betreute Wohnkonzepte in den Ortszentren hoffähig gemacht“, resümierte Landrat Frank Eger. So mietete Heidelies Iden 1980 ein Reihenhäuser, um dort eine Wohngruppe für vier Menschen mit geistiger Behinderung einzurichten. „Und das in einer Zeit, als Einrichtungen, die weniger als 40 Plätze hatten, als fortschrittlich galten. Wir waren unserer Zeit weit voraus“, blickte die Geehrte zurück.

„Ich habe nie offenere und ehrliche Menschen getroffen“, sagte Heidelies Iden über die Menschen, die sie betreut. So versteht sie auch die Verdienstmedaille nicht als Schlusspunkt, sondern als Bestätigung und Ermunterung, in ihren Bemühungen nicht nachzulassen.

Zahlreiche Freunde, Betreute, Familienangehörige und Kollegen zeigten sich sichtlich beeindruckt von ihrem Engagement und gratulierten Heidelies Iden zur Verleihung.

Christine Mengkowski  
Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg gemeinnützige GmbH

## ACHTUNG

Für die Ausgabe 03/012 des Parität Report ist **Redaktionsschluss** am

**Montag, 03. 09. 2012**

Bitte schicken Sie Ihre Beiträge und Bilder in druckfähiger Größe (ab 1 MB, Einzeldatei) an [presse@paritaetischer.de](mailto:presse@paritaetischer.de)

## Ehrungen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes, in Kreisgruppen wie Mitgliedsorganisationen konnten in den letzten Wochen für langjährige Verbandszugehörigkeit ausgezeichnet werden:

### Urkunde:

- Bettina Heinze, Paritätischer Salzgitter
- Angelika Banning, Paritätischer Landesverband
- Beate Sydow, Paritätischer Landesverband
- Christine Freywald, Paritätischer Wolfenbüttel
- Elena Schulz, Paritätischer Landesverband
- Waltraud Anders, Paritätischer Celle
- Marina Nowotschyn, Paritätischer Wolfsburg
- Angelika Ehlert, Paritätischer Wolfenbüttel
- Claudia Dahlmeyer, Paritätischer Wolfenbüttel
- Petra Poppe, Paritätischer Salzgitter
- Annelie Kastrop, Stiftung Hannoversche Kinderheilstätte
- Renata Luhm, Stiftung Hannoversche Kinderheilstätte
- Gitta Philipps, Stiftung Hannoversche Kinderheilstätte
- Heike Mertens, Stiftung Hannoversche Kinderheilstätte
- Ernst Martin Behrens, Lebenshilfe Alfeld
- Birgit Eckhardt, Paritätischer Landesverband
- Anke Baumgarten, Paritätischer Celle

### Ehrenzeichen des Verbandes:

- Dorothea Beer, Paritätischer Landesverband
- Anette Wesemeier, Stiftung Hannoversche Kinderheilstätte
- Irma Schaefer, Stiftung Hannoversche Kinderheilstätte
- Angelika Schaefer, Stiftung Hannoversche Kinderheilstätte
- Jutta Bergmann, Stiftung Hannoversche Kinderheilstätte
- Elisabeth Heinze, Stiftung Hannoversche Kinderheilstätte

### Besondere Auszeichnungen:

#### Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland:

#### Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland:

- Heidelies Iden, Lebenshilfe Delmenhorst und Landkreis Oldenburg e.V.

## Der Paritätische Stellenmarkt

Senden Sie eine Kurzbewerbung (zwei bis drei Sätze) oder ihre Ausschreibung an E-Mail [presse@paritaetischer.de](mailto:presse@paritaetischer.de) oder Fax 05 11 5 24 86-3 33.

**Die Veröffentlichung ist kostenlos!**

## Der Paritätische Stellenmarkt



### Frauen- und Kinderhaus e.V. Uelzen

Postfach 1425 29504 Uelzen Telefon 0581-77999 Fax 0581-3892821  
E-Mail: frauenhaus.uelzen@t-online.de

#### Das Autonome Frauenhaus in Uelzen sucht EINE MITARBEITERIN FÜR DIE ARBEIT IM FRAUENHAUS

mit 30 Stunden/Woche, zu sofort

##### Aufgaben

- Beratung und Begleitung von Frauen und Kindern
- mit Gewalterfahrungen
- Konzeptionelle Arbeit
- Öffentlichkeitsarbeit
- Verwaltungstätigkeiten
- Mitarbeit in verschiedenen regionalen und überregionalen Netzwerken
- Erfahrung mit Verwaltungstätigkeit, PC Kenntnisse
- Führerschein
- Fremdsprachenkenntnisse

##### Voraussetzungen

- Sozialpädagogische oder vergleichbare Qualifikation
- Feministische Grundhaltung
- Selbständiges und reflektiertes Arbeiten
- Erfahrung in Frauenprojekten
- Organisations-, Kommunikations- und Teamfähigkeit

##### Schriftliche Bewerbungen bitte an:

Frauen- und Kinderhaus  
Postfach 1425  
29504 Uelzen

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne unter der oben genannten Telefonnummer zur Verfügung.

### ANGLISTIN/GERMANISTIN mit Übersetzungs- und Redaktionserfahrung

sucht Beschäftigung im Bereich der Unternehmenskommunikation.

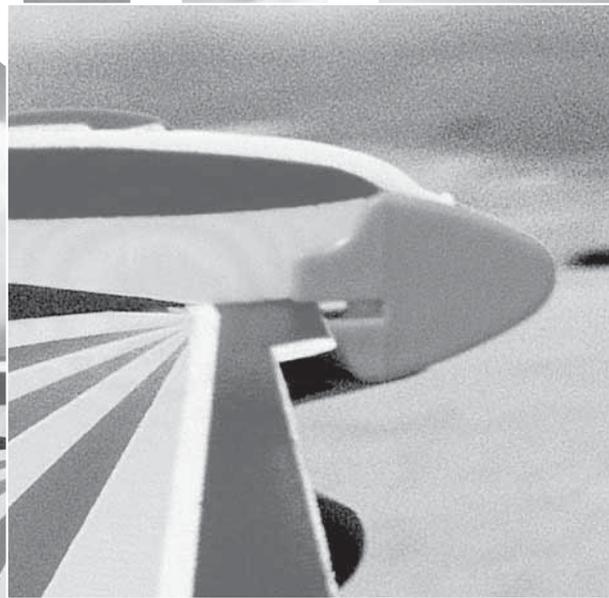
Durch Studien und Arbeitserfahrungen bin ich vertraut mit dem zielgruppenorientierten Erstellen von Texten, Lektorat und redaktionellen Aufgaben. Ich beherrsche Englisch fließend in Wort und Schrift und besitze Erfahrung in Übersetzungstätigkeiten.

Ich arbeite sorgfältig und zuverlässig, sowohl im Team als auch eigenständig. Diese Qualifikationen würde ich gerne einbringen und erweitern.

Bitte melden Sie sich bei Interesse unter 0176/34441735.

www.spezial-kommunikation.de

# transpari ganz nahmen



 **DER PARITÄTISCHE**  
NIEDERSACHSEN

transpari – Bürgerstiftung  
im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen

Gandhistraße 5A  
30559 Hannover

Telefon 0511 / 52 486 350  
Telefax 0511 / 52 486 333

[www.transpari.de](http://www.transpari.de)

am Alltag  
am Leben  
am Menschen

Soziale Projekte starten – Spendenkonto 74102 00

Bank für Sozialwirtschaft Hannover · BLZ 25120510

# Serviceleistungen des Paritätischen Niedersachsen

## Die Ansprechpartner

### Betriebswirtschaft

Entgeltkalkulation, Kostenträgerverhandlung, Interims- & Krisen-Management, Haushalts- und Wirtschaftsplanung, Kostenreduzierung durch Umstrukturierung, Personal- und Personaleinsatz-Planung, Managementtraining, Beratung in Wirtschaftlichkeitsfragen, Marketing-Beratung, Begleitung in Schiedsstellenverfahren, Konzeption von Leistungsangeboten, Leistungsbeschreibung

*Birgit Eckhardt*

Tel. 0511 52486-376

*Eduard Schellenberg* (Behindertenhilfe)

Tel. 0511 52486-367

*Karsten Schubert* (Erziehungshilfe)

Tel. 0511 52486-387

*Barbara Heidrich* (Pflege)

Tel. 0511 52486-370

### Baubetreuung

Baubetreuung oder Leitung, Prüfung von Kostenvoranschlägen und Architektenverträgen, Gutachten

*Birgit Eckhardt*

Tel. 0511 52486-376

### EDV

Kommunikationskonzepte, Softwareberatung, Auswahl und Installation von Hard- und Software, Softwareübersichten, Internet-Präsentationen

*Dietmar Buck*

Tel. 0511 52486-373

### Finanzierung

Zuwendungen, Zuschüsse und Stiftungsmittel (z. B. Lotteriemittel, Aktion Mensch, Deutsches Hilfswerk, Glücksspirale), Finanzierungskonzeption, Kapitalmarktkredite, Vermittlung von Investoren

*Christiane Schumacher*

Tel. 0511 52486-395

*Birgit Eckhardt* (Fundraising)

Tel. 0511 52486-376

*Adelheid Dähne* (Fundraising)

Tel. 0511 52486-347

### Finanzbuchhaltung

Organisation der Finanzbuchhaltung, Unterstützung bei Fragen im umsatzsteuerlichen Bereich, Kontierungen, Abschreibungen, Jahresabschluss, Verwendungsnachweise Lotteriemittel-Beihilfen

*Monika Bullmann*

Tel. 0511 52486-378

*Christiane Häberle*

Tel. 0511 52486-386

Erfassen der Buchhaltungsunterlagen; Beratung Jahresabschluss (entgeltlich)

*Annemarie Heuer*

Tel. 0511 52486-377

### Fotokopien

Größere Kopieraufträgen einschl. Einbinden (entgeltlich)

*Matthias Noland*

Tel. 0511 52486-375

### Kfz

*Astrid Schöne* (Abrufscheine)

Tel. 0511 52486-397

*Adelheid Dähne* (Abrufscheine)

Tel. 0511 52486-347

### Paritätisches Rechenzentrum

Abrechnung von Löhnen/Gehältern (entgeltlich)

*Udo Mex*

Tel. 0511 52486-357

### Personal

Unterstützung bei personalrechtlichen Fragen; Unterstützung im Umgang mit BAT, AVR, AVB und TVöD/TV-L, Betriebsvereinbarung des Paritätischen Niedersachsen

*Kirsten Schalinski*

Tel. 0511 52486-379

### Rahmenverträge

Vergünstigte Konditionen für Telefonie und Materialbeschaffung sowie Kopier-, Fax- und Drucksysteme

*Ernst Spieß*

Tel. 0511 52486-398

### Recht

Beratung und Unterstützung bei arbeitsrechtlichen und sonstigen Rechtsfragen, Gutachten, Vertragsprüfung und -ausarbeitung, außergerichtliche Verhandlungen und Vergleiche, Vertretung vor Schiedsstellen

*Birgit Eckhardt*

Tel. 0511 52486-376

*Christiane Schumacher*

Tel. 0511 52486-395

### Versicherungen

*Ulrich Preisberger*

Tel. 0511 52486-348

### Seminare

Interne und externe Schulungen

*Nadine Heise*

Tel. 0511 52486-384

# Fachbereiche des Paritätischen

## Die Fachberaterinnen und Fachberater

### Altenselbsthilfe

Christine Köhler-Riebau  
 Paritätischer Wolfsburg  
 Saarstr. 10 a  
 38440 Wolfsburg  
 Tel. 05361 2950-15  
 Fax 05361 2950-21  
 E-Mail christine.koehler-riebau@paritaetischer.de

### Behindertenhilfe

Erwin Drefs  
 Lebenshilfe Delmenhorst und  
 Landkreis Oldenburg e.V.  
 Bismarckstr. 21  
 27749 Delmenhorst  
 Tel. 04221 1525-0  
 Fax 04221 1525-15  
 E-Mail  
 erwindrefs.fb@lebenshilfe-delmenhorst.de

### Bildung

Karsten Schubert  
 Paritätischer Niedersachsen  
 GandhisträÙe 5 A  
 30559 Hannover  
 Tel. 0511 52 486-387  
 Fax 0511 52 486-332  
 E-Mail  
 karsten.schubert@paritaetischer.de

### Eingliederungshilfe/Wohnen

Eduard Schellenberg  
 Paritätischer Niedersachsen  
 Gandhistr. 5 A  
 30559 Hannover  
 Tel. 0511 52486-367  
 Fax 0511 52486-332  
 E-Mail eduard.schellenberg@paritaetischer.de

### Elementarerziehung

Klaus-Dieter Fortmeyer  
 Paritätischer Cuxhaven  
 Kirchenpauerstr. 1  
 27472 Cuxhaven  
 Tel. 04721 5793-12  
 Fax 04721 5793-50  
 E-Mail klaus-dieterfortmeyer@paritaetischer.de

### Erziehungshilfe

Karsten Schubert  
 Paritätischer Niedersachsen  
 GandhisträÙe 5 A  
 30559 Hannover  
 Tel. 0511 52 486-387  
 Fax 0511 52 486-332  
 E-Mail  
 karsten.schubert@paritaetischer.de

### Frauen und Familien

Andrea Zerrath  
 Paritätischer Helmstedt  
 Schuhstr. 1  
 38350 Helmstedt  
 Tel. 05351 54191-4  
 Fax 05351 54191-66  
 E-Mail andrea.zerrath@paritaetischer.de

### Jugendbildung/PJW

Karsten Maul  
 Paritätischer Wolfenbüttel  
 Rosenwall 1  
 38300 Wolfenbüttel  
 Tel: 05331 90546-50  
 Fax: 05331 90546-11  
 E-Mail karsten.maul@paritaetischer.de

### Krankenhäuser

Sebastian Böstel  
 Paritätischer Niedersachsen  
 Gandhistr. 5 A  
 30559 Hannover  
 Tel. 0511 52486-350  
 Fax 0511 52486-333  
 E-Mail sebastian.boestel@paritaetischer.de

### Kur- und Erholungshilfen

Birgit Eckhardt  
 Paritätischer Niedersachsen  
 Gandhistr. 5 A  
 30559 Hannover  
 Tel. 0511 52486-376  
 Fax 0511 52486-332  
 E-Mail birgit.eckhardt@paritaetischer.de

### Migration/Integration

Regina Krome  
 Paritätischer Niedersachsen  
 Gandhistr. 5 A  
 30559 Hannover  
 Tel. 0511 52486-383  
 Fax 0511 52486-332  
 E-Mail regina.krome@paritaetischer.de

### Mittel- und Osteuropa

Krzysztof Balon  
 Verein für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit im sozialen Bereich e.V.  
 Marienbruchstr. 61/63  
 38226 Salzgitter  
 Tel. 05341 84 11 94  
 Fax 05341 84 11 13  
 E-Mail k.balon@depolsocial.de

### Pflege

Barbara Heidrich  
 Paritätischer Niedersachsen  
 Gandhistr. 5 A  
 30559 Hannover  
 Tel. 0511 52486-370  
 Fax 0511 52486-333  
 E-Mail barbara.heidrich@paritaetischer.de

### Schullandheime

Regina Krome  
 Paritätischer Niedersachsen  
 Gandhistr. 5 A  
 30559 Hannover  
 Tel. 0511 52486-383  
 Fax 0511 52486-332  
 E-Mail regina.krome@paritaetischer.de

### Selbsthilfe

Barbara Heidrich  
 Paritätischer Niedersachsen  
 Gandhistr. 5 A  
 30559 Hannover  
 Tel. 0511 52486-370  
 Fax 0511 52486-333  
 E-Mail barbara.heidrich@paritaetischer.de

### Soziale Psychiatrie

Bernhard Döring  
 Paritätischer Nienburg  
 Wilhelmstr. 15  
 31582 Nienburg  
 Tel. 05021 9745-17  
 Fax 05021 9745-11  
 E-Mail bernhard.doering@paritaetischer.de

### Sucht

Petra Bunke  
 Paritätischer Braunschweig  
 Jugend- und Drogenberatung  
 Braunschweig DROBS  
 Kurt-Schumacher-Str. 26  
 38102 Braunschweig  
 Tel. 0531 22090-0  
 Fax: 0531 22090-90  
 petra.bunke@paritaetischer-bs.de

### Überregionale

#### Mitgliedsorganisationen

Birgit Eckhardt  
 Paritätischer Niedersachsen  
 Gandhistr. 5 A  
 30559 Hannover  
 Tel. 0511 52486-376  
 Fax 0511 52486-332  
 E-Mail birgit.eckhardt@paritaetischer.de

# Arbeitskreise des Paritätischen

## Leiterinnen und Leiter

### Arbeits- und Tarifrecht

Birgit Eckhardt  
 Paritätischer Niedersachsen  
 GandhisträÙe 5 A  
 30559 Hannover  
 Tel. 0511 52486-376  
 Fax 0511 52486-333  
 E-Mail [birgit.eckhardt@paritaetischer.de](mailto:birgit.eckhardt@paritaetischer.de)

### Freiwilligen-Agenturen

Harald Fischer  
 Paritätischer Niedersachsen  
 Gandhistr. 5 A  
 30559 Hannover  
 Tel. 0511 52486-389  
 Fax 0511 52486-333  
 E-Mail [rharald.fischer@paritaetischer.de](mailto:rharald.fischer@paritaetischer.de)

### Schuldnerberatung

Wolfgang Lippel  
 Paritätischer Nienburg  
 Wilhelmstr. 15  
 31582 Nienburg  
 Tel. 05021 9745-15  
 Fax 05021 9745-11  
 E-Mail [wolfgang.lippel@paritaetischer.de](mailto:wolfgang.lippel@paritaetischer.de)

### Straffälligenhilfe

Karsten Schubert  
 Paritätischer Niedersachsen  
 GandhisträÙe 5 A  
 30559 Hannover  
 Tel. 0511 52 486-387  
 Fax 0511 52 486-332  
 E-Mail [karsten.schubert@paritaetischer.de](mailto:karsten.schubert@paritaetischer.de)

### Betreuungsvereine

Christiane Schumacher  
 Paritätischer Niedersachsen  
 Gandhistr. 5 A  
 30559 Hannover  
 Tel. 0511 52486-395  
 Fax 0511 52486-332  
 E-Mail [christiane.schumacher@paritaetischer.de](mailto:christiane.schumacher@paritaetischer.de)

### Kontakt- u. Beratungsstellen für Selbsthilfegruppen

Marina Nowotschyn  
 Paritätischer Wolfsburg  
 Saarstraße 10 a  
 38440 Wolfsburg  
 Tel. 05361 2950-50  
 Fax 05361 2950-21  
 E-Mail [marina.nowotschyn@paritaetischer.de](mailto:marina.nowotschyn@paritaetischer.de)

### Spracheheilarbeit

Irmgard Fricke  
 Lebenshilfe Hameln e.V.  
 Sprachheilkindergarten  
 Burgstr. 4  
 31855 Aerzen  
 Tel. 05154 3805  
 Fax 05154 7090008  
 E-Mail [irmgard.fricke@lebenshilfe-hameln.de](mailto:irmgard.fricke@lebenshilfe-hameln.de)

Anzeige **SOZIALVERBAND**  
**VdK**  
 NIEDERSACHSEN-BREMEN

Interessenverband der Behinderten,  
 Rentner und Sozialversicherten

**Rat**    
  **Hilfe**    
  **Rechtsschutz**

für Mitglieder in allen sozialrechtlichen Angelegenheiten:  
 Pflegeversicherung, Krankenversicherung, Unfallversicherung, Rentenversicherung,  
 Arbeitslosenversicherung, Behindertenrecht, Sozialhilferecht, Soziales Entschädigungsrecht

Sozialverband VdK Niedersachsen-Bremen e.V., Nikolausstraße 11, 26135 Oldenburg  
 Telefon: 0441 - 21029-0, Telefax: 0441 - 2102910, eMail: [niedersachsen-bremen@vdk.de](mailto:niedersachsen-bremen@vdk.de)  
 Internet: [www.vdk.de/niedersachsen-bremen](http://www.vdk.de/niedersachsen-bremen)  
 - Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen -

# Mitglieder des Verbandsrats

(Wahlperiode 2008 bis 2012)

## Vorsitzende des Verbandsrates

(jährlich alternierend)

### Kurt Spannig (2012)

Psychiatrische Klinik Uelzen  
An den Zehn Eichen 50  
29525 Uelzen  
Tel. 0581 3895-301  
Fax 0581 3895-309  
E-Mail info@pk-uelzen.de

### Ulla Klapproth (2009, 2011)

Im Siek 10  
37191 Gillersheim  
Tel. 05556 1566 (werktags)  
Fax 05556 5078  
E-Mail ulla.klapproth@paritaetischer.de

### Brigitte Blümel

Herzlaker Str. 53  
30539 Hannover  
Tel. 0511 5389437

### Klaus Dickneite

Ostergarbe 2,  
30559 Hannover  
Tel. 0511 514951  
Fax 0511 514951  
E-Mail kdickneite@online.de

### Kirsten Gehrman

Kurfürstenallee 13  
28211 Bremen  
Tel. 04221 29838-74  
Fax 04221 29838-91  
E-Mail kirsten.gehrmann@ewetel.net

### Bernd Göddertz

Luisenstr. 9  
31141 Hildesheim  
Tel. 05121 32005 (privat)  
Tel. 05121 2066147 (dienstlich)  
Fax 05121 2066145 (dienstlich)

### Brita Ise Hellmann

Rotekreuzstraße 7  
30627 Hannover  
Tel. 0511 562756  
Tel. 0177 2842615 (mobil)  
Fax 0511 562756  
E-Mail b.i.hellmann@t-online.de

### Anneliese König

Südweg 8a, 26135 Oldenburg  
Tel. 0441 201317  
Fax 0441 2049115  
E-Mail anneliese-koenig@t-online.de

### Monika Lehmann

Glünderstr. 2  
30167 Hannover  
Tel. 0511 702152 (privat)

### Jörn Jan Leidecker

Brüggemannhof 3  
30167 Hannover  
Tel. 0177 307 27 24  
jan.leidecker@gmail.com

### Jutta Lorentzen

Asternweg 10  
29225 Celle  
Tel. 05141 47097  
Fax 05141 9937127  
E-Mail jutta.lorentzen@gmx.de

### Dr. Herrmann Niederhut

Quellenweg 1  
31787 Hameln  
Tel. 05151 571170  
Fax 05151 571766  
E-Mail niederhut@t-online.de

### Dorothea Pitschnau-Michel

c/o Deutsche Multiple Sklerose  
Gesellschaft Bundesverband e.V.  
Küsterstr. 8  
30519 Hannover  
Tel. 0511 9683414  
Fax 0511 9683450  
E-Mail dmsg@dmsg.de

### Monika Placke

Walter-Haas-Straße 32  
49088 Osnabrück  
Tel. 0541 76387  
E-Mail monika.placke@freenet.de

### Berlind Rosenthal-Zehe

Studentenwerk Göttingen  
PF 3851  
37028 Göttingen  
Tel. 05546 1379 (privat)  
Tel. 0551 395143 (dienstlich)  
Fax 0511 395170 (dienstlich)  
E-Mail berlind.rosenthal-zehe@studentenwerk-goettingen.de

### Dietmar Schlüter

Bergweg 8  
38527 Meine  
Tel. 05304 3977  
Fax 05304 5290  
E-Mail 053043977-0001@t-online.de

### Johannes Schmidt

Bahnhofsstr. 14  
21745 Hemmoor  
Tel. 04771 643495 (privat)  
Tel. 0171 2137528 (mobil)  
Fax 04771 643434  
E-Mail neusicht@aol.com

## Landesverband

### Hauptamtlicher Vorstand

**Cornelia Rundt** (Vorstand)  
**Sebastian Böstel** (Vorstand)

Paritätischer Wohlfahrtsverband  
Niedersachsen e.V.

Gandhistr. 5a  
30559 Hannover  
Tel. 0511 52486-0  
Fax 0511 52486-333  
E-Mail landesverband@paritaetischer.de

### Ehrevorsitzende

#### Karin Rut Diederichs

Eilenriedestift e.V.  
Haus A1, App. 107  
Bevenser Weg 10  
30625 Hannover  
Tel. 0511 54042107

#### Wolfgang Neubelt

GDA Wohnstift  
Osterfelddamm 12  
Haus 3, App. 3207  
30627 Hannover  
Tel. 0511 5705437  
E-Mail wneubelt@hotmail.de

#### Günter Famulla

Davenstedter Str. 227  
30455 Hannover  
Tel. 0511 498831

#### Thomas Tugendheim

Mozartstr. 3  
31162 Bad Salzdetfurth  
Tel. 05064 96723 (privat)  
Tel. 05121 31210 (dienstlich)  
Fax 05064 96724 (privat)  
Fax 05121 32876 (dienstlich)  
E-Mail tugendheim@gmx.de

# Paritätische Kreisverbände in Niedersachsen

## Paritätischer Aurich

Große Mühlenwallstraße 21  
26603 Aurich  
Tel.: (0 49 41) 93 94-0  
Fax.: (0 49 41) 93 94-17  
GF: Hans-Joachim Borm  
hans-joachim.borm@paritaetischer.de

## Paritätischer Braunschweig

Saarbrückener Straße 50  
38116 Braunschweig  
Tel.: (05 31) 4 80 79-0  
Fax.: (05 31) 4 80 79-14  
GF: Henning Eschemann  
henning.eschemann@paritaetischer.de

## Paritätischer Celle

Lauensteinplatz 1a  
29225 Celle  
Tel.: (0 51 41) 93 98-0  
Fax.: (0 51 41) 93 98-19  
GFin: Waltraud Anders  
waltraud.anders@paritaetischer.de

## Paritätischer Cloppenburg

Beethovenstraße 11  
49661 Cloppenburg  
Tel.: 0 44 71 / 20 46 (VdK)  
Fax: 0 44 71 / 95 89 03 (VdK)  
GF: Hans-Jürgen Lehmann  
gs-cloppenburg@vdk.de

## Paritätischer Cuxhaven

Kirchenpauerstraße 1  
27472 Cuxhaven  
Tel.: (0 47 21) 57 93-0  
Fax: (0 47 21) 57 93-50  
GF: Klaus-Dieter Fortmeyer  
klaus-dieter.fortmeyer@paritaetischer.de

## Paritätischer Delmenhorst

Bismarckstraße 21  
27749 Delmenhorst  
Tel.: (0 42 21) 15 25-50  
Fax: (0 42 21) 15 25-15  
GFin: Irma-H. Michel  
irma.michel@paritaetischer.de

## Paritätischer Diepholz

Wilhelmstraße 15  
31582 Nienburg  
Tel.: (0 50 21) 97 45-0  
Fax: (0 50 21) 97 45-11  
GF: Bernhard Döring  
bernhard.doering@paritaetischer.de

## Paritätischer Emden

Friedrich-Naumann-Straße 11  
26725 Emden  
Tel.: (0 49 21) 93 06-0  
Fax: (0 49 21) 93 06-16  
GF: Jürgen Dietrich  
juergen.dietrich@paritaetischer.de

## Paritätischer Emsland

Burgstr. 23  
49716 Meppen  
Tel.: (0 59 31) 1 80 00  
Fax: (0 59 31) 1 22 80  
GFin: Barbara Germer-Grote  
barbara.germer-grote@paritaetischer.de

## Paritätischer Friesland

Zum Jadebuden 12  
26316 Varel  
Tel.: (0 44 51) 91 46-0  
Fax: (0 44 51) 91 46-11  
GF: Wolf-Dieter Kulawik  
wolf-dieter.kulawik@paritaetischer.de

## Paritätischer Gifhorn

Sprachtherapeutischer Kindergarten  
Am Sportplatz 10  
38518 Gifhorn  
Tel.: (0 53 71) 9 44 99-0  
Fax: (0 53 71) 9 44 99-73  
GFin: Sandra Helbing  
shg-gifhorn@paritaetischer-bs.de

## Paritätischer Goslar

Von-Garßen-Straße 6  
38640 Goslar  
Tel.: (0 53 21) 2 10 11  
Fax: (0 53 21) 1 82 29  
GF: Sven Dickfeld  
sven.dickfeld@paritaetischer.de

## Paritätischer Göttingen

Zollstock 9 a  
37081 Göttingen  
Tel.: (05 51) 9 00 08-10  
Fax: (05 51) 9 00 08-19  
GF: Manfred Grönig  
manfred.groenig@paritaetischer.de

## Paritätischer Graftsch. Bentheim

Große Gartenstraße 14  
48529 Nordhorn  
Tel.: (0 59 21) 89 17-5  
Fax: (0 59 21) 4 08 04 25  
GFin: Anja Jankowsky  
anja.jankowsky@paritaetischer.de

## Paritätischer Hameln

Kaiserstraße 80  
31785 Hameln  
Tel.: (0 51 51) 57 61-0  
Fax: (0 51 51) 5 99 77  
GF: Norbert Raabe  
norbert.raabe@paritaetischer.de

## Paritätischer Hannover

Gartenstraße 18  
30161 Hannover  
Tel.: (05 11) 9 62 91-0  
Fax: (05 11) 9 62 91-13  
GF: Ralf Hohfeld  
ralf.hohfeld@paritaetischer.de

## Paritätischer Harburg

Schanzenring 8  
21423 Winsen / Luhe  
Tel.: (0 41 71) 88 76-0  
Fax: (0 41 71) 88 76-29  
GFin: Bettina Wichmann  
bettina.wichmann@paritaetischer.de

## Paritätischer Helmstedt

Schuhstraße 1  
38350 Helmstedt  
Tel.: (0 53 51) 54 19 10  
Fax: (0 53 51) 54 19 1-66  
GFin: Andrea Zerrath  
andrea.zerrath@paritaetischer.de

## Paritätischer Hildesheim-Alfeld

Lilly-Reich-Straße 5  
31137 Hildesheim  
Tel.: (0 51 21) 74 16-0  
Fax: (0 51 21) 74 16-20  
GFin: Elisabeth Fokken  
elisabeth.fokken@paritaetischer.de

## Paritätischer Hildesheim-Alfeld

Perkstraße 27  
31061 Alfeld  
Tel.: (0 51 81) 84 35-0  
Fax: (0 51 81) 84 35-20  
GFin: Elisabeth Fokken  
elisabeth.fokken@paritaetischer.de

## Paritätischer Holzminden

Wallstraße 2  
37603 Holzminden  
Tel.: (0 55 31) 93 27-0  
Fax: (0 55 31) 93 27-90  
GF: Daniel Leonhardt  
daniel.leonhardt@paritaetischer.de

## Paritätischer Leer

Pferdemarktstraße 59  
26789 Leer  
Tel.: (0 49 1) 9 25 31-0  
Fax: (0 49 1) 9 25 31-31  
GF: Jürgen Dietrich  
juergen.dietrich@paritaetischer.de

## Paritätischer Lüchow-Dannenberg

Schlossgraben 3  
29451 Dannenberg  
Tel.: (0 58 61) 88 53  
Fax: (0 58 61) 87 50  
GFin: Gudrun Schwarz  
gudrun.schwarz@paritaetischer.de

## Paritätischer Lüneburg

Altenbrücker Damm 1  
21337 Lüneburg  
Tel.: (0 41 31) 86 18-0  
Fax: (0 41 31) 86 18-40  
GF: Ralf Gremmel  
ralf.gremmel@paritaetischer.de

## Paritätischer Nienburg

Wilhelmstraße 15  
31582 Nienburg  
Tel.: (0 50 21) 97 45-0  
Fax: (0 50 21) 97 45-11  
GF: Bernhard Döring  
bernhard.doering@paritaetischer.de

## Paritätischer Northeim

Friedrich-Ebert-Wall 1  
37154 Northeim  
Tel.: (0 55 51) 9 76 90  
Fax: (0 55 51) 16 04  
GFin: Roswitha Voß  
roswitha.voss@paritaetischer.de

## Paritätischer Oldenburg-Ammerland

Ziegelhofstraße 125 – 127  
26121 Oldenburg  
Tel.: (0 44 1) 7 79 00-0  
Fax: (0 44 1) 7 79 00-22  
GF: Norbert Adolf  
norbert.adolf@paritaetischer.de

## Paritätischer Osnabrück

Kurt-Schumacher-Damm 8  
49078 Osnabrück  
Tel.: (05 41) 4 08 04-0  
Fax: (05 41) 4 08 04-25  
GF: Jörg Echterhoff  
joerg.echterhoff@paritaetischer.de

## Paritätischer Osterholz

Loger Straße 35  
27711 Osterholz-Scharmbeck  
Tel.: (0 47 91) 94 15-0  
Fax: (0 47 91) 94 15-10  
GF: Olaf Bargemann  
bargemann@lebenshilfe-ohz.de

## Paritätischer Osterode

Abgunst 1  
37520 Osterode  
Tel.: (0 55 22) 90 77-0  
Fax: (0 55 22) 90 77-28  
GFin: Annette Nikulla  
annette.nikulla@paritaetischer.de

## Paritätischer Peine

Virchowstraße 8 a  
31226 Peine  
Tel.: (0 51 71) 77 70-0  
Fax: (0 51 71) 77 70-21  
GFin: Heike Horrmann-Brandt  
heike.horrmann-brandt@paritaetischer.de

## Paritätischer Rotenburg

Bahnhofstraße 15  
27432 Bremervörde  
Tel.: (0 47 61) 7 11 01  
Fax: (0 47 61) 7 11 91  
GF: Dietrich Neubauer  
neubauer@lebenshilfe-bremervorde.de

## Paritätischer Salzgitter

Marienbruchstraße 61 – 63  
38226 Salzgitter  
Tel.: (0 53 41) 84 67-0  
Fax: (0 53 41) 84 67-24  
GF: Andreas Laumert  
andreas.laumert@paritaetischer.de

## Paritätischer Schaumburg

Dammstraße 12 a  
31675 Bückeburg  
Tel.: (0 57 22) 95 22-0  
Fax: (0 57 22) 95 22-18  
GF: Georg Steimann  
georg.steimann@paritaetischer.de

## Paritätischer Seesen

Jacobsonstraße 36  
38723 Seesen  
Tel.: (0 53 81) 9 48 06-0  
Fax: (0 53 81) 9 48 06-7  
GFin: Roswitha Voß  
roswitha.voss@paritaetischer.de

## Paritätischer Stade c/o Die Börne gGmbH

Claus-von-Stauffenberg-Weg 10  
21684 Stade  
Tel.: (0 41 41) 53 43-50  
Fax: (0 41 41) 53 43-26  
GFin: Susanne Frost  
susanne.frost@paritaetischer.de

## Paritätischer Uelzen

St.-Viti-Straße 22  
29525 Uelzen  
Tel.: (05 81) 97 07-0  
Fax: (05 81) 97 07-20  
GFin: Gudrun Schwarz  
gudrun.schwarz@paritaetischer.de

## Paritätischer Verden

Helene-Grulke-Straße 5  
27299 Langwedel  
Tel.: (0 42 35) 89-0  
Fax: (0 42 35) 89-111  
GF: Dieter Haase  
d.haase@stiftung-waldheim.de

## Paritätischer Wesermarsch

Bürgermeister-Müller-Straße 13  
26919 Brake  
Tel.: (0 55 22) 90 77-0  
Fax: (0 44 01) 45 88  
GF: Jens Pannemann  
jens.pannemann@paritaetischer.de

## Paritätischer Wilhelmshaven

Banter Weg 12  
26389 Wilhelmshaven  
Tel.: (0 44 21) 2 06-0  
Fax: (0 44 21) 2 06-2 88  
GF: Manfred Pfau  
manfred.pfau@gps-wilhelmshaven.de

## Paritätischer Wittmund

Wallstraße 21 t  
26409 Wittmund  
Tel.: (0 49 41) 93 94-0  
Fax: (0 49 41) 93 94-17  
GF: Hans-Joachim Borm  
hans-joachim.borm@paritaetischer.de

## Paritätischer Wolfenbüttel

Kommissstraße 5  
38300 Wolfenbüttel  
Tel.: (0 53 31) 92 00-0  
Fax: (0 53 31) 92 00-79  
GF: Andreas Laumert  
andreas.laumert@paritaetischer.de

## Paritätischer Wolfsburg

Saarstraße 10 a  
38440 Wolfsburg  
Tel.: (0 53 61) 29 50-0  
Fax: (0 53 61) 29 50-21  
GFin: Christine Köhler-Riebau  
christine.koehler-riebau@paritaetischer.de